

ZB MED - Informationszentrum Lebenswissenschaften

Die deutsche Bienenzucht

Kickhöffel, Karl Hans

Neumünster i. H., [1926?]

[urn:nbn:de:hbz:38m:1-116536](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:38m:1-116536)

908

2292

BIBLIOTHEK
der Landwirtschaftskammer
Rheinland
Abt. *Küngelberg* Nr. *unabhängig*

908/2292



908/02292

Dr. Dr. Dr.

Neuauflage

Die neuauflage des Buches ist ein
sehr wichtiges Ereignis.



Dr. Dr. Dr.

Die neuauflage des Buches ist ein

sehr wichtiges Ereignis.

Die neuauflage des Buches ist ein

h. m.

II 112

44

Die Deutsche Bienenzucht

Abriß ihrer rechtlichen, wirtschafts-, handels- und
vereinspolitischen Grundlage

103



BIBLIOTHEK
der Landwirtschaftskammer
Rheinland
Von
Abt.: K 74

K. H. Kichöffel

Mitglied des preussischen Landtages

[o.]

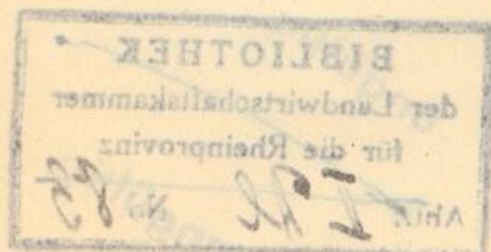
Karl Wachholtz Verlag / Neumünster i. S.

216/27.93

(98) ZB MED - Leibniz-Informationssystem
Lebenswissenschaften, BONN

Dem Bundesleiter des Deutschen Imkerbundes
Herrn Rektor Breiholz
Neumünster

in dankbarer Verehrung!



2014 H. 228

21/10/24

Leitworte: „Die wichtigsten aller Imkerfragen sind die wirtschaftspolitischen; denn es sind die, von denen das Wohl und Wehe der Imker abhängig ist. Die erfolgreiche Lösung derselben ist eine wichtige Vorbedingung eines gesicherten Imkerwesens.“

Aus „Kunzsch Imkerfragen“.

Die Bienenzucht ist volkswirtschaftlich von großer Bedeutung, schafft große Werte, fördert in erheblichem Maße die Erträge unserer reichen Obstgärten, ist eine Körper und Geist anregende Beschäftigung.“

Dr. Varrenhorst (Mitglied der freikonservativen Fraktion)

am 11. 5. 1911 im Preuß. Abgeordnetenhaus

Die folgenden Ausführungen stellen eine Erweiterung und Ergänzung meines Vortrages auf dem deutschen Imkertage in Ulm am 2. August 1926 dar. Sie wenden sich an die deutsche Imkerschaft und an die deutsche Öffentlichkeit. Den in Ulm versammelten Führern der Bienenzucht und darüber hinaus der denkenden Imkerschaft sagte und sage ich kaum etwas Neues. Vieles ist schon oft gesagt worden, kann aber angesichts der bisherigen Mißerfolge nicht oft und nicht vernehmlich genug in Wort und Schrift verkündet werden. Ich sage auch in vielen Fragen nichts Abschließendes. Aber ich will einmal zusammenfassen, was uns bewegt, anregen und aufrütteln; denn wir stehen ja leider heute in der deutschen Bienenzucht vor der entscheidenden Frage des Seins oder Nichtseins. Sie steht und fällt mit dem wirtschaftspolitischen Erwachen der deutschen Bienenzüchter. Wohl sind schon einige Anläufe zu einer Darstellung eines imkerpolitischen Abrisses gemacht worden. Es ist da zunächst der vierte Teil von Kunzsch Imkerfragen (Stein'sche Verlagsbuchhandlung, Potsdam) zu nennen, auf die noch verschiedentlich Bezug genommen wird. Ferner sind zu erwähnen Heft 3 des Jahrganges 1919 des von Prof. Dr. Armbruster herausgegebenen Archivs für Bienenkunde mit seinen Arbeiten von Armbruster, Dr. Ber-

ner und Lehnert-Trier und der gedruckte vertrauliche Bericht des deutschen Imkerbundes, den Privatdozent Dr. Koch-Münster im Januar 1926 erstattet hat. Es fehlte aber bisher an einer zusammenfassenden kurzen und doch alle Fragen umfassenden Abhandlung. Möge darum das Büchlein in dem notwendigen Kampf um die Erhaltung der deutschen Bienenzucht eine stets bereite brauchbare Waffe sein, die sowohl dem deutschen Imkerbunde und seinen Unterverbänden, wie auch dem einzelnen Imker zu dienen vermag. Während meines Vortrages in Ulm gedachte ich in Dankbarkeit gegen meine fast zwei Stunden angespannt lauschenden Zuhörer folgender Klagen unseres Altmeisters Kuntzsch (aa. O.): „Wissenschaftliche Reden lassen sich leichter halten, als wirtschaftliche Mittel herbeischaffen. So geschah es, als ich bei einer Verbandsitzung zur wirtschaftlichen Arbeit ermunterte, daß der Vorsitzende mich lächelnd unterbrach und sagte: „Sie aber auch mit ihrem unerquidlichen Zeug, wir sind doch hier zusammengekommen, um uns zu amüsieren.“ Der Nächste hielt einen Vortrag über „Das Lob der Bienen bei den Völkern.“ Für eine Wanderversammlung — „Träumereien“. Ulm hat uns gezeigt, daß wir über diese Zeit der Vereinsmeierei, Ziellosigkeit und Träumerei hinweg sind. Dank des wirtschaftlichen Erwachens der Imkerschaft? Dank aber gewiß der Leitung des deutschen Imkerbundes!

Ich wende mich mit allem Ernste auch an die deutsche Öffentlichkeit, an das deutsche Volk und an seine Regierungen und Volksvertretungen. Die Arbeit soll für die Regierungen und Volksvertretungen des Reiches und der Länder ein mahnender Wegweiser sein: nicht derer zu vergessen, die über den Achtstundentag hinaus in freudiger Freiwilligkeit Werte schaffen; nicht derer zu vergessen, die nicht Zeit und Kraft und Geld vergeuden, sondern die nimmer ermüden im fröhlichen Schaffen bei ihren Bienen. Ein zweifacher Ruf sollte von der Ulmer Tagung und soll von diesem kleinen Büchlein herausgehen:

Imker, — — wir rufen Euch! —

Deutsches Volk und deutsche Führer:

**Wir fordern für die deutsche Bienenzucht
Lebensrecht und freie Entfaltungsmöglichkeit.**

Dieser Ruf ist dringend notwendig. Gewiß erfüllte es die in Ulm versammelte Imkerschaft mit großem Danke, daß einige Länder, darunter z. B. Preußen durch den um die Bienenzucht hochverdienten Oberregierungs- und Landesökonomierat Dr. Gerriets, vertreten waren und schon damit ihr Interesse an unserer Arbeit bekundeten. Mit gleicher Freude schaute die Versammlung auf die „Bienenprofessoren“: Professor Zander-Erlangen, Professor Armbruster-Berlin-Dahlem und Privatdozenten Dr. Koch-Münster.

Um so größer war aber das Bedauern, daß viele Länderregierungen und insbesondere die Reichsregierung nicht vertreten waren. Gerade an die Reichsminister für Ernährung und Finanzen hat die Imkerschaft eine Reihe von schwerwiegenden Wünschen und Forderungen zu stellen. Der Herr Reichsernährungsminister Dr. Haslinde, der in seiner letzten großen Haushaltsrede doch die Bedeutung der Bienenzucht gewürdigt hat, hat in diesem Sommer sein Wohlwollen u. a. für die Fischerei gezeigt, indem er an einer

Besichtigungsfahrt in der Ostsee teilnahm. Er war auch auf der Tagung des deutschen Weinbaues. Zur Tagung des deutschen Imkerbundes war aber nicht einmal ein Hilfsarbeiter aus diesem Ministerium erschienen. Mögen die folgenden Ausführungen dazu beitragen, daß das Reichsernährungsministerium in Zukunft den Nöten der Bienenzucht und den Tagungen des deutschen Imkerbundes mehr Verständnis und Teilnahme entgegenbringt.

Die Imkerei ist gleich der Landwirtschaft abhängig von Wind und Wetter, Regen und Sonnenschein. Unsere Lieblinge sind und bleiben trotz des Bienenwettstreites und trotz aller unserer Kunst sonnenverbundene Tiere.

„Ach, was wollten wir Imker lachen,
Wenn wir könnten das Wetter machen.“

Diesen Bienenpruch hat wohl so mancher von uns ganz besonders in diesem Sommer des Regens und Stürmens vor sich hingebrommt. Aber die Natur können wir nicht meistern. Umso mehr müssen wir alle Kräfte daransetzen, die Dinge zu unsern Gunsten zu ändern, die menschlichem Ermessen unterliegen. Ein jedes Geschlecht hat hier andere Aufgaben. War es Sache unserer Väter, die Bienenzucht als solche zu vertiefen, die besten Wege zur Erkenntnis, Pflege, Behandlung und Beherrschung des Bienenvolkes zu finden, so gilt es jetzt in höchster Notzeit — mit tiefem Dank an alle, die vor uns an dem Bau der deutschen Bienenzucht mit Meisterhand gebaut haben — die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für eine blühende deutsche Bienenzucht zu schaffen. Wir werden dabei nicht umhin können, die Sorgen und Nöte unseres Berufes und unserer Arbeit im Bienenstande hineinzustellen in die große Volksnot; denn Einzelnot ist Gesamtnot, und Gesamtnot ruft Einzelnot hervor. Es wird auch unerlässlich sein, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielenden großen wirtschaftspolitischen Fragen zu streifen; denn nur dann, wenn wir zu reiflicher Klarheit über den einzuschlagenden Weg und zu einem aus dieser Erkenntnis erwachsenden einheitlichen Willen kommen, werden wir die uns gestellte schwere Aufgabe der Erhaltung der deutschen Bienenzucht lösen können. Am Schlusse der Debatte über Gemüse-, Obst- und Bienenzucht im Preussischen Landtage am 22. 1. 1914 sagte der damalige Führer der Bundes der Landwirte, Dietrich Hahn: „Am Ende einer Debatte fragt man sich unwillkürlich, wie ist sie entstanden? Wir sind auf die Frage der allgemeinen Zoll- und Wirtschaftspolitik dadurch gekommen, daß Abgeordneter Varrenhorst mit Recht darauf hingewiesen hat, man müsse, wenn man eine Fürsorge beweisen wolle, für Obst- und Gemüsebau, für den Honig usw., nicht allein mit kleinen Mitteln arbeiten, sondern man müsse auch dem Auslande gegenüber den nötigen Schutz eintreten lassen. Und das ist durch Zölle möglich.“ So werden auch wir an manchen in den letzten Jahren heiß umstrittenen wirtschaftspolitischen Fragen nicht herumkommen.

Die deutsche Bienenzucht ist ein Glied der deutschen Volkswirtschaft. Wollen wir gangbare Wege zur Hebung der Bienenzucht finden, zeigen, gehen und erzwingen, so müssen wir von der Gesamtwirtschaft ausgehen. Schmerz und Sorge erfüllen uns, wenn wir das Einst und Jetzt der deutschen Wirtschaft miteinander vergleichen. Vor

dem Kriege eine blühende, im Aufstieg befindliche Wirtschaft und jetzt ein kümmerliches Durchfristen, ein bitteres Ringen um Selbsterhaltung. Vier große Säulen trugen das Gebäude der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege:

1. eine hochentwickelte Landwirtschaft,
2. die Verfügung über die Rohstoffe für eine mächtige Schwerindustrie,
3. steigender Wohlstand und damit steigende Kapitalbildung,
4. gute Ausbildung der Kopf- und Handarbeiter.

Das führte zu einer Währung und Lebenshaltung sichernden und fördernden aktiven Zahlungsbilanz. Der Einfuhr von 10,8 Milliarden Mark standen gegenüber:

eine Ausfuhr von	10,1 Milliarden Mark
ein Zinsüberschuß von	1,1 Milliarden Mark
ein Ueberschuß aus Dienstleistung,	
insbesondere aus der Schifffahrt	1,0 " "
also eine Gesamteinnahme von	12,2 Milliarden Mark.

Das deutsche Volk verdiente 1,4 Milliarden mehr als es verausgabte. Diese glücklichen Zeiten sind vorbei. Gegenüber den vier tragenden Säulen unserer Vorkriegswirtschaft haben wir jetzt:

1. eine in der Höchstleistung bedrohte Landwirtschaft;
2. den Verlust wertvoller Rohstoffgebiete; z. B.
25,9 i. J. der Steinkohlengrundlage,
74,5 i. J. der Eisenerze,
68,3 i. J. der Zinkerze;
3. den Verlust des Vorkriegskapitals, Verarmung und Zinsknechtschaft. Z. B. ist das Volksvermögen von 320 Goldmilliarden auf etwas über 100 im Jahre 1925 zurückgegangen;
4. Gefährdung unseres Nachwuchses in körperlicher, sittlicher, geistiger und beruflicher Hinsicht.

Diese Tatsachen und die ihr zugrunde liegenden außen- und innerpolitischen Verhältnisse haben zu einer passiven Handels- und Zahlungsbilanz geführt. So stand 1925 einer Einfuhr von 13,718 Milliarden nur eine Ausfuhr von 9,472 Milliarden gegenüber. Die Lebensmitteleinfuhr ist seit 1913 von 2 807 800 000 M auf 4 032 200 000 M gestiegen. 25 Millionen Deutsche leben heute von ausländischen Erzeugnissen. Eine Einfuhr- bzw. Ausfuhrkrise bedeutet also nicht nur eine Gesamtwirtschaftskrise, sondern eine ungeheure Volksnot. Schwer lasten auch unsere Schuldverpflichtungen gegenüber dem Auslande auf uns. Allein die Reparationsverpflichtungen ohne Berücksichtigung des kleinen und großen „Besserungsscheines“ betragen

1926	1,513 Milliarden Mark
1927	1,683 " "
1928	2,300 " "
1929 ff.	2,800 " "

Anstelle des ständigen Arbeitszuwachses in unserer aufsteigenden Vorkriegswirtschaft haben wir jetzt eine Arbeitsverringerung, die zu dem unproduktiven und den Haushalt schwer belastenden Millionenheere der Arbeits-

losen geführt hat. Pflicht aller Berufsstände und aller Staatsbürger ist es, an dem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten. Ist doch die Volkswirtschaft nicht ein bloßes zufälliges Aneinanderreihen von Einzelhandlungen, sondern ein wohldurchdachtes lebendiges Ganzes, ein fein gebautes und sinnreich gegliedertes Räderwerk, das gestört ist, wenn auch nur eine Stelle leistungsunfähig geworden ist.

Und ein Rädchen in der deutschen Volkswirtschaft ist auch die deutsche Bienenzucht. Gewiß sind die erzielten Werte angesichts der großen Zahlen unserer Gesamtwirtschaft nur klein, zudem ja in der Regel nur der kleinere, unmittelbare Wert, der in den Ziffern des Honig- und Wachsertrages liegt, gerechnet wird. Die ein Vielfaches dieser Werte bedeutenden mittelbaren Leistungen bei der Befruchtung unserer Kulturpflanzen übersieht man meist. Angesichts der großen Wirtschafts- und Volksnot haben wir die Verpflichtung, alles hinzuzuziehen, was helfen kann. Das Sprichwort „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert“ gilt heute nicht nur für den Einzelhaushalt, sondern mindestens genau so gut für den Volkshaushalt. Deutschland kann auf die Millionen aus der heimischen Bienenzucht nicht verzichten. 25 Millionen Deutsche finden ihren Tisch täglich nur durch Auslandserzeugnisse gedeckt. Das führt zu einer Nahrungsnotschicht, die unser Volk endgültig aus der Reihe der selbständigen Völker austreichen wird, wenn wir sie nicht abzuwenden verstehen. Darum ist es heute ein nationales Verbrechen, heimische Werte verkümmern zu lassen. War unsere Bienenzucht vor dem Kriege eine nette Zugabe, die man sich besonders um ihrer Befruchtungsdienste willen gern gefallen ließ, so ist sie heute eine Notwendigkeit für die deutsche Wirtschaft geworden. Wir Imker sind ja von dieser Notwendigkeit der Erhaltung und Hebung der Bienenzucht überzeugt; es gilt, auch die Nichtimker, die große deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Volks-, Staats- und Wirtschaftsführung von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Wenn Reich und Länder Millionen für die Erhaltung des Weinbaues und der Fischerei ausgeben, so hat auch die Bienenzucht um ihrer großen volkswirtschaftlichen Bedeutung willen ein Recht, entsprechende Forderungen zu stellen.

Hebung der Bienenzucht bedeutet:

1. Stärkung von 200 000 Einzelhaushaltungen;
2. Stärkung der deutschen Eigenerzeugung und Landwirtschaft;
3. Stärkung der deutschen Volkswirtschaft.

Wie oft ist nicht schon das hohe Lied der Bienenzucht gesungen worden. Schon das erste Altienstück, das der Preussische Landtag über die Bienenzucht enthält, ist ein Preislied der Imkerei. In der Petition des Lehrers F. Bahr aus Zielitz bei Wolmirstädt vom 22. 3. 1865 wird vor allem der gute erziehlliche Einfluß der Bienenzucht auf den Einzelnen gerühmt.

Es heißt dort: „Obgleich in unserer Zeit Kunst, Wissenschaft, Handel und Industrie blühen, leidet unser Geschlecht an so manchem üblichen Krebschaden. Einer dieser Schäden ist die Vergnügens- und Genußsucht, alle diese Freuden außer dem Hause, außer dem Kreise der Familie zu suchen. Dieses Uebel greift die Bienenzucht an der Wurzel an:

Und wenn Verführung dich umbrauset,
Ein Schwarm von Leidenschaften tost,
Daß dir die Seele fast ergrauset,
So such' in deinem Hause Trost.
Dann geh zu deinem Bienenstande,
Da siehst du Liebe, Treue, Mut,
Die Lieb' zum Haus, zum Vaterlande,
Wo Eintracht wohnt, da wohnt sich's gut!

Die Bienenzüchter sind ohne Ausnahme ein gemüthliches, arbeitsames, häusliches Volk im Volke.“ Soweit diese alte Petition. Auch übertragen in unsere heutige Sprache und nüchterne Lebensauffassung müssen wir zugeben, daß in diesen Ausführungen Wahrheit steckt. Immer wieder ist gerade dieser sittliche Wert der Bienenzucht im Parlament anerkannt worden. So sagte der freikonservative Abgeordnete Varenhorst am 11. 5. 1911 im Landtage gelegentlich der Begründung und Verteidigung seines Antrages zugunsten der Bienenzucht: „Der richtige Bienenzüchter ist ein wahrhaft guter und ordnungsliebender Mensch und ein Freund der Natur; die Beschäftigung mit seinen Bienen ist ihm eine Lieblingsbeschäftigung, die er dem Spiel und Tanz vorzieht. Der Aufenthalt in der Natur, in der einsamen Heide, im friedlichen Moor, wo man Gottes Schalten und Walten beobachten kann, ist für den Imker ein Stück Gottesdienst. Gar manchen Menschen hat die Beschäftigung mit seinen Bienen bereits vor der verderblichen Landflucht bewahrt.“ Auch die heutige Zeit sollte diese erzieherische Wirkung zu schätzen wissen. Aber lassen wir einmal diese sittlichen Gründe, die man uns als unzeitgemäß und romantisch ablehnen könnte, beiseite. Bedeutet nicht die Bienenzucht eine gerade heute sehr zu begrüßende

Stärkung von 200 000 Einzelhaushaltungen?

Die Bienenzucht wird vornehmlich nebenberuflich betrieben. Ueber die Zusammensetzung der deutschen Imkerschaft hat die Zahlwissenschaft noch nicht abschließend berichtet. Es seien darum nur einige Beispiele angeführt. Im Pommerschen Imkerbunde waren 1922 die Berufsstände in folgendem Verhältnis vertreten:

Landwirte	35,94	v. H.
Lehrer	17,57	„
Beamte	16,08	„
Handwerker	15,74	„
Kaufleute	4,98	„
Arbeiter	3,34	„
Rentner	1,97	„
Frauen	1,97	„
Pastoren	1,51	„
Invaliden	0,17	„

Im Landesverband Mecklenburg-Schwerin waren vor dem Kriege:

Lehrer	25	v. H.
Landwirte	22	„
Handwerker	22	„

Beamte	12	"
Rentner	5	"
Kaufleute	3,5	"
Arbeiter	3,5	"
Frauen	2	"
Pastoren	1	"
Berufsimker	0,7	"

Für das Jahr 1926 gibt der Geschäftsbericht des Verbandes Mecklenburg-Schwerin folgende Verteilung an:

Landwirte	888	Mitglieder
Lehrer	805	"
Handwerker	579	"
Forstbeamte	172	"
Gärtner	149	"
Bahnbeamte	140	"
Postbeamte	102	"
Kaufleute	99	"
Rentner	92	"
Frauen	80	"
Gastwirte	48	"
Pastoren	33	"
Berufsimker	8	"
verschiedene Beamte	148	"
sonstige Berufe	237	"

Von den Mitgliedern des Schleswig-Holsteinischen Imkerverbandes entfielen im Jahre 1926 etwa

31 v. H.	auf Landwirte
30 "	" Beamte und Lehrer
21 "	" Handwerker
7½ "	" freie Berufe
5 "	" Arbeiter
3 "	" Rentner
2 "	" Kaufleute
¾ "	" Berufsimker

Der Westfälische Landesverband gibt folgende Berufsgliederungen der westfälischen Imker an:

Beruf:	1924	1925
	v. H.	v. H.
Landwirte	31,15	28,75
Handwerker	15,53	15,71
Beamte	15,39	16,15
Arbeiter	13,97	13,29
Lehrer	7,77	7,65
Sonstige Berufe	5,79	5,55
Kaufleute	4,50	5,92

Rentner	1,42	1,69
Invaliden	1,29	1,83
Frauen	1,15	1,00
Förster	1,06	1,34
Geistliche	1,00	1,12

Auch hier fast nur nebenberufliche Imkereibetriebe.

In Preußen gibt es eine große Zahl von Imkereien im Hauptberufe wahrscheinlich nur in der Provinz Hannover.

Welche volkswirtschaftliche Stütze die Bienenzucht durch die Stärkung des Einzelhaushaltes bedeutet, mögen folgende Erwägungen zeigen. Die große Zahl der nebenberuflichen Imker läßt einen unwillkürlich die Frage aufwerfen:

Welche Triebkräfte führen zu der nebenberuflichen Imkerei?

Ich habe folgende Antwort gefunden:

1. Die nebenberufliche Bienenzucht ist eine Folge des harten, äußeren Zwanges, der auf dem Einzelnen liegt. Er verdient im Hauptberuf nicht soviel, um seine und seiner Familie Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Der Wegfall der Nebeneinnahme würde eine gefährliche Störung des Gleichgewichts des Haushalts hervorrufen!

Das wird heute vor allem bei dem Beamten der untersten Gehaltsgruppen, vornehmlich, wenn er reich mit Kindern gesegnet ist, zutreffen. Es wird aber auch manches bäuerliche Anwesen geben, das in dieser Zeit der Landwirtschaftsnot nur durch die Nebenerträge aus der Bienenzucht über Wasser gehalten werden kann. Auch mancher Handwerker auf dem platten Lande, der einst in der Zeit der blühenden Landwirtschaft mit mehreren Gesellen arbeitete, wird jetzt, da ihm der Bauer keine Arbeit zubringen kann, die Bienenzucht als den letzten Notanker ansehen müssen.

2. Die nebenberufliche Bienenzucht schafft Mittel, um über die Möglichkeit der Einnahmen aus dem Hauptberufe hinweg den Kindern eine erhöhte Ausbildung zu geben. Innerhalb einer gesellschaftlichen oder Einkommensschicht besteht besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten für die Kinderreichen die Gefahr, in ihrer Lebenshaltung unter diese Schicht zu sinken. Das ist besonders hinsichtlich der Ausbildung ihrer Kinder der Fall. Da gibt die Bienenzucht vornehmlich den Bewohnern des platten Landes die Möglichkeit, ihren Kindern durch den üblichen Bildungsweg einen entsprechenden Beruf zu erschließen. Ich möchte gerade den durch die unsoziale Schulgestaltung in Preußen bedrohten Eltern einmal von dieser Stelle aus zurufen: Je enger und länger die Bildungswege und je teurer damit die Ausbildung für einen gehobenen Beruf wird, umso mehr treibt Bienenzucht, damit sich der Wille oder Unverstand derer, die unser Bildungs- und Auslesewesen immer unsozialer, unvölkischer und unbiologischer und immer mehr ohne Rücksicht auf das platte Land gestalten, an Euerem Selbsterhaltungswillen und an Eurer inneren und äußeren Kraft zerbricht. Hier steht die Bienenzucht wahrlich im Dienste höchster völkischer und sozialer Aufgaben.

3. Die nebenberufliche Bienenzucht soll die Möglichkeit der Ansammlung von Sparkapital geben. Ueber den Wert des Sparkapitals für die Allgemeinheit braucht in unserer Zeit der Kreditnot gewiß nichts mehr gesagt werden.

4. Die nebenberufliche Bienenzucht soll Mittel schaffen, um jenseits der Grenzen des notwendigen Lebens gesteigerte Lebens- und Kulturbedürfnisse befriedigen zu können. Bilt das nicht vor allem für die berufenen Kulturvermittler auf dem platten Lande, für die Geistlichen und Lehrer, bei denen das Gehalt leider nicht ausreicht, um den Anschluß an das flutende geistige Leben der Gegenwart zu wahren. Und dienen nicht die dadurch gewonnenen Kräfte in höchstem Maße dem ganzen Volke?

5. Die nebenberufliche Bienenzucht gilt als Erholung von der beruflichen Hauptarbeit. Das gilt vornehmlich für die geistigen Arbeiter in Stadt und Land. Ist nicht für den Volkshaushalt eine Erholung, die keine Werte vergeudet, auch keine Kosten verursacht, vielmehr noch in den Stunden der Muße und der Krätesammlung Millionen-Werte schafft, ganz besonders hoch zu bewerten?

Diese fünf Punkte zeigen, daß die Bienenzucht Befundung und Stärkung von 200 000 Einzelhaushalten bedeutet. Damit aber leistet sie der deutschen Gesamtwirtschaft unbeachtet und in aller Stille wertvolle Dienste. Will und kann das deutsche Reich auf diese immerliche Unterstützung verzichten? Ist nicht schon im Hinblick auf die schwere Erwerbslosennot, die zu einer Staatsgefahr führen kann, die Stärkung und Befundung von 200 000 Einzelhaushaltungen eine Wirtschaftstat ersten Ranges?

Leider muß die überwiegend nebenberufliche Ausübung der Bienenzucht erhalten, um die nicht genügende Förderung seitens des Reiches und der Länder zu begründen. Dabei übersieht man, daß nach der amtlichen Berufsgliederung 1925 im Reiche auch andere Betriebe in starkem Maße nebenberuflich ausgeübt wurden. (Siehe umseitige Tabelle).

Berufsabteilungen und Berufsgruppen	Hauptberuflich Erwerbstätige	Nebenberufsfälle
Landwirtschaft	9 581 802	5 493 584
Gärtnerei und Tierzucht	151 670	33 389
Forstwirtschaft und Jagd	125 980	65 389
Fischerei	24 805	8 860
Bergbau, Hüttenbetrieb	963 278	13 663
Steine und Erden	714 520	44 574
Metallverarbeitung	1 186 099	34 317
Maschinenindustrie	907 048	26 956
Chemische Industrie	158 776	2 411
Industrie der Leuchtst. u. s. w.	75 879	3 209
Textilindustrie	1 057 243	73 188
Papierindustrie	206 763	6 920
Federindustrie	219 443	9 617
Holzindustrie	787 754	78 015
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 127 516	190 838
Bekleidung	1 421 695	117 015
Reinigung	270 374	35 740
Baugewerbe	1 905 987	108 644
Polymaraphisches Gewerbe	197 903	3 946
Räumliches Gewerbe	37 111	1 221
Handelsgewerbe	1 739 910	537 123
Versicherungsgewerbe	60 531	45 507
Post- und Eisenbahnbetrieb	667 884	15 612
Uebriges Verkehrsgewerbe	358 404	63 710
Gast- und Schankwirtschaft	650 897	288 409

Berufe, in denen die nebenberufliche Tätigkeit ganz besonders stark ist, sind Weinbau und Tabakbau. Von den Tabakpflanzern waren 1924 nur 53 899 gewerbliche, dagegen 121 866 Kleinpflanzer, die doch wohl fast restlos diese Arbeit nebenberuflich versehen. Nach der Berufs- und Betriebszählung vom 12. 6. 07 waren im deutschen Weinbau 327 858 Betriebe, davon 95 753, bei denen die Weinbaubetriebsinhaber in ihrem Hauptberuf nicht Landwirte gewesen sind. Mindestens diese Zahl ist also als nebenberuflich zu verzeichnen. Die Zahl der nebenberuflichen Betriebe ist aber größer; denn bei einem beträchtlichen Teil der als Landwirte im Hauptberuf bezeichneten Betriebsinhaber muß angesichts der Größe der Landwirtschaft und der sehr geringen Durchschnittsfläche der Weinberge und Gärten mit einer nebenberuflichen Tätigkeit im Weinbau gerechnet werden; betrug doch die Gesamtfläche aller Betriebe 1 362 666 Hektar, die nur als Weinberggärten benutzte Fläche 115 107 Hektar (1925 nur noch 73 274 Hektar), die sonstige landwirtschaftlich benutzte Fläche 1 067 330 Hektar.

Die deutsche Bienenzucht bedeutet zweitens eine

Stärkung unserer Landwirtschaft

und damit eine **Steigerung der heimischen Lebensmittel-erzeugung**. Honig ist kein Luxusgegenstand, sondern ein wertvolles Nahrungsmittel. Es ist höchst bedauerlich, daß das vom Reichsgesundheitsamt für die Besolei herausgegebene Büchlein der deutschen Nahrungsmittel den Honig nicht einmal nennt. Das kann nur ein, wenn auch nicht entschuldigbares, so doch bedauerliches Versäumnis sein. Allerdings ist die Unkenntnis über den wirklichen Wert des Honigs sehr weit verbreitet. So spottete der Abg. Kili an (Komm.) nach der unten angeführten Rede des Schulrats Kimpel: „Ich möchte jetzt einmal ein Wort für die Menschen sprechen, die nicht so genußlüchtig sind, daß sie nach Honig verlangen.“ Ganz anders wußte dagegen der Abg. Richtarsky (Zentr.) den Honig zu preisen. Er sagte am 22. 1. 14 im Abgeordnetenhaus: „Der Wert des Honigs als Nahrungsmittel wird leider noch viel zu wenig erkannt. Für manchen bleichsüchtigen, blutarmen Großstädter würde der Genuß von Honig sehr bekömmlich und empfehlenswert sein. Der Honig bildet Blut, gibt Kraft und Stärke. Insbesondere bei der Kinderernährung bildet der Honig einen ganz gewaltigen Faktor . . . Es ist noch viel zu wenig bekannt, welche Vorzüge der Honig nicht nur als Nahrungsmittel, sondern auch als Heilmittel hat, und daß so mancher Krankheit durch den Genuß von Honig vorgebeugt werden ~~würde~~ könnte. Im Volke draußen weiß man das sehr zu schätzen, in dem man bei verschiedenen Krankheiten seine Zuflucht zum Honig nimmt.“ Erfahrung und Wissenschaft haben längst den

Wert des Honigs als Nahrungs-, Genuß- und Heilmittel

erkannt. Heißt es doch schon in der Bibel „das Land, darinnen Milch und Honig fließet.“ Prof. Dr. Zander-Erlangen schreibt: „Im Honig hat uns die Natur eine ihrer köstlichsten Gaben geschenkt, die zwar als Nährmittel betrachtet, bei ihrem geringen Eiweißgehalt und dem Mangel an Fett nicht den Bedarf unseres Körpers an diesen Stoffen zu decken vermag, deren Reichtum an Kohlenhydraten und insbesondere Invertzucker, der ohne verdauende Vorarbeit unmittelbar vom Darm aufgenommen wird, sie aber zu einem hervorragenden Betriebsmittel für Wärme und Arbeit, deren Phosphor-, Kalk- und Eisengehalt sie zugleich zu einem vorzüglichen Blut- und Knochenbildungsmittel stempeln.“ Der auf dem Gebiete der Nahrungsmittelchemie und des Honigschutzes verdiente Prof. Dr. Baier gibt den Nahrungsmittelwert des Honigs in folgenden Vergleichszahlen an:

Gegenstand	Prozentgehalt			Wärmein- heiten je kg	Preis je kg in Pfennigen nach Vorkriegs- preisen	Wärme- einheiten für einen Pfg.
	Eiweiß	Fett	Kohlen- hydrate			
Honig	1,4	—	79	3216	240	13,5
Eier	12,6	12,1	—	1593	220	7,2
Rindfleisch, mittelfett	20,6	5,5	—	1319	200	6,5
Schweinefleisch, mager	20,2	6,8	—	1420	200	7,1
Geräucherter Schinken	24,7	36,5	—	4573	400	11,4
Nale	12,8	29,4	—	3158	250	12,6

Darüber hinaus kennzeichnet Prof. Baier den Wert des Honigs als Genußmittel: „Honig ist ein nervenberuhigendes und das Blut verbessernde Genußmittel, das arbeitsfreudig und zufrieden macht, gleichsam, als ob die Lebenskraft der emsigen Biene im Honig enthalten wäre.“ Bekannt ist der Honig ja auch als Heilmittel bei Erkältungen der Hals- und Brustorgane, bei fieberigen Zuständen, bei Magen- und Darmkrankheiten. Der Präsident der Preussischen Nahrungsmitteluntersuchungsanstalt Geheimrat Judenat schreibt: „Darüber, ob im Honig der schon von altersher sowohl als Lebensmittel, als auch als Heilmittel in der Bevölkerung besonders gewürdigt ist, die Vitamine eine Rolle spielt, liegen hinreichende Erfahrungen noch nicht vor.“ Doch wird im allgemeinen auf Grund der Nektarquellen angenommen, daß auch dieser „zeitgemäße“ Lebensstoff durch den Honig dem Körper zugeführt wird. Ueber die Bedeutung der Vitamine schreibt Prof. Dr. Schenert-Leipzig, im „Reichsgesundheitsblatt“ (7. 6. 26): „fehlen oder mangeln die Vitamine, so wird die Nahrung unterwertig und vermag trotz sonst genügender Beschaffenheit gesundes Leben auf die Dauer nicht mehr zu erhalten . . . Die Vitamine sind also sehr lebenswichtig.“ Aus allen diesen Gründen konnten die Verfasser des Büchleins „Wissenswertes über Honig für Imker und Imkerfreunde“, Dr. Neumann und Dr. Baier mit vollem Rechte folgende Zeilen an die Spitze stellen:

„Blütenduft und Bienensleiß,
Honig, edle Götterspeis',
Du vermehrst die Lust zum Leben,
Kranken willst Du Heilung geben,
Stärkst die Nerven und das Blut,
Dein Genuß tut allen gut!“

Auch das Werbeblatt des deutschen Imkerbundes weiß das fein zu sagen. Ich wünschte nur, es hinge an allen Straßen und Plätzen, in den Eisenbahnwagen, in den Schulen und Amtsstuben. Je mehr deutscher Honig, desto größer auch die Volksgesundheit. Weit bedeutender ist aber der

mittelbare Wert der Bienenzucht.

Mit Recht sagte der Abg. K i m p e l - K a s s e l (D. Dem. P.) am 2. 10. 24 im Preussischen Landtage: „Die Bedeutung der Bienenzucht liegt nicht so sehr darin, daß Honig und Wachs erzeugt wird, sondern darin, daß durch die Bienen zahlreiche Pflanzen befruchtet werden. Ganze Pflanzengattungen in Deutschland würden einfach aussterben, wenn keine Bienen da wären. Deshalb liegt es im Interesse der Landwirtschaft, daß die Bienenzucht gehoben wird. Vorhin hat mir ein Vertreter der Landwirtschaft gesagt, die Biene sei eine Sache der Pastoren, der Lehrer und der Handwerker und der Beamten, nicht der Landwirte. Das ist ganz falsch. Nein, die Bienenzucht ist eine Sache der Landwirtschaft. Wenn alle Landwirte es begriffen hätten, wie sehr ihr Erzeugnis von der Bienenzucht abhängig ist, dann würden sie mehr Bienenzucht treiben und die Bienenzucht an sich fördern. Nach Prof. Dr. Ritter von Ebert-Ansbach „übertrifft die Biene an volkswirtschaftlicher Bedeutung alle anderen Nutztiere; ihre Zucht ist im Verhältnis zur Gesamtnatur der wichtigste Zweig der Landwirtschaft. Die Biene gehört zu der Gruppe der anthropozentrisch unscheinbaren Naturerscheinungen, die (wie Fermente, Enzyme, Vitamine, Hormone, Katalysatoren, Mikroorganismen) erst an ihren, das ganze menschliche Dasein erschütternden Wirkungen, ob fehlend oder vorhanden, erkennbar sind. Solange in Australien und Neuseeland Bienen fehlten, blieb beim Klee die Samenbildung aus.“ Dieses Fehlen der Bienen, das ja den besten Beweis für ihre unbedingte Notwendigkeit für die Landwirtschaft erbringen würde, ist bei uns noch nicht zu verzeichnen; immerhin zeigt sich gerade in den Jahren, die wegen ihrer Witterung der Bienenzucht ungünstig sind, die Bedeutung der Biene darin, daß die weiter von den Bienenständen stehenden Obstbäume wenig angelegt haben und daß die sich noch entwickelnden Früchte nur eine geringe Kernbildung aufweisen. Auch der objektivste und nüchternste Beobachter muß zugeben, daß die Biene es ist, die allein die Samengewinnung vieler landwirtschaftlicher und gärtnerischer Kulturpflanzen ermöglicht; denn nur die Biene ist dank der Kunst des Imkers in genügender Zahl und zu gegebener Zeit für diesen Heimchendienst in der Landwirtschaft vorhanden. Prof. J a n d e r - E r l a n g e n führt an, daß nach einer Untersuchung von den blütenbefruchtenden Insekten

73 v. H. Honigbienen

21 v. H. Hummeln und andere einzellebende Hautflügler

und 6 v. H. andere Insekten sind.

Nach einer anderen Untersuchung der besfliegenden Insekten eines Obstgartens wurde festgestellt:

88 v. H. Honigbienen,

5½ v. H. wilde Bienen und Hummeln,

6½ v. H. fliegen, Mücken usw.

Einige Zahlen über den Ausbau honigender Kulturpflanzen mögen auf diese mittelbare Bedeutung hinweisen.

Es wurden 1914 in Preußen angebaut in Hektar:

Erbsen zum Körnergewinnen	106 650
Futterbohnen zum Körnergewinnen	71 067

Wicken zum Körnergewinnen	60 548
Gemenge mit Hülsenfrüchten zum Körnergewinnen	91 068
Mehrere Hülsenfrüchte zum Körnergewinnen	17 769
Raps, Rübsen zum Körnergewinnen	20 082

Dazu die Kleesamen- und Seradellafamen-Gewinnung außer Rotklee.
An feldmäßigen gärtnerischen Kulturen waren u. a. vorhanden in Hektar:

Burken	5057
Grüne Erbsen	6287
fenchel	189
Senf zum Körnergewinnen	369
Anderer Arzneipflanzen	3274.

Dazu kamen noch 15 431 Hektar Obstanlagen. Insgesamt hatten wir Obstbäume:

Apfelbäume	40 210 248
Birnbäume	15 836 679
Pflaumen- und Zwetschenbäume	35 366 441
Kirschbäume	13 950 012

Ohne unsere Bienenzucht würden diese Zweige der Landwirtschaft und Gärtnerei zusammenbrechen. Wir können auf sie aber nicht verzichten, sondern müssen sie noch vermehren, um unsern Gesamthaushalt von der unnötigen Einfuhr zu entlasten. Nach der amtlichen Statistik haben wir z. B. 1925 eingeführt:

Speiseerbsen	433 646 Dzt.	im Werte von	10 457 000 M
Wicken	78 321	" " " "	1 690 000 "
Raps	493 236	" " " "	20 102 000 "
Senf	60 269	" " " "	2 672 000 "
Seradellafamen	85 196	" " " "	1 327 000 "
Weißklee u. Kleesamen außer Rotklee	37 669	" " " "	9 541 000 "
Erbsen (Schoten)	22 468	" " " "	2 290 000 "
Sämereien, wie fenchel, Kümmel usw.	24 129	" " " "	1 530 000 "
Äpfel für			51 887 000 "
Birnen für			13 624 000 "
Kirschen für			3 433 000 "
Pflaumen, Zwetschen für			2 563 000 "
Himbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren für			1 501 000 "
Dazu noch an gedörtem Obst für rund			10 000 000 "

Eine Vergrößerung der Anbaufläche dieser Kulturpflanzen, insbesondere eine Vermehrung des deutschen Obstbaues, ist aber ohne Stärkung der deutschen Bienenzucht unmöglich.

Für alle Zeiten bleibt das Wort wahr, daß der um die Bienenzucht hochverdiente frühere freikonservative Abgeordnete Varrenhorst am 11. Mai 1911 den Abg. und Regierungsvertretern zurief: „Zwischen den Bienen und der Befruchtung unserer

Blüten bestehen Wechselbeziehungen. Die Obstkultur steht und fällt mit der Imkerei.

Daneben leistet die Biene auch noch andere Schutzdienste. Dadurch, daß sie die schnelle Befruchtung der Blüten sichert, führt sie zu einem schnelleren Ablauf der Blütezeit und wirkt daher als mittelbarer Schutz gegen ungünstige Witterung und gegen tierische Schädlinge. Letzteres tritt auffallend hervor beim Rapsglanzkäfer. Die Biene kürzt nicht nur die Blütezeit ab, sondern sie stört diesen Rapschädling, indem sie ihn durch Besfliegen der Blüten zum Abfall bringt. Zu wenig wird die unmittelbare Leistung der Biene von der Landwirtschaft gewürdigt.

Immer wieder muß darum auf folgende Worte von Prof. Jander-Erlangen hingewiesen werden: „Von diesen mittelbaren Erträgen der Bienenzucht hat der Imker, wenn er nicht selbst feld-, Garten- oder Obstbau betreibt, so gut wie garnichts. Sie kommen der Allgemeinheit zugute. Insbesondere stecken die Landwirte, Obst- und Samenzüchter den Löwenanteil in ihre Tasche, ohne sich dessen jemals recht bewußt zu werden, was das muntere Besumm der Bienen in ihren Kulturen für sie und die Allgemeinheit zu bedeuten hat. Ihr Vorteil ist es daher in erster Linie, sich die Ergebnisse der Pflanzen- und Bienenkunde durch eine tatkräftige Förderung der Bienenzucht zunutze zu machen; denn je mehr und je fleißigere Bienen wir haben, umso größer werden unsere Frucht- und Samenernten.“

Die unmittelbare und mittelbare Stärkung der deutschen Eigenerzeugung und Landwirtschaft, sowie die Entlastung der Einzelhaushalte und Imker bedeutet aber auch drittens eine

beachtenswerte Stärkung der deutschen Volkswirtschaft.

Erfreulich war es, daß am 2. 10. 1924 das Mitglied der deutschen Volkspartei, Regierungspräsident Dr. Rose im Landtage auf die Bedeutung der Imkerei mit folgenden Worten hinwies: „Die Imkerei wird oft als Spielerei angesehen und es wird gesagt, daß sie volkswirtschaftlichen Wert nur im geringen Umfange besitze. Das ist durchaus unrichtig. 1912 ist der Ertrag der Imkerei größer gewesen, als der Ertrag der ganzen Binnen- und Hochseefischerei. Das ist doch wohl ein Beweis dafür, daß die Imkerei in guten Jahren zur Mehrung des Volksvermögens beiträgt.“

Der unmittelbare Gewinn von Honig und Wachs ist mit 20—50 Millionen Mark jährlich zu beziffern. Dabei ist zu beachten, daß ohne die Bienenzucht die großen Nektarquellen, die die Natur zur Verfügung stellt, ungenutzt verkommen würden. Ein mittelgroßer Obstbaum kann ungefähr 50 000 Blüten erzeugen, mindestens 45 000 fallen aber unentwickelt zur Erde. Die Biene ist es, die aus diesem „Nichts“ volkswirtschaftliche Werte entwickelt. Auch in der Honigerzeugung ist eine erhebliche Steigerung aus volkswirtschaftlichen Gründen dringend notwendig. Es sei nur auf folgende Ubersichten über Einfuhr von Honig und Wachs hingewiesen:

Jahr	Einfuhr von Honig, auch Kunsthonig		Einfuhr von Wachs, auch Pflanzenwachs	
	dz	M in 1000	dz	M in 1000
1893	36 306	1 679	7 118	1 005
1898	23 082	1 147	22 006	4 178
1900	19 117	994	28 066	6 523
1913	44 739	2 729	29 535	8 240
1925	44 835	4 044	7 222	2 391

Die Hauptursprungsländer für Wachs waren 1925 Britisch-Ostafrika mit 1 388 Dztr. und Portugiesisch-Ostafrika mit 1 858 Dztr. Die Hauptursprungsländer für Honig waren:

Chile mit	4 905 Dztr.
Cuba mit	12 481 "
Guatemala mit	5 347 "
Haiti mit	5 738 "
V. St. v. Nordamerika	6 963 "

Die Einfuhr hat auch 1926 angehalten. Nach den monatlichen Nachweisungen über den Auswärtigen Handel Deutschlands im ersten Halbjahr 1926 (die in Klammern gesetzten Ziffern sind die entsprechenden Zahlen des gleichen Berichtsmonats im Vorjahre):

Monate	140. Honig in Waben, ausäqel. künstl. Honig		141. Bienen u. a. Insektenwachs, roh		247a. Bienen u. a. Insektenwachs, zubereitet	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Januar	4589 dz (5936) Wert: 358 000.-	(5 dz)	709 dz (852) 251 000.-	—	33 dz (20) 12 000.-	139 dz (100) 39 000.-
Februar	5578 dz (2278) 493 000.-	(4 dz) (1000)	365 dz (678) 135 000.-	—	83 dz 31 000.-	191 dz (85) 61 000.-
März	2920 dz (2418) 232 000.-	— (5 dz)	325 dz (583) 123 000.-	—	10 dz (33) 4 000.-	222 dz (105) 68 000.-
April	2328 dz (2337) 179 000.-	— (5 dz)	552 dz (1000) 204 000.-	—	2 dz (6) 1 000.-	162 dz (152) 58 000.-
Mai	2181 dz (4353) 169 000.-	—	590 dz (389) 218 000.-	—	6 dz (16) 2 000.-	168 dz (214) 56 000.-
Juni	2282 dz (1969) 186 000.-	— (15)	687 dz (864) 253 000.-	—	— (7)	265 dz (139) 92 000.-

In der ersten Hälfte des Jahres 1925 betrug die Einfuhr 19 291 Dzt. In der gleichen Zeit 1926 19 878 Dzt. Es ist also eine kleine Steigerung zu verzeichnen. Aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es aber dringend geboten, unsere Einfuhr zu senken. Das gibt selbst ein Vertreter der doch auf Einfuhr bedachten Großindustrie, Generaldirektor Dr. Dögler, zu: „Ich stimme durchaus denjenigen zu, die nicht in einer Förderung der Ausfuhr, sondern in einer Erstarbung des Inlandsmarktes, das wünschenswerte Ziel sehen. Es ist viel richtiger, wirtschaftlich und politisch gedacht, die Handelsbilanz durch verringerte Einfuhr zu verbessern, denn durch verstärkte Ausfuhr. Es ist von größter Bedeutung für die Lage der Industrie, wieviel die 25 Millionen betragenden deutschen Landbewohner kaufen können. Es ist dies viel einschneidender als die Lage auf dem Inlandsmarkt.“ Nicht die Ausfuhr ist unser wirtschaftliches Schicksal — wir müßten dann angesichts der Hemmungen aus dem Dawesplan, der Uebersättigung des Weltmarktes und des Aufschwunges der ausländischen Erzeugung verzweifeln — sondern die Schaffung eines kaufkräftigen Binnenmarktes, der dann wiederum auch die Grundlage für eine gesunde Ausfuhr von Wirtschafts- und Arbeitsüberschüssen bilden wird. Schon vor dem Kriege nahm der deutsche Binnenmarkt 70 v. H. aller deutschen industriellen Inlandserzeugung auf. Mit feinem Verständnis für die deutschen Wirtschaftsnotwendigkeiten hat die Times am 24. 9. 24 ihrer Besorgnis dahin Ausdruck gegeben, daß die hochgespannte deutsche Landwirtschaft fast die gesamte deutsche Industrieerzeugung aufnehmen könnte. Die Stärkung der Gesamtlandwirtschaft mit ihren 25 Millionen Menschen als dem größten Block der Inlandsverbraucher, und in diesem Rahmen größte Förderung einer auf Ertragssteigerung ernstlich bedachten, im Dienste der Eigenernährung und der Landwirtschaft stehenden Bienenzucht ist darum die wirtschaftliche Schicksalsaufgabe unseres gegenwärtigen Geschlechtes. Hier liegt auch die volkswirtschaftliche Dienstverpflichtung für die deutsche Bienenzucht: Die Bedarfsdeckung des deutschen Volkes an Honig zu erreichen und die rechtlichen, wirtschafts- und handelspolitischen Voraussetzungen zu erkämpfen!

Man sage uns nicht mehr, daß die Bienenzucht in dem Milliardenhaushalt nichts als wertlose Spreu sei, die zu beachten sich nicht lohne. Zu dem unmittelbaren Wert von durchschnittlich 35 Millionen Mark tritt der mittelbare Wert. Die Schätzungen schwanken zwischen 170 und 500 Millionen Mark. Die Zahl erhält man, wenn man den Ertragswert der auf Insektenbestäubung angewiesenen Kulturpflanzen feststellt und davon zwei Drittel bis drei Fünftel auf die Befruchtung durch die Bienen rechnet. Nehmen wir eine der niedrigsten Ziffern, so kommen wir auf einen Mindestjahresdurchschnitt von

200 Millionen und 35 Millionen
= 235 Millionen Mark.

Diese Zahl mag manchem angesichts der Milliardenziffer unserer Volkswirtschaft niedrig erscheinen. Aber diese Mindestzahl schon hält den Vergleich mit manchen anderen Zweigen unserer Volkswirtschaft aus.

Die Weitzahl für verschiedene andere Zweige unserer Volkswirtschaft sind z. B. folgende:

Der Tabakbau 1923: 11 730 095 *M.*, 1924: 21 524 245 *M.*
Davon entfallen allein auf den Landesfinanzamts-Bezirk Karlsruhe 50,1 v. H.

See- und Küstenfischerei:

1913: 45 Millionen Mark, 1924: 55 Millionen Mark,
1925: 55 Millionen Mark.

Binnenfischerei:

Nach Schätzungen des Prof. Wundsch 200 Millionen Mark.

Weinbau:

1913: 41 941 035 Mark, 1924: 94 567 186 Mark,
1925: 83 800 000 Mark.

Braunkohle-Bergbaubetriebe: Wert der Förderung:

1913: 191 235 000 Mark, 1924: 369 195 000 Mark.

Arsen- und Kupfererzgruben:

1913: 32 320 000 Mark, 1924: 21 135 000 Mark.

Salinen:

1913: 16 763 000 Mark, 1924: 12 275 000 Mark.

Salzbergbaubetriebe:

a) Erzeugung von Steinsalz:

1913: 6 941 000 Mark, 1924: 13 409 000 Mark,

b) an Kalisalzen:

1913: 208 198 000 Mark, 1924: 126 877 000 Mark.

Erdölbetriebe:

1913 (neue Grenzen): 5 539 000 Mark, 1924: 4 649 000 Mark.

Teererzeugung:

1913: 27 126 000 Mark, 1924: 31 063 000 Mark.

Benzolerzeugung:

1913: 32 123 000 Mark, 1924: 52 719 000 Mark.

Eisenerzgruben: Förderung an Roherzen:

1913: 115 718 000 Mark, 1913: 59 899 00 Mark,

(alte Grenzen)

(neue Grenzen)

1924: 47 215 000 Mark.

Blei-, Silber- und Zinkerzgruben:

1913: 50 295 000 Mark, 1913: 28 214 000 Mark,

(alte Grenzen)

(neue Grenzen)

1924: 22 247 000 Mark.

Preussische Forsten:

Die Betriebseinnahmen der Preussischen Staatsforstverwaltung betrugen nach dem Haushaltsvoranschlag 1926: 197 941 000 Mark,

Davon gehen an dauernden Betriebsausgaben ab 122 764 000 „

Unter Heranziehung der einmaligen Einnahmen und

Ausgaben ergibt sich ein Betriebsüberschuß von 70 825 000 „

Diese Vergleiche sind gewiß nicht geführt worden, um den Wert anderer Zweige unserer Volkswirtschaft herabzusetzen. Sie sind aber notwendig angesichts der Tatsache, daß selbst führende Volkswirtschaftler, Politiker und Staatsbeamte, die für das Verhältnis von Staat und Bienenzucht ausschlaggebend sind, keine Kenntnis von dem wahren Wert der Bienenzucht haben. Die Zahlen sprechen für sich und werben mehr für die Bienenzucht, als es schwungvolle Reden könnten; sie fordern nüchtern aber unbeirrt von den Regierungen und Volksvertretungen eine entsprechende Einschätzung der Bienenzucht, die ihren besten Ausdruck finden wird in ausreichenden Summen, die für die Imkerei in den Haushalten ausgeworfen werden und in pflegerischen gesetzgeberischen Maßnahmen. Niemand wird mehr mit einschlagenden Gründen widersprechen können, wenn wir fortan für die deutsche Bienenzucht eine Beachtung fordern, die ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung entspricht.

Leider haben wir keinen Fortschritt, sondern einen höchst bedauerlichen
schweren Rückgang der Bienenzucht

zu verzeichnen. Die Bienenzählung am 1. 12. 25 ergab im Reiche 1 550 822 Völker gegenüber 2 299 346 Völker 1912, umgerechnet auf das jetzige Reichsgebiet ohne Saargebiet. Der Reichsrückgang beträgt also im Reiche 32,5 v. H. Der durchschnittliche Jahresrückgang betrug 1912—22: 46 534 Völker, 1923—25 dagegen 98 932 Völker. In diesen Jahren war die deutsche Bienenzucht auf die freie Wirtschaft angewiesen, Zucker für Bienenfütterung wurde nicht zur Verfügung gestellt. Während z. B. im Juli 1922 der Honig mit 50.— M das Pfund abgesetzt wurde, mußte der Zucker zur Herbstfütterung mit dem Vielfachen bezahlt werden. Für den Imker war der teure Auslandszucker! — für die Lieferrfirma Kahlbaum in Berlin wurden über 300 000 Kilo Zucker zu einem billigen Preise zur Verfügung gestellt.

Mit vollem Recht konnte Abg. Dankler (Dt. V. P.) am 27. 2. 1923 im Landtage klagen: „Ein schwerer Schlag für die Bienenzüchter war es, daß der Bezug von Inlandzucker verboten wurde; dieser wichtige Zweig der Landwirtschaft wurde dadurch mit Spritfabriken, Lieferrfabriken und Bonbonfabriken auf eine Stufe gesetzt.“ Diese Maßnahme und die bisherigen langsamen „Erwägungen“ haben hunderttausenden von Bienenvölkern das Leben gekostet.

Wird diesem Rückgang nicht mit aller Kraft Einhalt geboten, so ist die deutsche Bienenzucht spätestens 1930 erledigt. Ganz besonders groß ist aber der Rückgang in Preußen, er beträgt seit 1912 ungefähr 44 v. H., umgerechnet auf die neuen Grenzen 32,6 v. H. 1912 kamen auf 26 Einwohner und auf 22,7 Hektar 1 Volk, 1925 dagegen auf erst 47 Einwohner und 34,5 Hektar.

Lehrreich ist folgende
 Uebersicht über die Entwicklung der Bienenzucht
 in Deutschland.

Zusammengestellt nach den Arbeiten des Statistischen Reichsamtes.

Land, Provinz, Reg.-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenvölker				überhaupt	v. S. + —
		mit beweg- lichen Waben	v. S. + —	mit un- beweglichen Waben	v. S. + —		
Prov. Ostpreußen	1864	—		—		135 592	
Reg.-Bez. Königsberg	1873	6230		66 136		72 366	
	1900	31 262		62 042		93 304	
	1907	18 028		53 070		71 098	
	1912	22 747		63 970		86 717	+22
	1925	15 714		45 134		60 848	—29,9
Reg.-Bez. Gumbinnen	1873	3 826		32 263		36 089	
	1900	11 519		38 958		50 477	
	1907	12 716		37 263		49 979	
	1912	16 711		41 875		58 586	+17,2
	1925	11 446		28 691		40 137	
Reg.-Bez. Allenstein	1907	11 326		27 811		39 137	
	1912	13 271		29 498		42 769	+9,3
	1925	8 512		20 822		29 334	
Prov. Westpreußen	1873	4 941		80 238		85 179	
	1900	27 668		82 438		110 106	
	1907	31 029		78 987		110 016	
	1912	38 083		76 381		114 464	
Reg.-Bez. Westpreußen	1925	5 505		7 639		13 144	
Prov. Brandenburg	1864	—		—		100 767	
Stadt Berlin	1873	—		—		234	
	1900	93		11		104	
	1907	60		17		77	
	1912	70		45		115	+49,4
	1925	2 941		150		3 091	
Reg.-Bez. Potsdam	1873	7 992		48 398		56 390	
	1900	30 187		30 140		60 327	
	1907	27 953		39 943		67 896	
	1912	19 308	—30,9	37 477		56 785	—16,4
	1925	29 693	+53,7	10 389		40 082	—29,7

Land, Provinz, Reg.-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenvölker				überhaupt	v. H.
		mit beweg- lichen Waben	v. H. + —	mit un- beweglichen Waben	v. H. + —		
Reg.-Bez. Frankfurt a. O.	1873	9 244		47 151		56 395	
	1900	30 777		32 554		63 331	
	1907	36 453		31 143		67 596	
	1912	37 702		23 426	—24,8	61 128	—9,6
	1925	29 116		13 312		42 428	
Prov. Pommern	1864	—		—		76 470	
Reg.-Bez. Stettin	1873	3 719		46 707		50 426	
	1900	22 370		36 355		58 725	
	1907	25 168		32 161		57 329	
	1912	26 350		25 410	—21,0	51 760	—9,7
	1925	19 601		13 820		33 421	—35,4
Reg.-Bez. Köslin	1873	1 179		45 012		46 191	
	1900	12 433		41 568		54 001	
	1907	12 924		38 538		51 462	
	1912	16 897	+30,0	35 247		52 144	
	1925	15 098		21 044		36 142	
Reg.-Bez. Stralsund	1873	1 932		16 236		18 168	
	1900	7 998		12 010		20 008	
	1907	12 057		11 462		23 519	
	1912	13 251		7 870	—31,3	21 121	—10,2
	1925	10 891		4 071		14 962	—29,1
Prov. Posen	1864	—		—		70 265	
	1873	9 943		95 710		105 653	
	1900	39 961		77 282		117 243	
	1907	50 151		75 904		126 055	
	1912	57 251		66 400		123 651	
Reg.-Bez. Schneidemühl	1925	8 216		10 486		18 702	
Prov. Schlesien	1864	—		—		112 532	
Reg.-Bez. Breslau	1873	17 774		37 719		45 493	
	1900	45 059		11 640		56 699	
	1907	55 079		9 536		64 635	
	1912	52 743		8 708		61 451	
	1925	34 267		5 664		39 931	—35,0
Reg.-Bez. Liegnitz	1873	13 428		36 810		50 238	
	1900	43 934		16 402		60 336	
	1907	51 574		14 772		66 346	
	1912	55 147		13 760		68 907	
	1925	39 961		8 031		47 992	

Land, Provinz, Reg.-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenvölker				überhaupt	v. G.
		mit beweg- lichen Waben	v. G. + —	mit un- beweglichen Waben	v. G. + —		
Reg.-Bez. Oppeln	1873	9 767		33 348		43 115	
	1900	28 343		17 369		45 712	
	1907	38 196		14 161		52 357	
	1912	45 563	+19,3	12 248	-13,5	57 811	+10,4
	1925	23 217		4 127		27 344	
Prov. Sachsen	1864	—		—		79 627	
Reg.-Bez. Magdeburg	1873	4 412		35 287		39 699	
	1900	11 533		17 237		28 770	
	1907	14 289		15 685		29 974	
	1912	14 899		11 278	-28,1	26 177	-12,7
	1925	13 582		6 714		20 296	
Reg.-Bez. Merseburg	1873	9 958		33 348		47 305	
	1900	25 144		18 838		43 982	
	1907	30 470		15 695		46 165	
	1912	28 305		12 043	-23,3	40 348	-12,7
	1925	21 385		5 813		27 198	
Reg.-Bez. Erfurt	1873	3 554		11 803		15 357	
	1900	15 629		4 509		20 138	
	1907	18 406		3 308		21 714	
	1912	17 623		3 506		21 129	
	1925	10 382		2 115		12 497	-40,8
Provinz Schleswig-Holstein	1864	—		—		103 905	
Reg.-Bez. Schleswig	1873	3 495		134 844		138 339	
	1900	33 258		83 449		116 707	
	1907	38 349		61 149		99 498	
	1912	45 086	+17,6	43 494	-28,9	88 580	-11,0
	1925	41 877		23 986		65 863	-25,6
Prov. Hannover	1864	—		—		201 927	
Reg.-Bez. Hannover	1873	1 153		17 313		18 466	
	1900	4 160		17 371		21 531	
	1907	3 925		18 752		22 677	
	1912	3 787		14 741	-21,4	18 528	-18,3
	1925	2 543		8 482		11 025	-40,4
Reg.-Bez. Hildesheim	1873	1 452		10 638		12 090	
	1900	3 720		7 532		11 252	
	1907	5 014		7 737		12 751	
	1912	5 874	+17,2	5 992	-22,6	11 866	
	1925	4 953		3 629		8 582	

Land, Provinz, Reg.-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenvölker				überhaupt	v. S. + —
		mit beweg- lichen Waben	v. S. + —	mit un- beweglichen Waben	v. S. + —		
Reg.-Bez. Linneburg	1873	1 908		73 371		75 279	
	1900	7 636		58 575		66 211	
	1907	8 046		58 188		66 234	
	1912	6 062	—24,7	47 240	—18,8	53 302	—19,5
	1925	3 591	—40,7	32 520		36 111	—32,2
Reg.-Bez. Stade	1873	9 8		52 125		53 033	
	1900	6 355		53 659		60 014	
	1907	7 071		52 199		59 270	
	1912	5 538	—21,7	39 247	—24,8	44 785+	—24,4
	1925	4 029		26 385		30 414	
Reg.-Bez. Osnabrück	1873	1 543		36 744		38 287	
	1900	6 060		35 237		41 297	
	1907	4 412		32 519		36 931	
	1912	4 974	+12,7	30 428		35 402	
	1925	2 792	—43,9	14 468	—52,4	17 260	—51,2
Reg.-Bez. Aurich	1873	1 672		18 218		19 890	
	1900	2 349		16 072		18 421	
	1907	2 391		13 042		15 433	
	1912	2 281		10 031	—23,1	12 312	—20,2
	1925	1 350	—40,8	4 927	—50,8	6 277	—49
Prov. Westfalen	1864	—	—	—		65 091	
Reg.-Bez. Münster	1873	749		40 599		41 348	
	1900	9 634		28 127		37 761	
	1907	10 132		20 877		31 009	
	1912	12 839	+26,7	21 836		34 675	+11,8
	1925	9 745		8 399		18 144	—47,7
Reg.-Bez. Minden	1873	911		23 743		24 654	
	1900	7 834		15 559		23 393	
	1907	10 426		14 952		25 378	
	1912	12 219	+17,2	13 423	—10,2	25 624	
	1925	9 164		6 156		15 320	
Reg.-Bez. Arnshberg	1873	4 842		24 824		29 666	
	1900	21 732		17 486		39 218	
	1907	20 920		12 226		33 146	
	1912	23 362	+11,7	11 130		34 492	
	1925	16 161		4 442		20 603	

Land, Provinz, Reg.-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenvölker				überhaupt	v. S. + —
		mit beweg- lichen Waben	v. S. + —	mit un- beweglichen Waben	v. S. + —		
Reg.-Bez. Kassel	1873	3 706		26 797		30 503	
	1900	19 491		18 048		37 539	
	1907	24 348		14 531		38 879	
	1912	29 912	+22,9	14 362		44 274	+13,9
	1925	18 010		5 154		23 164	-47,6
Reg.-Bez. Wiesbaden	1873	1 524		15 413		16 937	
	1900	14 376		8 495		22 871	
	1907	14 955		5 928		20 883	
	1912	16 806	+12,4	6 119		22 925	+9,8
	1925	11 527		2 758		14 285	
Prov. Rheinland	1864	—		—		115 492	
Reg.-Bez. Koblenz	1873	2 781		26 283		29 064	
	1900	19 187		15 714		34 901	
	1907	18 553		11 195		29 748	
	1912	19 879		9 764	-12,8	29 643	
	1925	12 856		4 565		17 421	
Reg.-Bez. Düsseldorf	1873	3 787		51 309		55 096	
	1900	13 046		14 211		27 257	
	1907	14 579		11 090		25 669	
	1912	17 163	+17,7	10 127		27 290	
	1925	14 064		4 505		18 569	
Reg.-Bez. Köln	1873	2 692		22 276		24 968	
	1900	14 063		8 740		22 803	
	1907	12 224		5 075		17 299	
	1912	12 696		4 937		17 633	
	1925	8 939		2 593		11 532	
Reg.-Bez. Trier	1873	1 774		36 732		38 506	
	1900	20 587		18 710		39 297	
	1907	22 129		12 420		34 549	
	1912	22 520		12 055		34 575	
	1925	8 967		4 878		13 845	-59,9
Reg.-Bez. Aachen	1873	1 491		31 175		32 666	
	1900	7 407		16 070		23 477	
	1907	7 255		11 108		18 363	
	1912	7 917	+9,1	11 960		19 877	
	1925	7 286		3 642		10 928	-45

Land, Provinz, Reg.-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenvölker				überhaupt	v. S. + —
		mit beweg- lichen Baben	v. S. + —	mit un- beweglichen Baben	v. S. + —		
Reg.-Bez. Sigmaringen	1864	—		—		5 429	
	1873	939		5 785		6 724	
	1900	5 956		1 910		7 866	
	1907	7 029		1 249		8 278	
	1912	7 299		1 423		8 722	
	1925	3 936		393		4 329	
Preußischer Staat	1864	—		—		761 284	
	1873	145 226		1 398 538		1 543 764	
	1900	595 225		953 031		1 548 256	
	1907	689 627		851 723		1 541 350	
	1912	750 304	+8,8	759 282	-10,9	1 509 586	-2,1
	1912	—		—		1 263 884	
	1921	—		—		1 070 095	-15,3
	1925	481 317		369 904		851 221	-20,4
Bayern	1844	—		—		223 177	
	1863	—		—		231 676	
	1873	37 842		300 955		338 797	
	1907	212 322		184 753		397 075	
	1912	245 235	+15,5	167 511	-9,3	412 746	+3,9
	1925	223 560		99 010		322 570	-21,8
Sachsen	1834	—		—		40 808	
	1864	—		—		56 589	
	1873	18 579		45 788		64 367	
	1907	59 782		20 368		80 150	
	1912	71 661	+19,9	17 544	-13,9	89 205	+11,3
	1925	45 270		7 505		52 775	-40,8
Württemberg	1813	—		—		38 210	
	1844	—		—		91 565	
	1861	—		—		104 583	
	1873	16 882		89 677		106 359	
	1907	113 167		25 326		138 319	
	1912	146 528	+29,5	19 791	-21,9	166 319	+20,1
	1925	82 416		8 057		90 473	-40,1
Baden	1855	—		—		49 146	
	1867	—		—		86 224	
	1873	9 965		66 866		75 831	
	1907	97 715		12 347		110 062	
	1912	123 575	+26,5	7 487	-39,4	131 062	+19,1
	1925	71 424		10 159		81 583	-37,9

Land, Provinz, Reg-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenstöcke				überhaupt	p. S. + —
		mit beweg- lichen Waben	p. S. + —	mit un- beweglichen Waben	p. S. + —		
Hessen	1864	—		—		35 340	
	1873	7 192		26 713		33 905	
	1907	26 296		7 217		33 513	
	1912	29 713	+13,0	5 868	-18,7	35 581	+6,2
	1925	18 744		2 234		20 978	
Mecklenburg- Schwerin	1873	6 374		38 543		44 917	
	1907	32 450		22 767		55 217	
	1912	38 305	+18,0	13 727	-39,7	52 032	-5,8
	1925	31 000		7 071	-48,4	38 071	-26,6
Mecklenburg- Strelitz	1873	2 226		5 819		8 045	
	1907	9 245		2 902		12 147	
	1912	10 210	+10,4	1 626	-44,0	11 836	-2,6
	1925	6 175		908		7 083	
Thüringen	1873	15 716		37 331		53 047	
	1907	57 867		12 501		70 188	
	1912	66 672		11 182		77 854	
	1925	43 831		4 643		48 474	-37,7
Oldenburg	1864	—		—		33 937	
	1873	612		37 699		38 311	
	1907	4 749		31 160		35 909	
	1912	5 490	+15,6	24 786	-20,5	30 276	-15,7
	1925	5 622	+2,4	9 117	-63,1	14 740	-51,3
Braunschweig	1862	—		—		8 494	
	1873	761		8 165		8 926	
	1907	4 684		4 826		9 510	
	1912	5 097	+8,8	3 386	-29,8	8 483	-10,8
	1925	4 410		1 429		5 839	-31,2
Anhalt	1873	2 297		5 788		8 085	
	1907	4 579		3 118		7 697	
	1912	4 700		2 062	-33,9	6 762	-12,1
	1925	3 449		935		4 402	
Waldeck	1873	180		2 938		3 118	
	1907	1 951		1 827		3 778	
	1912	2 543	+30,3	1 486		4 029	+6,6
	1925	1 726		539		2 265	
Schaumburg-Lippe	1873	13		1 678		1 691	
	1907	421		2 197		2 618	
	1912	463		1 383		1 846	-29,5
	1925	344		593		937	-49,2

Land, Provinz, Reg.-Bez.	Jahr	Zahl der Bienenvölker				überhaupt	p. H. + —
		mit beweg- lichen Waben	p. H. + —	mit un- beweglichen Waben	p. H. + —		
Lippe	1867	—		—		4 663	
	1873	185		4 615		4 800	
	1907	1 996		3 822		5 818	
	1912	3 562	+78,5	2 126	-44,4	5 688	-2,2
	1925	2 939		810		3 749	
Lübeck	1862	—		—		2 041	
	1873	145		1 340		1 485	
	1907	1 072		713		1 785	
	1912	1 368		442		1 810	
	1925	984		507		1 491	
Bremen	1865	—		—		264	
	1873	27		286		313	
	1907	293		922		1 215	
	1912	216		877		1 093	-10,0
	1925	831		762		1 593	+45,7
Hamburg	1873	84		1 294		1 378	
	1907	599		987		1 586	
	1912	759		670		1 435	-9,5
	1925	1 882		696		2 578	+79,4
Reich	1873	293 823		2 039 661		2 333 484	
	1900	1 151 771	+292	1 453 579		2 605 350	+11,7
	1907	1 377 729		1 216 961		2 594 690	
alte Grenzen	1912	1 572 898	+14,2	1 057 939	-13,1	2 630 837	+1,4
neue Grenzen	1912	1 393 654		905 692		2 299 346	
	1921	1 275 599		654 783		1 930 382	-16
	1922	1 242 461		588 544		1 831 005	
	1925	1 025 924		524 898		1 550 822	-15,3
Reichsrückgang	1913/25		-26,4		-42,0		-32,5

Sofort als das vorläufige erschreckende Ergebnis der Bienenzählung vom 1. 12. 25 bekannt wurde, habe ich folgende Anfrage an die Preussische Staatsregierung gerichtet: „Das vorläufige Ergebnis der Viehzählung vom 1. 12. 1925 ergibt seit 1912 einen Rückgang der Bienenvölker von 33½ v. H. In den letzten drei Jahren beträgt der durchschnittliche Jahresrückgang im Reiche 98 973 Völker. Es ist also zu befürchten, daß die deutsche und preussische Bienenzucht in einem Jahrzehnt vernichtet ist. Tausende von selbständigen Existenzen werden dadurch vernichtet, zehntausende in ihrem Einkommen erheblich geschmälert. Darüber hinaus aber wird ein stetig steigender Betrag für die Mehreinfuhr von Honig ins Ausland gehen.

Ist das Staatsministerium bereit, in Verbindung mit der Reichsregierung die notwendigen Schritte zur Aufrechterhaltung der heimischen Bienenzucht zu übernehmen?“

Darauf erhielt ich umgehend folgende Antwort des Landwirtschaftsministers Dr. Steiger: „Die mißliche Lage der Preussischen Bienenzucht ist vornehmlich auf die geringe Honigernte der letzten Jahre zurückzuführen. Noch vor Eingang der kleinen Anfrage Nr. 769 bin ich unter Hinweis auf die Ergebnisse der Viehzählung in Preußen am 1. Dezember 1925 erneut bei dem Herrn Reichsfinanzminister wegen Gewährung der Steuerfreiheit des Bienenzuckers nachdrücklichst vorstellig geworden. Ich werde im übrigen auch weiterhin bemüht sein, im Benehmen mit den zuständigen Reichsressorts die schwierige Lage der heimischen Imkerei zu lindern.“

Ist denn aber überhaupt die

Abwehr des Unterganges

und darüber hinaus eine Hebung der Bienenzucht noch möglich? Ist nicht der große Rückgang ein natürlicher Beweis für die volkswirtschaftliche Unmöglichkeit einer blühenden deutschen Bienenzucht? Keineswegs! Gerade in den Jahren stärkster Intensivierung der Landwirtschaft, 1907—1912, ist die Zahl der Bienenvölker von 2 594 690 auf 2 630 837 (alte Grenzen), also um 1,4 v. H. gestiegen. Mit der gesteigerten Ausnutzung des Bodens durch unsere Landwirte, also mit einem gewissen Trachtrückgange, stieg die Zahl der Bienenvölker und zwar von 1873 bis 1912 um rund 12 v. H. Es ist darum heute noch eine ausreichende Trachtfläche für eine größere Anzahl von Völkern vorhanden. Dem Volksrückgang seit 1912/13 steht durchaus nicht ein entsprechender großer Trachtrückgang gegenüber; ist doch seit 1913 trotz aller Oedlandkultivierung die landwirtschaftlich genutzte Fläche um rund ½ Millionen Hektar zurückgegangen.

Einen schlagenden Beweis für die Steigerungsfähigkeit der Zahl der Bienenvölker gibt folgende Uebersicht:

Land	Jahr	Es kamen Bienenvölker	
		auf je 100 Einwohner	auf je 1 qkm landwirtschaftlich genutzte Fläche
Ostpreußen	1913	8,99	7,2
	1921	6,79	6,1
	1925	6,3	—
Brandenburg	1913	4,64	5,2
	1921	4,16	5,1
	1925	3,18	—
Stadt Berlin	1913	0,7	10,6
	1921	0,7	17,0
	1925	0,7	—
Pommern	1913	7,21	6,0
	1921	5,65	5,3
	1925	4,5	—
Grenzmark Posen-Westpr.	1913	8,27	5,7
	1921	6,09	4,9
	1925	5,6	—
Niederschlesien	1913	4,22	7,5
	1921	3,29	6,4
	1925	2,8	—
Oberschlesien	1913	3,20	6,7
	1921	2,50	5,5
	1925	1,9	—
Sachsen	1913	2,78	5,0
	1921	2,49	4,7
	1925	1,8	—
Schleswig-Holstein	1913	5,14	6,8
	1921	5,39	7,2
	1925	4,3	—
Hannover	1913	5,77	8,3
	1921	4,66	7,3
	1925	3,4	—
Westfalen	1913	2,14	7,8
	1921	1,61	6,9
	1925	1,1	—
Hessen-Nassau	1913	2,91	8,0
	1921	2,15	6,2
	1925	1,5	—

Land	Jahr	Es kamen Bienenvölker	
		auf je 100 Einwohner	auf je 1 qkm landwirtschaftlich genutzte Fläche
Rheinprovinz	1913	1,69	8,1
	1921	1,29	6,9
	1923	1,00	—
Hohenzollern-Land	1921	12,01	12,8
	1923	7,24	7,9
	1925	6,0	—
Staat Preußen	1913	3,46	6,8
	1921	2,81	6,0
	1925	2,2	—
Deutsches Reich	1873	5,7	
	1892	4,1	
	1900	4,6	
	1907	4,1	
	1912	4,0	
	1925	2,4	

Wenn z. B. so stark landwirtschaftlich eingestellte Provinzen wie Brandenburg, Grenzmark Sachsen und Pommern unter dem Durchschnitt bleibt, so ist hier nur Versäumtes gut zu machen. Es ist auch noch die Möglichkeit vorhanden, die Trachisfläche zu vergrößern und die Ergiebigkeit zu erhöhen, ebenso läßt sich der Ertrag des einzelnen Volkes durch eine bessere Bewirtschaftung steigern. Ein glänzendes Beispiel für die Möglichkeit einer solchen Ertragssteigerung hat ja die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten gegeben.

Gewiß sind **schwere Hemmungen** für einen Aufstieg vorhanden; aber sie müssen und können überwunden oder doch wenigstens genügend geschwächt werden. Zunächst ist das geringe Interesse der Öffentlichkeit, vor allem der Regierungen und Volksvertretungen zu beklagen. Wo sind in den Behörden leitende Beamte, die Freunde der Bienenzucht sind? Im Preussischen Landtage sind, soweit ich übersehe, 4 Bienenzüchter, das sind noch nicht einmal 1 v. H. aller Abgeordneten. Von diesen betreiben 2 die Bienenzucht selbst in mittlerem und großem Betriebe, während die beiden anderen, ein Regierungspräsident und ein Großgrundbesitzer, sie durch Angestellte nebenbei ausüben lassen. Im Reichstage und den anderen Ländervertretungen wird es nicht besser sein. Ehe nicht die frostige Haltung von Behörden und Volksvertretungen gegenüber der Bienenzucht einer herzlichen Hilfsstellung weicht, ist an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken.

Demnächst wirkt dann aber auch die oben beleuchtete **Zusammensetzung der Imkerschaft** und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die überwiegende Zahl der deutschen Imker übt die Bienenzucht nebenberuflich aus. Das Hauptinteresse liegt natürlich auch beim Hauptberuf; auch die Entscheidung in wirtschaftspolitischen Dingen — die sehr oft die Stimmabgabe zu den Volksvertretungen ausschlaggebend beeinflussen — ruhen auf Erwägungen aus dem Hauptberuf. In wie vielen Fällen siegen die nebenberuflichen Erwägungen in dem Interessenstreit, der sich sehr oft ergeben kann? Sind doch manche Gegensätze vorhanden: Im Hauptberufe fühlt man sich als Nurverbraucher, als Imker ist man Erzeuger, dort ist man Freihändler, hier Schutzzöllner, dort eingestellt auf den Ruf nach Ausfuhrsteigerung und innigerer Verflechtung mit dem Weltmarkt, hier kämpft man für Stärkung des Binnenmarktes. Es ist immer sehr schwer, eine gemeinsame schlagkräftige Front in dem Kampfe um die Sicherung des nebenberuflichen Betriebes zu finden. Uneinigkeit und schwächliche Haltung der Imker sind aber gerade heute im Zeitalter der Massengeltung und der Massenzusammenfassung keine Waffe, die den Aufstieg der Bienenzucht verbürgen.

2. Dieser Nachteil wird noch durch die Kleinheit sehr vieler Betriebe stark unterstrichen. Gerade diese Kleinheit verhindert die nötige wirtschaftspolitische Vorteilsverquickung des Einzelnen mit der Bienenzucht. Auf einen Imker entfielen im pommerschen Imkerbunde 9,4 und im Verbands Posen-Grenzmark 8,3 Völker. In Westfalen waren von rund 12 000 Betrieben 50 v. H. solche mit unter 5 Völkern; diese 50 v. H. hatten 20—25 v. H. der Gesamtzahl der Völker. Verteilt man die Bienenvölker Mecklenburg-Schwerin auf die dem Verbands angeschlossenen Imker, so ergibt sich eine Durchschnittsziffer von rund 10 Völkern für den einzelnen Imker. In Wirklichkeit sind aber sicher eine Anzahl Imker dem Verbands nicht angeschlossenen, so daß auch hier die Durchschnittsziffer für den einzelnen Bienenstand unter 10 Völkern liegen wird.

Diese beiden Tatsachen, mit denen wir in einem gewissen Maße wohl immer zu rechnen haben werden, schwächen die Stoßkraft der Imkerschaft. Es muß aber gelingen, diese Hemmungen erheblich abzuschwächen. Bei der Erhöhung der Zahl der Bienenvölker darf das Ziel nicht die Schaffung von vielen Zwergbienenständen sein, sondern das Hauptgewicht ist auf die Schaffung einer ausreichenden Zahl leistungsfähiger Stände zu legen. Erst bei einer Völkerzahl von 20—40 wird in der Regel das bienenwirtschaftliche Interesse so stark, daß der Imker als wertvoller Mitkämpfer eintritt in die wirtschaftspolitische Front der Bienenzucht. Das wird auch durch Erhebungen des schweizerischen Bauernsekretariats bestätigt. Es ist auch die Frage zu erwägen, die schon der verstorbene Altmeister Kuntzsch angeschnitten hat, ob nicht der einzelne Imker in den Verein und Imkerbund hinsichtlich Leistung und Recht eingeschaltet werden müßte nach seiner Betriebsgröße. Nach den obigen Zahlen von Westfalen entscheiden die Vertreter von 20—25 v. H. der Völker über Ziel und Weg des westfälischen Provinzialverbandes.

Selbsthilfe und Staatshilfe

sind die beiden Mittel zur Hebung der Bienenzucht. Kein Berufsstand und kein Zweig unserer Volkswirtschaft kann auf die Dauer ohne staatliches Wohlwollen und ohne Staatspflege, sei sie geldlicher, rechtlicher oder wirtschaftspolitischer Natur, auskommen. Die staatliche Hilfeleistung muß umso wirksamer sein, je schwächer ein Berufsstand ist, und je größer die in ihm liegenden natürlichen Hemmungen für eine freie Entfaltung und für den freien Wettbewerb sind. Schon am 22. Juni 1914 rief Abg. von B o s s l e r (konf.), der damalige Vorsitzende des schlesischen Provinzialverbandes, der Staatsregierung warnend zu: „Wir müssen alles tun, um der nothleidenden Imkerei wieder Mut und Vertrauen auf bessere Zeiten einzuflößen. Wir sind es vor allen Dingen auch unserer Lehrerschaft schuldig, bei der die Imkerei seit Jahrzehnten zur traditionellen Gewohnheit geworden ist, und die auf diesem Gebiete kulturelle und wirtschaftliche Werte geschaffen hat, die wir doch nicht so leichtens Herzens preisgeben möchten. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, wenn wir durch die Versäumnisse unsererseits mit daran schuld sein wollten, daß künftige Generationen nichts mehr wüßten von der Imkerei und von den Freuden und dem innerlichen Gewinn, den sie für jeden mit sich bringt, der sich mit ihr befaßt.“ Vorher hatte schon der Abg. V a r r e n h o r s t (freikonf.) in einem Antrage die ganze Frage der Bienenzucht aufgerollt. Am 21. 1. 10 beantragte er: „Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, geeignete Maßregeln zu ergreifen, um dem Niedergang der Bienenzucht vorzubeugen.“ Diesen Antrag wiederholte er am 11. 11. 1911. 1914 machte die nationalliberale Partei unter Führung des Abg. v o n C a m p e einen erneuten Vorstoß mit folgendem Antrage: „Das Haus der Abgeordneten möge beschließen, die Königliche Staatsregierung aufzufordern, baldmöglichst die geeigneten Maßnahmen zu treffen, durch welche die schwierige Lage des Imkerstandes mit Erfolg gebessert werden könnte.“ So hat also die deutsche Bienenzucht ein Recht auf Staatshilfe und die Pflicht, sie in ausreichendem Umfange zu erringen.

Die Staatshilfe hat zunächst laufende Aufwendungen zur Pflege der Bienenzucht zu umfassen. Die Einsetzung einer genügenden Summe in den Reichs- oder Landeshaushalt ist ebenso wichtig wie schwierig. 1925 bewilligte der Reichstag eine Summe von 250 000 M für Obst- und Gemüsebau und für die Bienenzucht; für die Letztere waren von dieser Summe 75 000 M ausersehen. Welche Schwierigkeiten hat es aber gemacht, endlich wenigstens 25 000 M der Bienenzucht zu sichern. Ich griff in diese Frage mit folgendem Antrage im Landtage ein, der zugleich eine Erhöhung der laufenden Mittel auch für Preußen forderte:

„Das Staatsministerium zu ersuchen, zur dauernden ausreichenden Förderung des Forschungs- und Schulungswesens auf dem Gebiete der Bienenzucht

- a) auf die Reichsregierung einzuwirken, daß von den im Kap. 2 Titel 1 des Haushalts des Reichs Ernährungsministeriums ausgeworfenen

Mitteln zur Förderung der Bienenzucht dem preussischen Landwirtschaftsministerium eine entsprechende Summe überwiesen wird.

- b) Diese Summe ist in erster Linie für die Erhaltung und den Ausbau der bestehenden Forschungs- und Schulungstätten zu verwenden.
- c) Im Haushalt für 1926 im Kap. 104, Titel 4 für diese Zwecke einen erheblich höheren Betrag einzusetzen.“

Im diesjährigen Haushalt des Reiches sind 40 000.— *M* vorgesehen, während mein Parteifreund, der Abg. H ä n s e -Thüringen, 120 000.— *M* zur Erhaltung der Bienenzucht gefordert hatte. Als ich im Jahre 1921 in den Preussischen Landtag eintrat, waren für die Pflege der Kleintierzucht, mit Ausnahme der Geflügelzucht, 45 000.— *M* vorgesehen, trotzdem schon die Abgeordneten von Gösler und Dr. Varrenhorst 1914 eine Erhöhung dieses Titels verlangt hatten. Jetzt ist dieser Posten durch verschiedene Erhöhungen auf 120 000.— *M* gestiegen. Aber auch diese Summe reicht nicht aus, um die vielen Aufgaben zu erfüllen, um insbesondere das Schulungswesen vorbildlich entwickeln zu können.

Auch Vergleiche mit den staatlichen Aufwendungen für andere Erwerbszweige zeigen, daß die Bienenzucht in dieser Beziehung immer noch eine Aschenbrödelstellung inne hat. Aus den Haushaltsentwürfen des Reiches und Preußens für das Jahr 1926 sind folgende Zahlen bemerkenswert:

1. Fischerei:

- a) Preußen: Außer dem Landesoberfischermeister in der Bes. Gr. 13 und seinem Büro sind in Preußen für die Zwecke der Fischerei folgende Beamten vorhanden: 8 Oberfischermeister für Binnengewässer und 1 Chemiker an der Landesanstalt für Fischerei in Gr. 10; 6 Oberfischermeister für Küstengewässer in Gruppe 8 und 10 erste Fischmeister in Gr. 6; 28 Fischmeister und 1 Maschinenmeister in Gr. 5. Das erfordert einen Aufwand von 133 203.— *M*. Die laufenden Gesamtausgaben für die Fischerei betragen 677 002.— *M*, dazu kommen einmalige Ausgaben in Höhe von 114 000.— *M*. ferner kommen noch Millionen-Summen für Ausbau und Neubau von Fischereihäfen in Betracht.
- b) Reich: 60 000.— *M* für Förderung der Binnenfischerei, in erster Linie zur Unterstützung des deutschen Seefischereivereins. 675 000.— *M* zur Förderung der Seefischerei, davon 500 000.— *M* als Darlehen für langfristigen Kredit, 1 Million Mark für langfristige Kredite für Treibnetzfisher. Beachtenswert ist hier folgender Haushaltsvermerk: „Die Flotte hat sich gegenüber der Vorkriegszeit um 100 Fahrzeuge verringert. In Anbetracht der starken Einfuhr ausländischer Salzheringe ist es wirtschaftlich dringend notwendig, den Bedarf an Salzheringen möglichst durch Fänge der eigenen Heringsfischerei zu decken. Aus eigenen Mitteln können die Heringsfischerei-Gesellschaften den Wiederaufbau ihrer Loggerflotte nicht durchführen.“ Diese

Bemerkung könnte, die betr. Worte durch Honig und und Bienenzüchter ersetzt, auch für uns gelten. 100 000.— *M.* für die Erforschung der Nordseemeere im Interesse der Seefischerei.

2. Deutscher Weinbau:

- a) Preußen: Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim 395 185.— *M.* Nebenveredlungsanstalten und Versuchsweine 27 184.— *M.*
- b) Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung des Weinbaues 1925 500 000.— *M.*, für 1926 ist nichts eingesetzt, dafür stehen aber im Haushalt X Kap. E 3 Titel 6 für diesen Zweck 25 Millionen Mark mit folgendem Vermerk zur Verfügung: „Art. 1 b des Reichsgesetzes zur Aenderung der Verbrauchssteuer vom 10. 8. 1925 (R. G. Bl. I S. 248) ist $\frac{1}{3}$ des Ertrages der in der Zeit vom 1. 7. 25 bis zum 30. 6. 27 aufkommenden Weinsteuern zur Behebung der Not des Winzerstandes zu verwenden. Der Ertrag für das Rechnungsjahr 1926 ist auf 75 Millionen Reichsmark geschätzt worden.“ Außerdem ist noch eine Summe ausgeworfen zur Verbilligung des Zinsatzes der den Winzern gewährten Notstandskredite von 30 Millionen Mark. Der Kredit ist mit $9\frac{1}{2}$ Prozent zu verzinzen. Die Winzer haben ihn zu 4 Prozent erhalten.

Diese staatlichen Aufwendungen sind gewiß sehr zu begrüßen. Ich habe selbst als Sachbearbeiter der Fischereifragen in meiner Fraktion immer wieder auf größte Förderung der Fischerei gedrungen.

Lehrreich für uns ist auch folgende, auf Grund der amtlichen Angaben gesammelte Uebersicht über die staatlichen Aufwendungen zur Förderung der Landwirtschaft in Preußen in den Jahren 1912, 1920, 1921 und 1922. Zuwendungen aus dem Allgemeinen Dispositionsfonds des Staates zur Förderung der Landwirtschaft einschl. der aus dem Ostfonds, dem Westfonds und aus dem außergewöhnlichen Fonds zur Erhaltung der ostpreussischen Edelmaststuten dazu verwendeten Anteile. (Aus den statischen Jahrbüchern 1913, 1923, 1924 und 1925).

Gegenstand	1912 M	1920 M	1921 M	1922 M
Pferdezucht	683 502	1 243 471	2 568 692	2 740 000
Rindviehzucht	1 208 870	1 208 320	1 837 496	2 114 000
Schweinezucht	153 890	186 325	192 700	339 000
Schafzucht	14 750	149 900	146 489	273 000
Ziegenzucht	54 940	96 825	176 945	121 000
Kaninchenzucht	5 700	39 100	50 316	84 000
Geflügelzucht	125 920	147 306	234 387	317 000
Bienenzucht	39 813	67 846	86 185	166 000
Ueberhaupt für Viehzucht	2 337 900	3 168 693	5 321 130	6 166 000
Einrichtung und Erhaltung bäuerlicher Beispielswirtschaften	36 118	252 000	484 500	606 000
Besoldung und Reisekosten der Saat- zuchtbeamten d. Landw. Kammern	—	—	—	56 000
Einrichtung und Erhaltung von Kartoffelversuchsstellen	—	—	—	153 000
Durchführung vergleichender Sorten- Anbau- und Düngungsversuche	42 440	33 757	500	256 000
Landwirtsch. Genossenschaftswesen	112 248	110 360	99 010	113 000
Für allgemeine Beihilfe zur För- derung der Landeskultur	340 475	785 629	672 782	2 264 000
Anlage von Obstmustergeräten und Baumgärten	18 040	30 800	46 300	106 000
Beschaffung von Pflanzmaterial	52 678	25 820	4 210	1 000
Veranstaltung von Unterrichtslehr- gängen für Obstgärten u. Weinbau	46 418	70 430	120 973	1 797 000
Besoldung von Wanderlehrern, Ab- haltung von Wandervorträgen für Obst- und Gartenbau	90 638	71 550	210 995	215 000
Veranstaltung von Obstausstellungen, Obstmärkten, Prämierungen	12 550	5 250	4 500	22 000
Besoldung von Kreisgärtnern, Obst- bau-Technikern n. w.	16 250	89 434	38 237	1 051 000
Förderung von Obst- und Gartenbau im allgemeinen durch Vereine	32 866	63 581	201 267	72 000
Förderung des Gemüsebaues	5 690	47 100	24 100	67 000
Besoldung v. Weinbauwanderlehrern	23 760	54 050	41 968	1 030 000
Förderung d. Weinbaues im allgem.	32 740	1 650	182 800	—
Insges. f. Obst-, Wein- u. Gartenbau	321 631	459 665	875 350	4 361 000
Hierzu unmittelbar vom Ministerium für Landwirtschaft für Zwecke im allgemeinen innerhalb des Staates verwendet: Für Pferdezucht	31 822	167 616	211 473	2 574 000
Viehzucht	25 977	135 984	82 585	2 772 000
Geflügelzucht	12 650	17 002	14 569	555 000
Landkultur	84 721	177 991	130 665	340 000
Obst-, Wein- und Gartenbau	17 541	49 675	34 505	23 000
Kleintierzucht (darunter Bienenzucht)	—	—	—	46 000

Diese Zahlen berechtigen uns, immer wieder bei den Regierungen auf die Notwendigkeit gesteigerter Staatshilfe auch für die Bienenzucht hinzuweisen. Wir stehen hier erst in einem Anfange, sowohl hinsichtlich der laufenden und einmaligen Aufwendungen, wie auch der Ausgestaltung in den Behörden; es gilt nun auf diesem Wege fortzuschreiten, bis die Bienenzucht entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung genügend gewürdigt wird.

Die Staatshilfe besteht zweitens aus Maßnahmen zur Abwehr oder Milderung von Notständen. Es sei hier an das staatliche Hilfswerk zugunsten der vom Hochwasser geschädigten Gebiete erinnert. Auch für die Imkerei war das Jahr 1926 ein schweres Notjahr. Ganze Stände sind der Ungunst des Wetters und des Hochwassers zum Opfer gefallen. Der Zuckersack war das einzige Rettungsmittel — aber der Reichsfinanzminister verweigerte die Hergabe steuerfreien Zuckers; er blieb selbst den Mehrheitswünschen des Reichstages gegenüber hart. Das Reich will also der Bienenzucht in dem Notjahr nicht 3—6 Millionen Mark mittelbar durch den Zuckersteuererlaß geben, während es, wie eben gezeigt wurde, für andere Zweige längst weit größere Mittel zur Verfügung gestellt hat. Die Staatshilfe umfaßt ferner gesetzliche Maßnahmen zum Schutze und zur Förderung der Wirtschaft. Auch auf diesem Gebiete hat die Bienenzucht nicht in der Sonne gestanden. Noch heute müssen wir, wie unsere Väter und Großväter, für ein günstigeres und gerechteres Bienenrecht, für ein Seuchengesetz und für den Schutz des Honigs kämpfen. Alle Selbsthilfe und Arbeit der Bienenzüchter und ihrer Verbände und alle noch so großen anderen pfleglichen Maßnahmen der Staatshilfe sind aber umsonst, wenn nicht durch die Staatshilfe diese notwendigen rechtlichen, wirtschafts- und handelspolitischen Grundlagen geschaffen werden. Das notwendige Maß von Staatshilfe werden wir aber nur dann erreichen, wenn wir unsere Selbsthilfe wirksamer gestalten. Vor den Preis ist noch immer der Schweiß gesetzt gewesen. Aus der losen Zusammenfassung der einzelnen Imker muß in unserer Zeit der Kräftezusammenfassung immer mehr die festgeschlossene deutsche Imkerschaft werden. Die Volkswirtschaft besteht nun einmal aus dem gegliederten Bau von Ganzheiten, Unterganzheiten und von Einrichtungen, deren Träger zwar zuletzt die Einzelnen sind, deren Kraft und Wirksamkeit aber nicht in dem Einzelnen, sondern in der Ganzheit liegt. Je umfassender, zweckmäßiger und straffer die deutsche Imkerschaft sich organisiert, umso erfolgreicher wird sie in der Gesamtwirtschaft wirken und zwar sowohl hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Ziele wie der Steigerung der Wertzahlen. Mit Recht heißt es in „Kunzsch Imkerfragen“: „Wirtschaftsleben ist nicht ohne Egoismus denkbar. Es gibt aber einen kurz-sichtigen, der am kleinlichen haftet, und einen weitsichtigen Egoismus, der sich nach der Berechnung Pflichten auferlegt, um sich desto mehr Rechte zu verschaffen.“

Was ist dazu nötig? Wenig und doch bei uns Deutschen Vieles.

Ein- und Unterordnung des Einzelnen.

Kleine Opfer des Einzelnen an Zeit, Geld und unter Umständen an Kraft.

Vertrauen auf die erwählte Führung.

Und im Einzelnen: Eine schlagkräftige und schlagwillige Truppe.

Verteilung von Pflicht und Recht, möglichst nach dem Maß der natürlichen Beteiligung, wofür die Zahl der Bienenvölker den einfachsten Maßstab abgibt.

Eine gute Imkerpresse und eine gute Geschäftsstelle.

Ein genügend hoch bemessener laufender Haushalt.

Eine gefüllte Kriegskasse.

Eine tatkräftige, in ihrer Beweglichkeit möglichst wenig gehemmte Führung.

Auf welchen einzelnen Gebieten muß sich nun in erster Linie die Selbst- und Staatshilfe betätigen, um die deutsche Bienenzucht vor dem drohenden Untergange zu bewahren und sie zu hemmen?

Unser verehrter Bundesleiter, Rektor Breiholz, gebrauchte nach meiner Erinnerung einmal in einem Vortrage folgendes Bild: Unsere Aufgabe sei eine dreifache, nämlich den Nektar in die Zellen, den Honig aus den Zellen in die Töpfe und den Honig aus den Töpfen und das Geld hinein zu bringen. Im leisen Anklang an dieses Bild möchte ich für die Selbst- und Staatshilfe drei große Aufgaben hinstellen:

1. Vermehrung der Tracht,
2. Vermehrung des Honigertrages,
3. Vermehrung des Reingewinnes.

Wenn wir auch nach meiner Auffassung unter den heutigen Trachtverhältnissen eine größere Anzahl von Völkern aufstellen könnten, so ist doch im allgemeinen wie in einzelnen Bezirken

die Trachtfrage eine der wichtigsten Fragen der Bienenzucht,

denn zu allen Zeiten hat das Imkerwort recht:

„Was hilft dem Imker alle Kunst,
Ohne Tracht ist sie umsonst.“

Welches sind nun die Ursachen des Trachtrückganges?

1. Abnahme der Fläche von Moor, Heide und Niedland.

Diese Flächen haben einschließlich der Viehweiden und Hutungen infolge Kultivierung in Preußen von 1878 bis 1913 um $\frac{1}{2}$ Million Hektar abgenommen. Nach dem Kriege hat man in vermehrtem Maße Heide und Moor urbar gemacht. Die Notwendigkeit, neues Bauernland zu schaffen, wird einen weiteren Rückgang der unbebauten Flächen ergeben. Die Verhältnisse können dazu zwingen, daß ganze Betriebsarten, wie die Lüneburger Imkerei, sich umstellen müssen. Immerhin ist nach neuer amtlicher fest-

stellung, wie schon eben angegeben wurde, seit 1913 die unbebaute Fläche trotz aller Urbarmachung wieder um $\frac{1}{2}$ Millionen Hektar gestiegen.

2. Fortschreitende Hochspannung der Landwirtschaft und dadurch Ausrottung von Bienennährpflanzen ersten Ranges, wie Hederich und Kornblume, und Zurückdrängung der ebenfalls als Bienenweide wertvollen Brache. Diese in Preußen von 1878 bis 1913 von 1 551 581 Hektar auf 396 664 Hektar zurückgegangen.

3. Rückgang der honigenden Kulturpflanzen.

Es betragen z. B. die Anbauzahlen in Preußen:

	1878	1913
Raps	127 053 Hektar	20 522 Hektar
Erbsen	392 827 „	105 248 „
Wicken	125 833 „	59 398 „

Dieser Rückgang wird nicht durch die Steigerung der Mischfrüchte ausgeglichen; denn von 424 174 Hektar Mischfrüchten entfallen nur 103 260 Hektar auf Gemenge mit Hülsenfrüchten. Auch die Steigerung im Anbau der Seradella-Flächen betrug in Preußen

1878: 21 978 Hektar

1913: 120 846 Hektar zum Futtergewinnen in Hauptnutzung,

119 550 Hektar zum Futtergewinnen in Nebennutzung,

148 877 Hektar zum Unterpflügen in Nebennutzung.

Immerhin berechtigt die steigende Bevorzugung der Seradella durch unsere Landwirtschaft zu Hoffnungen auf Trachtvergrößerung. Der Abnahme honigender Nutzpflanzen steht eine Zunahme besonders solcher nicht honigenden Pflanzen gegenüber, die eine Bearbeitung erfahren, die auch den Rest an Tracht aus diesen Flächen verschwinden läßt. Es sind das in Preußen besonders:

Zuckerrüben:	1878	132 237 Hektar
	1913	345 006 „
	1924	304 183 „
	1925	314 345 „

Im Reiche betrug die Anbaufläche für Zuckerrüben 1925 403 036 Hektar. Wenn auch der Zuckerrübenbau nicht entscheidend auf die Zahl der Bienenvölker einwirkt, so ist sein Einfluß doch nicht von der Hand zu weisen. Die Provinzen Schleswig-Holstein mit 339 Hektar und Ostpreußen mit 3 624 Hektar Ernteflächen in Zuckerrüben stehen mit 7,2 und 6,1 Völkern auf 1 qkm über dem Staatsdurchschnitt, die Provinz Sachsen mit 113 853 Hektar Ernteflächen an Zuckerrüben mit 4,7 Völkern weit unter dem Staatsdurchschnitt.

Auch die Runkelrübe kommt als Verdränger honigender Nutzpflanzen und honigender Unkrautpflanzen in Frage. Ihre Anbauzahlen in Preußen waren:

1878	Preußen	167 905 Hektar
1913		297 131 „
1924		353 849 „

Im allgemeinen ist in der Flächenverteilung der Kulturpflanzen im Hinblick auf die Bienenweiden keine wesentliche Veränderung seit 1913 eingetreten.

4. Das Vorherrschen des Rotflees, der gewöhnlich wegen der Länge seiner Blütenröhren für das Besiegen durch die Biene wegen ihres zu kurzen Rüssels ausfällt.

5. Beseitigung der Gräben, Raine, Wasserlöcher und Feldgebüsche.

6. Beseitigung des Unterholzes im Walde, Rückgang des Mischwaldes.

7. Gedankenlose Bepflanzung von Straßen, Plätzen, Dämmen und Oedland.

Alle diese Gründe haben dazu geführt, daß wir von einer ausgeglichenen Dauertracht nach und nach auf eine dauernde Magertracht oder in einigen Gegenden zu einseitigen Trachten, Frühjahrrentwicklungs- oder Einzelfruchttracht, wie Akazien, Ahorn, Linden gekommen sind. Die Gründe der Trachtverminderung schreiben uns zum Teil auch die Abwehrmaßnahmen vor. Von der Staatshilfe erwarten wir, daß die Forstwirtschaft, soweit es angängig ist, auf Bedürfnisse der Bienenzucht Rücksicht nimmt. Es sind hier besonders folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Vermehrter Anbau von honigenden Bäumen und Sträuchern, wie Ahorn, Akazie, Linde und Schneebeere, insbesondere auf den feuerschutzstreifen und als Windmäntel an den Waldrändern;
2. Duldung des Unterholzes (Weiden, faulbäume, Wildkirschen) und der Beerensträucher (Blaubeeren, Himbeeren und Brombeeren);
3. Anbau von Bienennährpflanzen auf nicht genutzten Flächen.

Der Preussische Landwirtschaftsminister hat auf meinen Antrag hin eine derartige Anregung an die ihm unterstellte Forstverwaltung ergehen lassen. Merkblätter, wie das von dem Hegemeister Fechter sind geeignet, bei den einzelnen Forstbehörden Verständnis für unsere Zwecke zu wecken. Auch die innere Verwaltung muß für unsere Ziele gewonnen werden, die entsprechende Anregungen an die Provinzial-, Kreis- und Kommunalverwaltung geben, damit durch die Bepflanzung öffentlicher Wege und Plätze neue Bienenweiden geschaffen werden. Ferner kann auch die deutsche Reichsbahn mit einem Eisenbahnnetz im Jahre 1924 von 51 879,9 Kilometern ein starker Förderer der Tracht sein, wenn sie bei der Bepflanzung und Besamung der Bahnhöfe und Böschungen auf unsere Belange mehr als bisher Rücksicht nimmt. Forst- und Reichsverwaltung haben ja selbst ein starkes Interesse an der Verbesserung der Trachtverhältnisse, da ein großer Teil ihrer Beamten, die Förster und die Beamten der Reichsbahn, die in kleinen Bahnhöfen und an der Strecke wohnen, zum großen Teil Imker sind.

Seine besondere Aufmerksamkeit sollte der Staat auch der Unsitte des Abpflückens oder vielmehr des planlosen Abreißens der Weidenkätzchen im Frühjahr zuwenden. Hier müßte durch Aufklärung in den Schulen, durch Polizeiverordnungen und deren scharfe Durch-

führung verhütet werden, daß mit der Zeit jedes nur irgendwie erreichbare Weidenkästchen verschwindet. Mein Waldweg zum Bahnhof, der vor 6 Jahren noch eine schöne Frühjahrstrachtquelle war, ist von den Ausflüglern seines schönsten Frühjahrschmuckes, der Weiden, fast ganz beraubt worden; nur einige Baumschlümpfe und Strauchsegen zeugen noch von der früheren Pracht. Da ist es besonders erfreulich, daß nach einer Mitteilung des *Bewerbers* Dr. Moeller-Straußberg das dortige Amtsgericht zwei Männer, die im März d. J. über den Zaun eines Imkergartens geklettert waren, um die Weidenkästchen zu stehlen, wegen Vergehens gegen den § 15, 16 und 17 des feld- und forstpolizeigesetzes zu 2 bzw. 3 Wochen Gefängnis verurteilt hat. In der Urteilsbegründung wird als strafscharfend hervorgehoben, daß der grobe Unfug des Diebstahls von Weidenkästchen, dieser wichtigen ersten Bienennahrung, immer schärfer um sich greift, und daß deshalb nur noch Gefängnisstrafen geeignet sind, solche für die Bienenzucht gemeingefährlichen Straftaten zu verhindern. Dr. Moeller macht dazu noch folgende beachtenswerte Ausführung: „Dieses, dem allgemeinen Rechtsempfinden wie auch dem gesunden Menschenverstande in jeder Weise entsprechende Urteil, müssen wir Imker mit Freuden begrüßen. Eine möglichst weite Verbreitung dieses Urteils muß daher in die Wege geleitet und angestrebt werden, daß die Polizeibehörden in den Städten durch ihre Beamten von den Verkäufern von Weiden und anderen Kästchen einen Nachweis darüber verlangen, wie sie in den Besitz der Kästchen gelangt sind, bzw. woher sie stammen; denn in der großen Mehrzahl sind die Verkäufer, wenn nicht Stehler, so doch Hehler, weil zweifellos 90—99 Prozent aller Kästchen gestohlen sind, sei es nun aus Garten, feld oder forst. Auch die feld- und forstpolizeibeamten müßten hingewiesen werden, den Dieben schärfer auf die finger zu passen. Auch klingende Belovigungen für solche Ueberführungen seitens des Imkerbundes, bzw. der Landes- und Provinzialverbände würde hier gewiß von Nutzen sein.“

Die Selbsthilfe besteht zunächst aus der Aufklärungsarbeit. Ganz besonders gilt es, in der Landwirtschaft, die ja eine große Zahl von Imkern stellt, das Verständnis für die Ziele der deutschen Bienenzucht auch auf diesem Gebiete zu fördern. Für diese Arbeit wäre es ratsam, das Flugblatt der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft von Prof. Dr. Zander „Landwirte, treibt Bienenzucht“ in Massen zu verteilen.

Der Landwirt sollte stets daran erinnert werden, was Prof. Zander ihm in seinem Erlanger Jahrbuch (1924, 2. Band) zuruft: „Der Pflanzenzüchter darf niemals vergessen, daß er zeitlebens in der Schuld des Imkers bleibt; er muß darauf bedacht sein, die Bienen auch außer der Zeit, wo er sie benötigt, nicht Hunger leiden zu lassen. Die Blütezeit der meisten Kulturgewächse ist nur kurz, selbst wenn der Züchter sie nicht vor dem Blühen abmählt, sodaß die Bienen ihren Nahrungsbedarf in der Zwischenzeit oft daraus kaum zu befriedigen vermögen. Dann hielt in früherer Zeit die Natur wohl den Tisch mit zahllosen gut honigenden Wildpflanzen und Unkräutern gedeckt. . . Die auf restlose Ausnutzung des Bodens durch die Nutzpflanzen bedachte Landwirtschaft

sucht die Unkräuter aus den Getreidefeldern und den sonstigen Kulturen durch sorgsame Reinigung des Saatgutes, entsprechende Bodenbehandlung und chemische Bekämpfungsmittel möglichst zu vertilgen. An den Wegrändern lassen die Kleintierzüchter kaum ein Pflänzchen zum Blühen kommen. Hier helfend eingreifen und einen geeigneten Ersatz schaffen, ist bei dem großen mittelbaren Nutzen der Biene eine Pflicht der Landwirte, Obst- und Samenzüchter.“

Die Arbeit der Verbände muß von dem Einzelnen unterstützt werden; der einzelne Imker kann durch Wort und Beispiele viel zur Trachtverbesserung beitragen. Wer einen honigenden Baum pflanzt, tut mehr für diesen Zweck, als wenn er große Reden hält. An der Gartenanlage kann man den Imker erkennen. Vom Imkergarten müssen Jahr für Jahr Samen, Stecklinge und Ableger hinausgehen, sodaß mit der Zeit Trachtlücken ausgefüllt und einseitige Trachten verbessert werden.

Das größte Verdienst um die deutsche Bienenzucht würde sich aber derjenige Pflanzenzüchter erwerben, der uns den

für die Biene zugänglichen Rotflee

mit einer Länge der Blütenröhren bis zu höchstens 9 Millimetern beschenken würde. Ich habe bei den diesjährigen Beratungen des landwirtschaftlichen Haushalts folgendes darüber ausgeführt: „Dann bitte ich den Herrn Minister noch auf eine Frage auch im Landwirtschaftsministerium die Aufmerksamkeit zu richten. Ich habe seit einem Jahre in der Imkerpresse und in Imkerverbänden die Idee verfochten, daß man, um zu einer grundlegenden Verbesserung der Bienenweide zu kommen, Preise aussetzen solle, vielleicht einen Preis von 100 000 M für die Züchtung eines bienenfähigen Rotflees. Dann wäre der ganzen Bienenzucht hinsichtlich der Trachtverhältnisse mit einem Schlage geholfen. Herr Minister, ich verspreche Ihnen, daß ich mich im Laufe dieses Jahres durch Wort und Schrift überall dafür einsetzen werde, daß von der Imkerschaft selbst durch Beiträge eine größere Summe aufgebracht wird, um sie für Pflanzenzüchter zur Verfügung zu stellen. Ich möchte aber daran die Bitte schließen, daß Sie selbst, Herr Minister, innerhalb des Landwirtschaftsministeriums und der Landwirtschaft Sorge tragen möchten, daß auch von dieser Stelle an Domänenpächter und alle anderen Landwirte die Anregung zur Züchtung eines solchen Rotflees ergeht, damit wir nicht auf diesem Gebiete von Dänemark übertroffen werden. Erreichen wir durch Zusammenarbeit vom Ministerium, Imkerverbänden und Landwirtschaft dieses Ziel, so ist am besten für die Bienenzucht gesorgt.“

Auch von dieser Stelle möge der Ruf nach einem bienenfähigen Rotflee vernehmlich hinausgehen. Die Vorteile für die Bienenzucht sind sehr groß; wir würden in weiten Gebieten unseres Vaterlandes für mehrere Wochen Volltrachten schaffen. Aber auch die Landwirtschaft ginge nicht leer aus. Die Befruchtung des Rotflees ist jetzt abhängig von einer ausreichenden Zahl von Hummeln. Diese sind aber gerade beim ersten Schnitt nur selten in der gewünschten Menge vorhanden. Erst die Heranziehung unserer Honigbiene zu diesem Heimchendienst der Befruchtung des Rotflees sichert

regelmäßige Vollernte an Samen. Im Interesse der Förderung der Bienenzucht würde es dankbar zu begrüßen sein, wenn die Imkerschaft für diesen Akt der Selbsthilfe einen namhaften lockenden Preis aussetzen würde. Prof. Dr. Ewert-Landsberg, der nicht nur in der für die Anerkennung der Bienenzucht bedeutsamen Frage der Befruchtung unserer Kulturpflanzen durch die Bienen arbeitet, sondern sich auch in höchst dankenswerter Weise um die Züchtung eines bienenfähigen Rotkleees bemüht, weist in seinen Arbeiten auf den von dem dänischen Professor Lindhard an der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Tystofte gezüchteten Bienenklee hin. Bemerkenswert sind folgende Zahlen aus einer Uebersicht des Prof. Ewert, die für den landwirtschaftlichen Wert eines bienenfähigen Rotkleees sprechen:

	Lindhardbienenklee	gewöhnl. Rotklee
Kronenröhrenlänge in Millimeter	6,91	9,99
Anzahl der Blütenköpfe je Pflanze	233	253
Anzahl der Samen je Pflanze	8181	1747
Samenerträge je Pflanzen in Gramm	17,6	3,4
Samen in Prozenten vom Gesamtgewicht	11,8	2,0

Prof. Ewert schreibt an anderer Stelle: „Es wird bei meinen Arbeiten das Ziel verfolgt, einen kurzröhrigen Rotklee herauszuzüchten, der landwirtschaftlichen und bienenwirtschaftlichen Ansprüchen voll genügt und es ist ja jetzt auch die Aussicht vorhanden, dieses Ziel zu erreichen.“ Seine Arbeiten verdienen um der großen Bedeutung willen jede nur mögliche Förderung seitens der Reichs- und Länderregierungen, Landwirtschaft und Imkerschaft. Es bedarf ja auch nur einer kleinen Verbesserung der heutigen natürlichen Verhältnisse. Nach Prof. Zander beträgt die mittlere Rüssellänge der Bienen 6—6,7 Millimeter, die Reichtiefe 7—9,2 Millimeter, sodaß manchmal auch Rotkleeblüten ausgenutzt werden können. Interessant ist es, daß ebenfalls in Landsberg, Dipl.-Landwirt Göke auf dem Lehrbienenstand das Züchtungsziel der Verlängerung des Bienenrüssels gestellt hat. Er gibt die Rüssellänge auf 5,9 bis 6,82 Millimeter und die Länge beim Rotklee vom Fruchtknoten gemessen auf 8,55 bis 9,25 Millimeter an.

Zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Tracht wird auch die Wanderbienenzucht

mehr als bisher gepflegt werden müssen. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Bienenvölker z. B. in Berlin und Hamburg kann sich ja nur auf ausgedehnte Wandertätigkeit gründen. Der Herausgeber der märkischen Bienenzeitung, der bekannte Geschäftsführer der Wanderversammlung, Pfarrer Nisch-Ketschendorf, schreibt: „In der Zeit, wo Selbsthilfe die Rettung der deutschen Bienenzucht vor dem Untergange bedeutet, darf zunächst im Betriebsplan nichts unterlassen werden, was den Ertrag der Imkerei steigern kann. Da nun einmal die Trachtfrage die Hauptfrage bleibt, bleibt auch die Wanderbienenzucht ein Hauptstück der zukünftigen Imkerei, eine Selbstverständlichkeit der zukünftigen Imkerei;

denn sie ist die einfachste Lösung der Trachtfrage.“ In der Märkischen Bienenzeitung ist darum eine besondere „Monatsanweisung der Wandergruppe Groß-Berlin“. Berlin liegt ja dank der günstigen Verbindungen in der Nähe verschiedener Trachtgebiete: Die Obstblüte auf dem Werder, die Alkizientracht, die feld- und Wiesentracht, die Lindenblüte und die Heide. So wandert mein fraktionsfreund Gauger, der in der Nähe Berlins beheimatet ist, mit seinen hundert Völkern jährlich fünfmal. Auch die zwanzig Völker der beiden kleinen Bienenstände auf dem Dachgarten des Landtages mitten im steinernen Herzen von Berlin werden hinausgeschickt, wenn die Berliner Baumtracht beendet ist. Auf diese Notwendigkeit gesteigerter Wanderbienenzucht hat die Imkerschulung Rücksicht zu nehmen. Es ist auch zu hoffen, daß, je umfangreicher die Wanderbienenzucht wird, desto fester, geregelter und inniger auch das Verhältnis der Bienenzüchter zu den Landwirten wird, auf deren Gelände die Bienen aufgestellt werden. Durch Uebereinkommen oder genossenschaftliche Regelung muß die Uebevölkerung einzelner Trachtgebiete vermieden werden. Ist der Staat Grundstücksbesitzer, so kann billiger Weise erwartet werden, daß die Wanderbienenzucht nicht durch zu hohe Standortmieten gehemmt wird, wie es leider in Hannover zeitweise der Fall gewesen ist. Es ist zu begrüßen, daß der Preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger am 14. März 1926 folgende Verfügung erlassen hat, die wohl zurückgeht auf einen entsprechenden Vorstoß der Welfischen Abgeordneten: „Mit Rücksicht auf die Lage der Imkerei in weiten Teilen des Staates, besonders auch in der Provinz Hannover, infolge der Seuche unter den Bienenvölkern usw. ersuche ich die Regierungen, die Platzgebühren für das Aufstellen von Bienenstöcken auf forstfiskalischen Grundstücken auf 20 Pfg. je Bienenstock festzusetzen.“ Auch die deutsche Reichsbahn könnte der Wanderbienenzucht gegenüber eine freundlichere Haltung einnehmen. Gewiß gewährt der § 7 der Anlage b zur E. V. O. unseren Völkern etwas Schutz: „Das Verschieben der mit Tieren beladenen Wagen ist auf das dringendste Bedürfnis zu beschränken und stets mit besonderer Vorsicht vorzunehmen. Heftiges Anstoßen ist unbedingt zu vermeiden.“ Aber die Praxis sieht manchmal anders aus, und dann verweigert die Reichsbahn selbst bei schweren Verlusten eine Entschädigung, da die Bienen als lebende Tiere ein besonders gefährdetes Gut seien, dessen Beschädigung nach § 86 Z. 5 der E. V. O. keine Schadenersatzpflicht hervorrufe. Hier muß eine Änderung eintreten; denn muß der Imker von vornherein damit rechnen, daß er selbst bei schweren unverschuldeten Verlusten keine Entschädigung bekommt, dann wird die Wanderfreudigkeit stark gedämpft und damit die Ausnutzung der vorhandenen Tracht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft gemindert.

Die zweite große Frage lautet:

Wie kann man bei der vorhandenen Tracht den Honigertrag vermehren?

Die unwesentlichen Trachtveränderungen seit 1913 rechtfertigen durchaus nicht den großen Rückgang in der Zahl der Bienenvölker von 32,5 im Reiche und 32,6 v. H. in Preußen. Der einfachste Weg zur Erhöhung des

Honig- und Wachs-ertrages ist die Vermehrung der Zahl der Bienenvölker. Zur Neuaufstellung von Bienenvölkern gehört aber auch bei Beschränkung auf die einfachsten Beuten Geld. Das Natürlichste wäre, bei einer Vergrößerung das dafür nötige Geld den Ueberschüssen des vorhandenen Standes zu entnehmen; aber — diese Ueberschüsse sind nicht vorhanden. Ein anderer Weg, der in den letzten Jahren von anderen Berufsständen leider zu oft zum eigenen Schaden begangen wurde, ist die Aufnahme von Kredit, d. h. von Schulden. Es sind denn auch von Seiten der Wirtschafspartei schon Staatskredite für diese Zwecke gefordert worden. Es kann nicht oft genug vor diesem Wege gewarnt werden; Schulden sind leicht zu machen; es kommt aber einmal unfehlbar der Tag, an dem sie zurückgezahlt werden müssen. Die Vermehrung der Zahl der Völker wird erst eintreten — gleich, welcher Weg beschritten werden wird — wenn wir wieder von einer ertragreichen Bienenzucht mit einem regelmäßigen, wenn auch bescheidenen Reingewinn sprechen können. Mit der Erhöhung und Sicherung der Ertragsfähigkeit kommt und wachsen Anreiz und Möglichkeit zur Volksvermehrung.

Der Volksvermehrung steht aber leider sehr oft die

Rechtsnot der deutschen Bienenzucht

entgegen.

Auf der einen Seite steht der Schrei und Kampf des „friedliebenden Nachbarn“ gegen die böse, wilde Biene, dem sich in unserer Zeit der Wohnungszwangswirtschaft sogar der Mieter zugesellt, wie es der lehrreiche Rechtsstreit Professor Dr. Ritter v. Ebert-Ansbach zeigte; auf der andern Seite lassen wir Imker unseren Ruf nach Schutz der Biene gegen den bösen Nachbarn und Mieter erschallen. Der Kampf um ein allen Ansprüchen gerechtwerdendes Bienenrecht ist sehr alt. Friedrich der Große verfügte am 22. 6. 1777 ganz einfach: „daß derjenige, welcher eine schädliche, mit Honig vermischte Materie aussetzt, wodurch die königliche Intensive der Förderung der Bienenzucht vereitelt würde, ohne Ansehen der Person mit 6 Jahren festung, bezw. Karrenstrafen belegt wurde.“ Von dieser behördlichen „Intensive der Förderung der Bienenzucht“ ist man leider bald wieder abgekommen. Durch kurzfristige Verordnungen engte man die Bienenzucht ein. So bestimmte die Polizeidirektion Köln am 5. 12. 1855: „Innerhalb der Stadt Köln dürfen in einem Hause und dessen Zubehörungen nicht mehr als 5 Bienenvölker in der Art gehalten werden, daß sie nicht auf fremdes Eigentum fliegen können.“ Bis in die neueste Zeit mußten Imker um die Aufstellung ihres Bienenstandes und um seine Erhaltung kämpfen und nicht selten traten sie als Angeklagter vor die Schranken des Gerichts. Hier muß die Verwaltungspraxis, die Gesetzgebung und die Auslegung weit mehr die Bedeutung und die Interessen der Bienenzucht berücksichtigen. Seit 1882 versuchte der Bienenwirtschaftliche Zentralverein auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Seine Arbeiten wurden unterstützt von den Bemühungen des Abg. Letocha (Zentrum), der 1889 dem Landtage einen bis ins einzelne

ausgearbeiteten Gesetzentwurf betr. „das Recht zum Halten der Biene“ vorlegte. Dieser ausführliche Gesetzentwurf enthält drei Teile:

1. Bestimmungen rein zivilrechtlicher Art über das Halten von Bienen, Eigentum an der Biene usw.
2. Bestimmungen administrativer und polizeilicher Natur, z. B. über Aufstellung der Bienenstände,
3. Strafrechtliche Bestimmungen.

§ 13 lautet: „Wer vorsätzlich und unbefugter Weise fremde Bienen, auch sogenannte Raubbienen, durch Gift, Wasser, Feuer, Dampf oder künstliche Vernichtungen in Massen tötet, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.“ Dieser Antrag geht zurück auf die Arbeit des Bienenwirtschaftlichen Zentralvereins seit seiner Tagung 1882—83. Der Gesamtvorschlag wurde von hervorragenden Imkern geprüft: Es seien nur genannt Pfarrer Dzierzon-Karlsmark, Bravenhorst-Wilsnack, Hauptlehrer Huber-Niederporzheim, Pastor Rabbow-Hohendorf i. Vorpommern, Pastor Saupe-Lückendorf und Hauptlehrer Vogel, ständiger Präsident der Wanderversammlungen deutscher und österreichischer Bienenwirte.

Mit welcher Unkenntnis die der Bienenzucht freundlich gegenüberstehenden Abgeordneten zu kämpfen hatten, geht aus den uns heute nur noch zur Heiterkeit stimmenden Ausführungen eines Abgeordneten hervor: „An einem Brot Zucker, welches des Nachts unbedeckt stehen blieb, zeigten sich am andern Tage eingefressene Löcher, in die man die ganze Hand legen konnte . . . Die Gefräßigkeit der Bienen ist eine außerordentliche, zum mindesten der dritte Teil der in unsere Raffinerie eindringenden Bienen frisst sich tatsächlich zu Tode. Wieviel Zucker täglich konsumiert wird, läßt sich nicht bestimmen, doch können an heißen und namentlich an schwülen Tagen, in denen die Bienen in ungeheuren Schwärmen eintreffen, gut einige Zentner pro Tag angenommen werden. Es ist wahrlich keine Kleinigkeit, den ganzen Tag in einem Bienenschwarm zu arbeiten. Sehr häufig stechen die Bienen das nur sehr leicht bekleidete Personal und diese Stiche haben eine mehrtägige Arbeitsunfähigkeit der Verletzten zur Folge.“ Der Gesetzentwurf Letocha wurde abgelehnt, auch von den der Bienenzucht freundlich gegenüberstehenden Abgeordneten wegen seiner rechtlichen Unklarheit. Bezeichnend aber für die Auffassung der Mehrheit war die Äußerung des Abg. von Meyer: „Ich bin der Meinung, daß wir vorläufig das Gesetz nicht brauchen, und beantrage deshalb die Tagesordnung. Wenn sie es aber doch einer Kommission überweisen wollen, dann würde ich mit der Agrarkommission nicht einverstanden sein. Die Bienen sind nicht allein wilde Tiere, sondern sogar reißende Tiere, wenn sie sich in Buchweizenhonig erst herauscht haben, und darum meine ich, daß man dieses Gesetz evtl. der Kommission überweisen muß, die sich bereits mit den Rechtsverhältnissen anderer wilde Tiere beschäftigt, nämlich der Wildschadenkommission.“

Aber noch heute ist die Rechtsnot nicht beseitigt. Wie auf der Vertreterversammlung in Gera am 1. 8. 1925 nach einem Vortrage des auf

dem Gebiete des Bienenrechts arbeitenden Rechtsanwalt Dr. Krancher-Leipzig, so muß auch an dieser Stelle gefordert werden, daß die Bienenhaltung nicht dem § 907 des BGB. unterstellt wird, sondern dem § 906, der bei Beanstandungen nicht die Beseitigung der Anlagen, sondern nur die Beseitigung der Belästigungen verlangt. Hinsichtlich der Haftpflicht ist die Biene den Haustieren zuzurechnen, bei denen nur dann die Haftpflicht besteht, wenn das Fehlen der erforderlichen Sorgfalt seitens des Tierhalters festgestellt wird. Und nicht zuletzt ist der Bienenzucht der nötige Schutz gegenüber der Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie zu gewähren.

Infolge der unbefriedigenden Gesetzgebung ist auch die *Auslegung* der *Berichte* sehr verschieden. Im günstigen Sinne entschied z. B. das O. V. G. in Dresden am 5. 2. 18. In der Begründung heißt es: „Denn nicht die bloße Möglichkeit, sondern nur das tatsächliche Vorstehen einer ernstlichen Gefahr für die Gesundheit oder das Leben dritter Personen rechtfertigt eine so schwerwiegende Maßgabe, wie sie das Eingreifen der Polizei für den davon Betroffenen darstellt. Auch der interessante Rechtsstreit des Prof. Dr. Ritter v. Ebert-Ansbach ist zugunsten des Imkers entschieden worden. Prof. Dr. Zander führte hier als Gutachten u. a. aus: „Gesetzt den Fall, daß der Mieter solche Schwierigkeiten bereiten kann, wie es hier geschieht, so nehme ich den Fall, ein Imker baut sich irgendwo ein Haus mit der Absicht, Bienenzucht zu treiben. Die Wohnung in diesem Hause ist so groß, daß der Imker einen Zwangsmieter nehmen muß. Wird dann der Zwangsmieter klagbar und wird solcher Klage stattgegeben, so kann der Zwangsmieter, der möglicherweise noch gegen den Imker aufgekehrt worden ist, diesen samt seiner Bienenzucht verderben.“ Dem gegenüber hat leider das O. V. G. in Berlin durch seine bisherige Entscheidungen für Preußen eine unhaltbare Lage geschaffen. Noch am 22. 4. d. J. hat es die Entfernung eines Bienenstandes gutgeheißen, der schon 22 Jahre an der beanstandeten Stelle gestanden hatte. In der Begründung heißt es u. a.: „Daß Bienenstiche oder auch ein einzelner, der besonders empfindliche Stellen des menschlichen Körpers, wie die Augenlider oder die Lippen trifft, zu einer schweren Gefährdung der Gesundheit und sogar des Lebens führen könne, ist nicht zweifelhaft. Aber auch ein einzelner Bienenstich an einer anderen Stelle des menschlichen Körpers mit dem ihm folgenden mehr oder minder erheblichen Schmerzen, der Anschwellung der menschlichen Haut, stellt, wenn er auch ohne gesundheitsgefährdende Wirkung bleiben sollte, eine Störung des körperlichen Wohlbefindens und einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit des Gestochenen dar. Bleibt also eine Körperverletzung, deren Abwehr von dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben zu den Aufgaben der Polizei gehört. Wird diese Entscheidung bekannt und ausgenutzt, dann ist es mit der Bienenzucht an manchen Orten vorbei. Gewiß kann sich die Rechtsprechung auf medizinische Äußerungen über die Wirkung des Bienengiftes stützen. So heißt es schon 1860 in der Realencyclopädie der gesamten

Heilkunde von Prof. Dr. Eulenburg: „Mitunter kann der Sitz der Verletzung Gefahren bringen, so namentlich Stiche in die Zunge oder den Pharynx, wo hochgradige Schwellung zur Erstickung führt, ferner am Auge oder überhaupt im Gesicht, wo infolge der Weiterverbreitung der Entzündung auf Hirn und Hirnhäute, möglicherweise auch durch embolische Prozesse cerebrale Erscheinungen und selbst Tod in $\frac{1}{10}$ bis 1 Stunde erfolgen kann. Wiederholt ist übrigens in Gegenden, wo Bienenzucht betrieben wird, Tod von Erwachsenen durch Befallenwerden von Bienenschwärmen herbeigeführt.“ An diese vielfachen Todesfälle können wir nicht glauben. Leider hat die Rechtsprechung ein solches veraltetes medizinisches Gutachten einfach übernommen, ohne den wirklichen Verhältnissen, die gegen die Gemeingefährlichkeit der Biene das beste Zeugnis ablegen, gerecht zu werden. Im Sinne des obigen Urteils dürfte kein Bulle auf der freien Weide herumlaufen, denn er ist doch ganz entschieden mit seinen Hörnern und seiner Riesenkraft gemeingefährlicher als das kleine Bienchen. Vielleicht müßte man auch zu einem Verbot der Automobile kommen, denn es werden sicher jährlich mehr Menschen durch Automobile als durch Bienen getötet!

Die Rechtsnot der Bienenzucht kommt auch in einem zeitgemäßen Fall zum Ausdruck. Gegen die Forleule, die in den Nadelwäldern großen Schaden anrichtet, wandte zunächst der Preussische Staat im Jahre 1925 eine Bekämpfungsart an, die die Bienenzucht in den betroffenen Gebieten empfindlich schädigte. Vom Flugzeug aus wurden die Wälder mit arsenhaltigen Mischungen bestäubt. Untersuchungen von Dr. Koch-Münster ergaben folgendes: 1 bis $1\frac{1}{2}$ Prozent Lösungen von Uraniagrün oder des Silesia-Präparates in Honig töten die Bienen augenblicklich nach Aufnahme von Spuren des Futters. $\frac{1}{10}$ Prozent Lösungen nach etwa einer Stunde, $\frac{1}{100}$ Prozent Lösungen im Laufe von höchstens 24 Stunden. Nektare oder Pollen, die infolge der Bestäubung auch nur Spuren von Arsenpräparaten beigemischt erhalten, bewirken den Tod der Trachtbienen oder das Absterben der Brutbienen. Deshalb ist im Interesse der Bienenzucht zu fordern, daß bei Versuchen mit Flugzeugbestäubung die Biene auf Kosten der betr. Stellen aus der Gefährzone entfernt und später wieder zurückgebracht werden. Ich habe zur Regelung dieser Streitfrage folgendan Antrag gestellt: „Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Bekämpfung der tierischen Waldschädlinge mit arsenhaltigen Stoffen Maßnahmen zum Schutze der Imkerei zu treffen und solche Imker, die bisher durch die Schädlingsbekämpfung erhebliche Verluste erlitten haben, zu entschädigen.“

Aber nicht nur die Bekämpfung der tierischen Waldschädlinge, sondern auch der Schädlinge anderer Kulturpflanzen, insbesondere der Obstbäume, kann durch die Art des Vorgehens zu einer schweren Beeinträchtigung der Bienenzucht werden. Selbstverständlich ist die Bekämpfung dieser Schädlinge durchaus notwendig; aber es müssen Mittel und Wege gesucht werden, um sie so zu gestalten, daß sie für die Bienenzucht, die doch gerade im Interesse des Obstbaues liegt, unschädlich wird.

Bienen- und Obstzüchter brauchen sich wahrlich nicht wegen der Bekämpfung der Schädlinge zu befehlen; in den V. St. A. hat man den Unsinn eines solchen Widerspreites schon seit 1912 eingesehen; in einigen Staaten ist ein gesetzliches Verbot über das Spritzen der Obstbäume zur Blütezeit erlassen worden. Ein solches Verbot ist eigentlich unnötig, denn wissenschaftliche Versuche haben ergeben, daß das Spritzen zur Blütezeit nicht nur den Bienen, sondern auch der Entwicklung des Obstes schädlich ist. Aufgabe der Obst- und Bienenzuchtverbände wird es sein, mit Unterstützung der Wissenschaft beizeiten eine beiden Teilen und damit der Gesamtwirtschaft nützliche Uebereinkunft in dieser Frage zu treffen.

Die Staatshilfe auf dem Gebiete des Bienenrechts, die einsetzen muß, wird wohl erst dann in dem gewünschten Maße in Erscheinung treten, wenn die Selbsthilfe den Boden genügend vorbereitet hat. Das gilt sowohl für die gesetzgeberischen Aufgaben, wie für die Stellung der anwendenden und auslegenden Behörden und Gerichte, insbesondere für die überaus wichtigen Entscheidungen des Reichsgerichts und des Preussischen Obergerichts. Aufgabe des deutschen Imperbundes ist es, nicht nur dem einzelnen Imker in seinem Kampfe um das Recht mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sondern auch die nötigen Vorarbeiten auf dem Gesamtgebiete des Bienenrechts anzuregen, zu unterstützen, ja zu leiten. Es wären eine Anzahl von jüngeren Mitarbeitern zu gewinnen, um durch Rechtsabhandlungen und Dissertationen die Rechtsentwicklung günstig zu beeinflussen. Zum Kampf gehört Geld, auch zum Kampfe um das Recht. Der einzelne kann die Kosten für einen Rechtsstreit nicht allein aufbringen, sie müssen von der Gesamtheit getragen werden, die ja auch den Nutzen davon hat. So müßte eine Rechtsschutzkassse gegründet werden, darüber hinaus aber wären auch erhebliche Mittel für die Aufgabe der Gestaltung des Bienenrechts in den Haushalt des deutschen Imperbundes einzusetzen. Erst dann, wenn die unermüdliche Arbeit der Selbsthilfe zur Schaffung günstiger Rechtsverhältnisse die Staatshilfe auf den Plan gerufen hat, wird die Vermehrung der Zahl der Bienenvölker gesichert sein.

Zu dieser Vermehrung der Zahl der Bienenvölker muß aber unbedingt die

Ertragssteigerung des einzelnen Bienenvolkes kommen. Je mehr die Imkerschaft die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf ihre Arbeit lenkt, um größere Förderung zu erfahren, desto größer wird ihre Verpflichtung, alle Kraft und alles Können anzusetzen, um den Durchschnittsertrag der Völker zu heben. Die Möglichkeit einer Ertragssteigerung ist nicht zu leugnen. Hier hat uns ja die deutsche Landwirtschaft ein glänzendes Beispiel gegeben. Auch die leise Aufwärtsbewegung der Durchschnittserträge an Honig seit dem Jahre 1900 beweist die Möglichkeit der Ertragssteigerung. Selbst bei vorsichtiger Beurteilung der amtlichen Zählungsergebnisse kommt

man zu der Erkenntnis, daß der Honigertrag umso mehr steigt, je größer der Hundertsatz der Völker in Beuten mit beweglichen Waben wird. Der Durchschnittsertrag je Volk war 1900 5,7 Kilo; davon leisteten die Völker mit beweglichen Waben 7,0 Kilo, während die Leistung der anderen nur 4,7 Kilo betrug. Von 1900—1912 stieg die Zahl der Völker in Beuten mit beweglichen Waben um 14,2 v. H.; ihr Honigertrag stieg aber um 17,6 v. H.; die Völker in Beuten mit unbeweglichen Waben sanken in der gleichen Zeit in der Zahl um 13,1 v. H.; ihr Ertrag blieb aber um 16,6 v. H. zurück. Die Gesamtzunahme der Völker von 1900—1912 betrug 0,98 v. H.; der Ertrag an Honig steigerte sich jedoch um 1,91 v. H. Der Anteil der Völker in Beuten mit beweglichen Waben ist ständig gestiegen. Er betrug:

1873	12,6 v. H.
1883	19,3 „
1892	31,3 „
1900	44,2 „
1912	59,7 „
1925	64,6 „

Auch die Erträge von Musterbienenständen zeigen, daß die Kunst des Durchschnittsimkers noch lange nicht auf der gewünschten und möglichen Höhe ist; hatte doch, um nur eine vorbildliche Anlage herauszugreifen, Prof. Zander in Erlangen 1922 einen Durchschnittsertrag von 18,22 Kilo Honig. Als Ziel der Ertragssteigerung muß ein Durchschnittsertrag von $\frac{1}{2}$ Zentner je Volk aufgestellt werden.

An dieser Stelle muß an die Imker die ernste Mahnung gerichtet werden, um der Bienenzucht willen richtige Angaben über den Ertrag zu geben. Dem Einzelnen nützen unrichtige, unter der Wirklichkeit liegende Angaben wohl kaum etwas, der deutschen Imkerschaft aber schaden sie ungeheuer, weil sie die Gesamtleistung der Bienenzucht, die volkswirtschaftliche Wertzahl, herabsetzen. Auch die Fischer sind allmählich zu der Erkenntnis gekommen, daß größere Erträge vermehrte Förderung durch den Staat bedeuten.

Wie ist nun die Ertragssteigerung zu erreichen? Der vom Reiche eingesetzte Ausschuß von Sachverständigen zur Untersuchung der deutschen Wirtschaft kommt in seinen Arbeiten über die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft zu dem Ergebnis, daß die Hebung der Bildung der Landwirte Vorbedingung für die Ertragssteigerung ist. Auch unter den Bemühungen für die Ertragssteigerung in der Bienenzucht wird eins an erster Stelle stehen müssen:

die Imkerschulung.

Hier gilt zunächst das Sprichwort: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott! Wer nicht dauernd an der eigenen beruflichen Fortbildung arbeitet, hat auch kein Recht, über niedrige Erträge zu jammern und nach Hilfe zu schreien. Gerade Notzeiten machen erfinderisch und werden dadurch zum Segen, daß sie zur Besinnung und Kräftesammlung zwingen. Es gibt eine Reihe von wertvollen Hilfsmitteln, die ohne große Kosten für die Ertüchti-

gung in Theorie und Praxis herangezogen werden können. Unsere Fachpresse steht auch nach dem Urteil außenstehender Pressekenner sehr hoch; aber sie kann natürlich nur dann fördernd auf die Bienenzucht einwirken, wenn sie gelesen wird. Da sie so vielgestaltig in ihrer heimatischen Prägung, der imkerlichen Auffassung, der persönlichen Einstellung, in Form und Stil ist, so kann jeder das finden, was er sucht. Dazu stehen dem Suchenden eine Anzahl ausgezeichnete Handbücher zur Verfügung, die wiederum nach Größe, Inhalt und Form den verschiedenen Interessen entgegenkommen. Geht der Imker dann noch mit offenen Augen und bescheidenem Sinn zum Nachbar, in den Ortsverein, so erschließen sich ihm neue Quellen, aus denen er für seine Arbeit am eigenen Bienenstande schöpfen kann.

Wollen wir aber den Flug zur Höhe der imkerlichen Kunst antreten, wozu uns außer dem inneren Drang nach Vollendung ja schon die äußeren Verhältnisse zwingen, dann muß eine planmäßige Imkerschulung einsetzen. Schon am 27. Februar 1923, in der Zeit höchster Inflationsnot, führte ich im Preussischen Landtage folgendes aus: „Meine politischen Freunde begrüßen den Antrag des Hauptausschusses, der die Titelsumme um 400 000 M erhöhen will, und zwar im Interesse von Ausbildung von Beamten und Staatsarbeitern in der Bienenzucht. Neben der Spitzenbildung an den Hochschulen ist vor allen Dingen auch im Interesse der Imkerei die Massen- und Breitenbildung durchaus notwendig für die Beamten und Staatsarbeiter auf dem platten Lande. Der Referent im Ministerium für die Landwirtschaft und Bienenzucht hat, wenn ich nicht irre, in einer Versammlung des deutschen Imkerbundes das Wort geprägt. „Die Bienenzucht ist der Sonnenschein der werktätigen Bevölkerung.“ Wenn das wahr ist — und ich kann das aus eigener Ueberzeugung bekunden, daß dieses Wort voll zutrifft, — so ist es aber durchaus notwendig, daß das Ministerium für die Landwirtschaft alle Mittel bereit stellt, um den kleinsten Bienenhalter im kleinsten Dorfe zu erfassen. Damit auch aus dem letzten Bienenhalter endlich überall ein Bienenzüchter wird. Auf eine zustimmende Antwort des Staatssekretärs Dr. Ramm erwiderte ich: „Meine politischen Freunde begrüßen die Einrichtung eines Instituts für Bienenkunde und Bienenbiologie an der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Ich will nicht auf die ungeheure Aufgabe eingehen, die diesem Institut hinsichtlich der Bienenforschung erwachsen werden, sondern möchte auf die Bedeutung hinweisen, die dieses Institut für die Ausbildung von führenden Imkern hat, wenn die Arbeit so aufgefaßt wird, daß Wissenschaft und Praxis zusammenliegen. Neben der Forschung ist es eine Hauptaufgabe des Instituts, provinzielle Führer der Bienenzucht heranzuziehen, die möglichst an landwirtschaftlichen Schulen als Lehrer wirken und die an Landwirtschaftskammern angestellt werden. Jede Landwirtschaftskammer müßte heute ein Bienenreferat haben, das von einem selbständigen Referenten geleitet wird, der bis ins kleinste in einem Hochschulinstitut durchgebildet ist. Nur dann kommen wir dazu, die Ausbildung der kleineren Bienenzüchter mit verhältnismäßig geringen Kosten zu erreichen. Wenn wir aber die Ausbildung provinzieller führender Imker wirklich erreichen wollen, so genügt

die Errichtung einer Hochschule nicht.“ Diese Ausführungen treffen auch heute noch in ihrer grundsätzlichen Einstellung zu. Wie muß nun der Aufbau, die Stellung und Einrichtung der Imkerschulung getroffen werden?

Die Aufgaben der Imkerschulung sind:

Forschung, Vermittlung der Forschungsergebnisse und deren Auswertung für die Praxis auf den Gebieten des Bienenlebens, der Bienenkrankheiten, der Tracht, der Arbeit an den Bienen, der Gewinnung, Behandlung und Zusammensetzung des Honigs, der Beuten- und Hilfsmittel, der Betriebsführung, des Honighandels und der Imkereipolitik. Diese Aufgabe bedingt eine Dreiteilung, nämlich in Forschung, Spitzenschulung und Massenschulung, oder in Landesanstalten, für Bienenzucht, in provinziellen Imkerschulen und in Meisterbienenständen in den Kreisen. Im folgenden sei ganz kurz die Aufgabe, Stellung und Einrichtung der einzelnen Schulungsarten umrissen.

1. Landesanstalt für Bienenzucht.

a) Aufgabe: Forschung und Lehre auf allen Gebieten der Bienenzucht;

dadurch auch Heranbildung eines wissenschaftlich hochstehenden Nachwuchses, der für die Arbeit in den Landesanstalten und den Provinziallehrstätten geeignet ist;

regelmäßige Sitzungen der Leiter der Provinziallehrstätten; Fortbildungskurse für Bienenmeister und Seuchenwarte; Seuchenbekämpfung;

b) Stellung und Einrichtung: Träger dieser Landesanstalten wird in der Regel der Staat sein, da er selbst am besten geeignet ist, Bestand und gediegene Ausgestaltung zu verbürgen. Wenn sich auch andere leistungsfähige Träger für diese Aufgabe finden, so ist das freudig zu begrüßen. Die unmittelbare Verbindung mit der Universität ist zwar wünschenswert, aber nicht in allen Fällen notwendig. Für Preußen wäre neben dem Zentralinstitut für Bienenkunde in Berlin-Dahlem, das von dem Professor der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Dr. Armbruster, aus ganz kleinen Verhältnissen heraus zu einer Musteranstalt ausgebaut wurde, noch eine Landesanstalt im Osten und eine im Westen erforderlich. Schon 1923 habe ich im Landtag auf die Notwendigkeit solcher Anstalten hingewiesen. Ich sagte damals in bezug auf Ostpreußen: „Einmal ist die dortige Imkerei eine der besten des ganzen preussischen Staates, die es schon an und für sich rechtfertigen würde, wenn an der mit landwirtschaftlichen Instituten gesegneten Universität Königsberg ein Institut für Bienenkunde eingerichtet würde. Andererseits hat aber darüber hinaus die Pflanze der Bienenzucht und der Forschung in Ostpreu-

ßen weittragende Bedeutung für die russischen Randstaaten. Ich habe im Kriege Gelegenheit gehabt, bienenwirtschaftliche Studien in allen russischen Randstaaten zu treiben. Da ist mir doch die Erkenntnis gekommen, daß tatsächlich eine wirklich intensive Förderung der Bienenzucht in den russischen Randstaaten nur mit Hilfe der ostpreussischen Imkerei geschehen kann. Wenn es gelingen würde, ein Institut in Königsberg zu schaffen, so würde Ostpreußen der Mittelpunkt der ganzen Imkerschulung des Baltischen Ostens werden. Darüber hinaus würde in Ostpreußen gerade die Holz- und Bearbeitungsindustrie, die sich mit der Herstellung von Bienenzuchtgeräten beschäftigt, seßhaft gemacht, sie würde sich entwickeln und ebenfalls eine führende Stellung im Osten einnehmen, wie es die ostpreussische landwirtschaftliche Maschinenindustrie für viele Teile des nicht deutschen Ostens tut.“ Außerdem habe ich in dieser Sitzung für den Osten noch auf die Versuchs- und Forschungsanstalt für Tierzucht in Tschernitz b. Breslau hingewiesen. Für den Westen habe ich in derselben Sitzung bedauert, daß hinsichtlich der Forschungs- und Lehranstalt in Münster die Verhandlungen mit dem Kultusministerium gescheitert sind und diese Forschungsstelle nicht an der Universität, sondern an der Landwirtschaftskammer eingerichtet worden ist. Ich habe den Minister gebeten, seinen ganzen Einfluß aufzuwenden, „daß immer ein enges Zusammenarbeiten zwischen der dortigen Universität und der Anstalt an der Landwirtschaftskammer stattfindet. Augenblicklich ist dieses Zusammenarbeiten dadurch gesichert, daß der Leiter der Landwirtschaftskammernanstalt gleichzeitig Dozent an der Universität ist. Dadurch ergibt sich ein erfreuliches Zusammenarbeiten. Hoffentlich erreicht der Herr Minister, daß dieses Zusammenarbeiten auch auf die Dauer stattfindet.“ Die Universität Münster plant einen Ausbau nach der landwirtschaftlichen Seite hin. In diesen Plan würde das Institut des in der Imkereiwelt sehr geschätzten Dr. Koch gut hineinpassen. Die Verbindung mit der Universität wird immer fördernd auf das Institut einwirken und dem Leiter die äußere würdige Stellung geben. Andererseits sprechen auch manche Gründe dafür, die westliche Landesanstalt für Bienenzucht näher an das Erschließungsgebiet von Heide und Moor heranzubringen, da es die überaus wichtige Nebenaufgabe hat, die Ueberleitung der sich auf Oedlandstrachten gründenden Bienenzucht in eine solche, der im wesentlichen nur Kulturpflanzen als Trachtquellen zur Verfügung stehen, zu vermitteln. Leiter dieser

Landesanstalten müssen anerkannte Wissenschaftler sein, die sich auch durch ihre Meisterschaft in der Praxis als berufene Führer erwiesen haben. Zu ihrer Unterstützung wären in jeder Anstalt mindestens anzustellen: ein wissenschaftlicher Assistent, ein möglichst gärtnerisch vorgebildeter Bienenmeister und ein oder mehrere Laborantinnen, bei deren Auswahl darauf Bedacht zu nehmen wäre, daß sie auch die Schreib- und Kanzleiarbeiten mit versehen müssen.

2. Provinzielle Imkerschulen.

- a) Aufgabe: Mitarbeit bei den von den Landesanstalten überwiesenen Forschungsaufgaben;
Berücksichtigung der besonderen provinziellen Verhältnisse der Zuchtaufgabe, Seuchenbekämpfung, des Klimas, der Tracht und der Beuten;
Ausbildung der Kreisbienenmeister und deren Zusammenfassung zu kurzen, regelmäßigen Tagungen;
Ausbildungs- und Fortbildungskurse für Imker;
Vortragstätigkeit, wobei natürlich in erster Linie das Vorführen in Frage kommt;
Beobachtungsammelstelle.

- b) Stellung und Einrichtung: Als Träger dieser Anstalten kommen Staat, Provinz, Landwirtschaftskammer und die betr. Verbände des deutschen Imkerbundes in Frage, auch können diese Körperschaften insgesamt zum Unterhaltsträger zusammengefaßt werden. Hier wird erst die fortschreitende Entwicklung allmählich zu einer Einheitlichkeit führen; jede voreilige Gleichmacherei und gesetzliche Bindung könnte den sachlichen Ausbau hemmen.
Auch in der Frage der Vorbildung und beamtenrechtlichen Stellung des Leiters dieser Lehrstätte muß die Erfahrung der kommenden Jahre den rechten Weg weisen. Dabei ist aus mehreren Gründen zu wünschen, daß die für die Bienenzucht wirkenden Kräfte nach Vorbildung, amtlicher und gehaltlicher Stellung, den entsprechenden Landwirtschaftskammer- und Fischereibeamten gleichgestellt werden. Es sprechen bei der Förderung der Bienenzucht auch solche scheinbar äußerlichen Dinge sehr oft entscheidend mit. Dem Leiter muß ein wiederum möglichst gärtnerisch geschulter, aber auch sonst handwerklich geschickter Bienenmeister zur Verfügung stehen. Es ist zu begrüßen, daß der deutsche Imkerbund die Leiter der jetzigen Landesanstalten und Provinziallehrwerkstätten, sowie alle auf dem Gebiete der Bienenkunde und Bienenzucht tätigen Wissenschaftler zu einem Forschungsausschuß zusammenschließen will. Dieser Ausschuß würde nicht nur der Forschung wertvolle Dienste leisten, sondern auch der Bienenzucht durch die gemeinsame einheit-

liche und darum gewichtigere Aufgabe von Gutachten im Rechtskampfe zur Seite treten. Um den Zusammenhang mit tüchtigen deutschen Wissenschaftlern außerhalb der deutschen Reichsgrenze zu wahren und noch inniger zu gestalten, wären diese, so lange wir keinen deutschen Imkerbund haben, der alle Imker deutscher Volkszugehörigkeit umfaßt, zu korrespondierenden Mitgliedern zu ernennen.

3. Meisterbienenstände der Kreise.

a) Aufgabe: Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge; Mustereinrichtungen; besonders hinsichtlich des Betriebsergebnisses; Beobachtungsstellen; Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse; Seuchenbekämpfung; Vortrags- und Vorführfähigkeit.

b) Stellung und Einrichtung. Die Meisterbienenstände sind Einrichtungen der Bezirks- oder Kreisgruppen des deutschen Imkerbundes. Sie können im Eigentum der Verbände oder von Privaten stehen. Zu Kreisbienenmeistern werden in Wissenschaft und Wirtschaft hervorragende Bienenzüchter des Kreises berufen, die ihre Tätigkeit in der Regel nebenberuflich und nebenamtlich ausüben.

Durch eine solche eingehende und möglichst viele Imker umfassende Schulung wird es möglich sein, die Erträge aus dem einzelnen Bienenvolk auf die gewünschte Höhe von $\frac{1}{2}$ Zentner zu bringen und damit einen bedeutend höheren Eigenbedarf unseres Volkes als den jetzigen zu decken. Die Aufgabe ist hier dieselbe wie in der Landwirtschaft. Da die wissenschaftlichen Ergebnisse und Erkenntnisse, sowie die Spitzenerfahrungen in der Praxis, die Vorbedingung für eine solche Ertragssteigerung sind, vorliegen, handelt es sich jetzt in erster Linie darum, dieses Spitzenkennen und -können, durch eine zweckmäßig gegliederte Schulung den Massen zu vermitteln. Geschieht das nicht, so ist die verdienstvolle Arbeit unserer Führer in Theorie und Praxis umsonst gewesen; denn alle noch so bedeutenden Spitzenleistungen vermögen den Rückgang nicht aufzuhalten, wenn sie nicht als Antrieb und Mittel zur Hebung der Massenleistungen restlos ausgenutzt werden. Diese Arbeit zur Ertüchtigung der deutschen Imkerschaft ist eine ernste Dienstverpflichtung unserem Volke gegenüber, das mit Recht in seiner Not den Anspruch darauf erheben kann, daß nicht nur jeder nach seinem Vermögen seine Pflicht und Schuldigkeit tut, sondern daß dieses Vermögen zur Dienstleistung bis zur Grenze des Menschlich-möglichen gesteigert wird.

Es ist dabei keineswegs auf Staatshilfe zu bauen und zu warten. Der deutsche Imkerbund ist bei genügender Einsicht und Opferwilligkeit seiner Mitglieder wohl in der Lage, Träger von Stiftungen für die Landesanstalten, Mitunterhaltsträger der Provinziallehrwerkstätten und

alleinige Träger der Meisterbienenstände zu werden. Wenn der Obmann des Forschungsausschusses, der natürlich nicht nur nach seiner wissenschaftlichen, sondern auch nach seiner organisatorischen Tätigkeit ausgewählt werden müßte, zugleich als Obmann eines noch zu bildenden Schulungsausschusses die nötigen Gelder zur Verfügung bekäme, so könnten nicht nur Schulungsaufgaben, sondern auch wertvolle Werbearbeiten geleistet werden. Die in diese Arbeit hineingesteckte Kraft und Zeit, sowie das dazu benötigte Geld würden hundertfältige Früchte bringen. Es fehlt an wissenschaftlichem Nachwuchs und an wissenschaftlichen Arbeiten, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der Naturwissenschaft, Zoologie, Botanik und Chemie, sondern auch in der Rechtskunde und der Volkswissenschaftslehre. Gerade auf diesen beiden Gebieten sind wissenschaftliche Arbeiten, die wegen ihrer Objektivität besonders werbende Kraft haben, dringend notwendig. Gilt es doch, der Bienenzucht durch hieb- und stichfeste Beweisführung auf dem Gebiete des Rechtswesens und der Volkswissenschaft die Freiheit von drückenden Fesseln und die nötige Anerkennung zu verschaffen. Wie bekommen wir aber in der heutigen wirtschaftlich schweren Zeit die geeigneten Kräfte für die Bearbeitung dieses Neulandes? Ich halte folgenden Weg für gangbar. Es werden für den Anfang zunächst wenigstens 1000.— Mk. zur Verfügung gestellt. Der deutsche Imkerbund setzt sich durch die geeigneten Ausschüsse mit den in Frage kommenden Wissenschaftlern an den Universitäten, Hochschulen und Instituten in Verbindung, um die Bearbeitung von wissenschaftlichen Aufgaben, die für uns Bedeutung haben, anzuregen. Es kämen abwechselnd Arbeiten aus dem Gebiete der Naturwissenschaft und der Rechts- und Staatswissenschaft in Frage. Der junge Student bekommt so seine Dissertation gedruckt und außerdem einen beträchtliche Zuschuß zu seinem Studium. Wird dieser Weg beschritten, so kann sich gerade an den Universitäten, an denen durch die Verbindung mit einem Institut für Bienenzucht das erforderliche Material leicht zugänglich und eine bequeme Einführung in das Wesen und die Notwendigkeit der Bienenzucht möglich ist, eine gewisse Uebung herausbilden, die uns mit den Jahren eine Reihe von wertvollen Bausteinen für unsere Arbeit der Befreiung der Bienenzucht von allen Hemmungen schenkt. Ist dieser Weg erfolgreich, und daran ist nicht zu zweifeln, dann wird es leicht sein, über die Anfangssumme hinaus Gelder zur Verfügung zu bekommen, um so die jeweils zeitgemäßen Fragen wissenschaftlich bearbeiten zu lassen. Darüber hinaus kann auch in geeigneten Fällen der etwas teure und vom deutschen Imkerbunde mehr Arbeit erfordernde Weg des Preisausschreibens beschritten werden. Das alles wird Leben erzeugen, unsere Forschungs- und Schulungsarbeit vertiefen und ermöglichen, die Wissenschaft auszuwerten für die Werbearbeit und damit für den Aufstieg der deutschen Bienenzucht.

Die Imkerschulung muß begleitet werden von der

**Anregung und dem Anreiz zu Höchstleistungen
im Betrieb durch Auszeichnung und Preise**
seitens des Staates, der Provinzial-, Kommunal- und anderen in Frage

kommenden öffentlich rechtlichen Verbände, des deutschen Imkerbundes und der landwirtschaftlichen Verbände. Wenn wir auch nicht die Auswüchse des heutigen Sportwesens auf die volkswirtschaftlichen Leistungen übertragen wollen und können, so wäre es doch wünschenswert, wenn neben den schönen Füßen, den Bogern, Schwimmern, Läufern, auch die stille Arbeit in werthschaffenden Berufen durch öffentliche Anerkennung mehr gefördert werden würde. Auf diesem Gebiete kann noch viel geschehen; die einheitliche Bewertungsordnung des deutschen Imkerbundes wird die Arbeit erleichtern. Besonders zu beachten ist die allerdings nicht leicht zu lösende Frage der Standschau, die allein die gerechte Beurteilung der Gesamtleistung des Bienenzüchters ermöglicht. Die Auszeichnung der Bienenvölker auf Ausstellungen ist für unsern Zweck nicht sehr ergiebig; sie ist meist nur eine angenehme Belegung der Ausstellung und ein Anreiz für die Besucher. Standleistungen können nur durch Standbücher und Standschauen erhöht werden.

Eines der wichtigsten Mittel, nicht nur zur Hebung des Volksertrages, sondern überhaupt zur Erhaltung der Bienenzucht ist

Die Bekämpfung der Bienenseuchen.

Es handelt sich in erster Linie um die Bekämpfung der böartigen Faulbrut, deren Erreger, *Bac. larvae*, zuerst von den Forschern Maaßen und Withe 1906 gefunden wurde. In zweiter Linie kommt die Bekämpfung der Nosemaseuchen in Frage. Der Erreger dieser auch weit verbreiteten Seuche ist *Nosema apis*. Professor Dr. Borchert, der Vorsteher des Laboratoriums zur Erforschung und Bekämpfung der Bienenseuchen an der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem schrieb über diese Krankheit: „Ich neige der Ansicht zu, daß es während der Sommermonate wohl nur ganz wenige Völker gibt, die wirklich frei von dem Parasiten sind; in geringerer Anzahl ist er fast auf jeden Stand anzutreffen.“ Allerdings hat er in einigen Gegenden in den Jahren 1923 und 1924 ganze Stände vernichtet. Nach meinen Erfahrungen, die sich mit denen einiger Forscher auf diesem Gebiete decken, kann der Erreger seine verheerende Wirkung erst dann ausüben, wenn die Völker durch andere Gründe in einen schwachen Zustand geraten sind. Seine Bekämpfung ist weit schwieriger, als die der Faulbrut, darum muß das Bemühen der Imkerschaft zunächst dahingehen, wenigstens bei der Bekämpfung der böartigen Faulbrut die genügende Staatshilfe auf gesetzgeberischem Gebiete zu erlangen. Die Forderung eines Bienen-seuchengesetzes ist alt; das Schicksal dieses Imkerwunsches ist ein treffender Beweis für die schwerfällige Gesetzgebungsmaschine auf Gebieten, die für die Allgemeinheit anscheinend weniger von Bedeutung sind. Verschiedene Gesetzentwürfe sind aufgetaucht und wieder in der Versenkung verschwunden. 1889 legte der Zentrumsabg. Letocha im preussischen Landtage zum ersten Mal den schon erwähnten, bis ins einzelne ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor.

Er lautete in § 14: Mit Geldstrafe bis zu 600.— *M* oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahr wird bestraft, wer Völker, Bienenwohnungen, Produkte oder Geräte, von denen er weiß, daß sie von Faulbrut infiziert sind, unter

Verschweigung dieser Tatsachen an andere abgibt oder verkauft. § 15: mit Geldstrafe bis zu 600.— *M* oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft:

1. wer fahrlässigerweise Völker, Bienenwohnungen, die Produkte oder Geräte, welche an faulbrut infiziert sind, an andere abgibt oder verkauft;
2. wer fahrlässigerweise auf seinem Bienenstande dergleichen Völker oder Waben aufstellt oder faulbrütige Waben liegen läßt;
3. wer fahrlässigerweise unterläßt, von der faulbrut infizierte Wohnungen beiseite zu schaffen oder die Fluglöcher bis zur gehörigen Desinfizierung solcher Wohnungen zu schließen.“

Dieser Antrag wurde nach einigen Jahren auch von Freunden der Bienenzucht wegen seiner juristischen Schwierigkeiten abgelehnt.

1910 forderte dann der freikonservative Abg. Dr. V a r r e n h o r s t erneut ein Bienenseuchengesetz, ohne aber mehr Erfolg als freundliche Versprechungen der Staatsregierung zu erzielen. Der Krieg stellte alle Versuche zur Regelung dieser brennenden Fragen zurück; trotzdem die Bienenzucht im Kriege wegen der wirtschaftlichen Einschränkung unseres Vaterlandes eine erhöhte Bedeutung erhielt. Am 27. Februar 1923 führte ich im Preussischen Landtage folgendes aus: „Meine politischen Freunde begrüßen die Erhöhung des Titels für landwirtschaftlich-polizeiliche Zwecke. Wir vermissen aber die Einsetzung von Mitteln für die Bekämpfung der Bienenseuchen, die nach der Erläuterung zu Titel 3 nicht vorgesehen sind. Die Bekämpfung der Bienenseuchen ist eine sehr notwendige Angelegenheit, umsomehr, als nach dem Kriege die faulbrut in einem erschreckenden Maße um sich gegriffen hat. Das ist leicht erklärlich. Einmal haben die witterungsschlechten und zuckerarmen Jahre 1921 und 1922 sehr üble Zustände in die alten Bienenstände gebracht, viel schlechter noch sind die Zustände in den neuen Bienenständen. Es wird Ihnen erinnerlich sein, daß man in den letzten Kriegsjahren und kurz nach dem Kriege versuchte, möglichst viel Leute, insbesondere Kriegsverletzte, für die Bienenzucht zu interessieren. Diese Leute versagen in dem der Bienenzucht ungünstigen Jahre sehr leicht, auch gehen ihre Mittel und die Lust zur Durchführung dieses Betriebes verloren. Ich glaube, es gibt heute kaum ein einziges Dorf, in dem mehrere Bienenstände sind, von denen man im Augenblick sagen kann, daß einer frei von Bienenseuchen sei. Deshalb ist es notwendig, . . . aus den Fonds für allgemeine Zwecke eine, wenn auch bescheidene Summe zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Minister um Auskunft darüber bitten, wie es jetzt mit der Bienenseuchengesetzgebung steht. Es ist durchaus notwendig, daß wir endlich einmal zu einer gesetzlichen Regelung kommen. Wenn es nicht möglich ist, im Reiche eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, dann sollte man das wenigstens in Preußen machen, genau so, wie diese Frage in Mecklenburg schon vor 25 Jahren auf dem Verordnungswege geregelt ist. Nun möchte ich allerdings nicht die glatte Uebernahme der Verordnung von Mecklenburg empfehlen, sie hat aber immerhin sehr segensreich gewirkt. Es muß also möglich sein, daß auch in Preußen die Angelegenheit geregelt und nicht auf die lange Bank ge-

schoben und auf die Regelung im Reiche gewartet wird, wenn nicht die sichere Aussicht vorhanden ist, daß die reichsgesetzliche Regelung noch im laufenden Jahre erfolgt. Ich möchte dabei bitten, daß man sich mit dem Imkerverbände in Verbindung setzt, damit nicht eine glatte Uebertragung der Bestimmungen aus dem Viehseuchengesetz vorgenommen wird.“

Es kam wieder ein Referenten-Entwurf aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft betr. Bienenseuchen. Die Begründung gab zugleich die Schwierigkeiten: „Besonderer Klärung bedarf noch die Frage der Berufung und Ausbildung von Sachverständigen. Insbesondere wird zu prüfen sein, ob in den einzelnen Ländern zur Durchführung des Gesetzes bereits jetzt ausreichend Sachverständige zur Verfügung stehen, aus welchen Kreisen die Sachverständigen zu nehmen sind und welche Ausbildungsmöglichkeiten bestehen . . . Der Erfolg des Gesetzes wird daher in wesentlichen Punkten von der Tätigkeit der Sachverständigen abhängen. Es besteht die Möglichkeit, diese entweder den Imkern zu entnehmen, die allerdings in diesem Falle vorher einen eingehenden Lehrgang bei einer öffentlichen Unterrichtsanstalt durchzumachen und zweckmäßigerweise sich einer Abschlußprüfung über den Erfolg dieses Lehrganges zu unterziehen hatten, oder die Sachverständigen den Tierärzten zu entnehmen die ebenfalls vorher einen Lehrgang über Bienenwesen und Bienenkrankheiten durchzumachen hätten.“ Zu den anzeigepflichtigen Seuchen zählte der Entwurf: Die beiden faulbrutkrankheiten, nach dem damaligen, noch nicht einheitlichen Sprachgebrauch Larvenseuche und Nymphenseuche genannt, die grauweiße und die grün-gelbe Steinbrut, die Nosemasucht, sofern sie mit starken Koten im Bienenstock oder vor dem Flugloche sowie mit einem Massensterben der Bienen verbunden ist.“ Die §§ 18—22 regelten die Entschädigungspflicht; die Entschädigungen sollten von den Bienenbesitzern aufgebracht werden. Dabei wurde bestimmt, daß die obersten Landesbehörden die näheren Bestimmungen über das Verfahren zur Feststellung der Entschädigung die Art der Aufbringung der Entschädigung, über den Beitragsmaßstab und über die Festsetzung der Einheitsätze treffen sollte. Dieser Referenten-Entwurf ist aus verschiedenen inner- und außerhalb der Sache liegenden Gründen niemals Gesetzentwurf geworden. Darum brachte ich 1925 im Preussischen Landtage folgenden Antrag zur Annahme:

„Das Staatsministerium zu ersuchen, die Bezirksregierungen zu veranlassen, umgehend auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850 in Verbindung mit dem § 138 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 Verordnungen zum Schutze der Bienenvölker gegen Bienenseuchen zu erlassen.“

Dieser Antrag hat in Preußen recht erfreulichen Erfolg gehabt. Er brachte zwar nicht überall Regierungsverfügungen zustande, wohl aber ist er die Veranlassung gewesen, daß in verschiedenen Bezirken und vielen Kreisen Preußens Bezirks- oder Kreisverfügungen betreffend Bekämpfungen der Bienenseuchen ergangen sind.

Inzwischen hat Thüringen den Weg der Landesgesetzgebung beschritten. Wir müssen aber nach wie vor auf reichsgesetzliche Regelung drängen

um so mehr, als man ja jetzt durch die Bezirks- und Kreisverordnungen und Ländergesetze Gelegenheit zur Prüfung gehabt, und zum andern fordern, daß Reich und Länder für die Bekämpfung dieser volkswirtschaftlich schädlich wirkenden Bienenseuchen mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Neben der Ertragssteigerung des einzelnen Bienenvolkes ist die

Erhöhung des Betriebsgewinnes,

des Reingewinnes zur Förderung der Bienenzucht unumgänglich. Erst beide zusammen sichern eine dauernde und ausreichende Rentabilität. Gewiß ist die Bienenzucht so wie mancher andere Beruf für den Ausübenden eine Quelle von Freuden; ja, sie birgt vielleicht mehr Freuden in sich, als viele andere Betätigungen, weil sie so recht statt zum äußerlichen Vergnügen zum innerlich beglückenden Genügen führt. Aber — auf die Zukunftsentwicklung und vom imperialpolitischen Gesichtspunkt aus gesehen kann nicht scharf genug betont werden, daß auch die Bienenzucht zu ihrem Bestehen und Aufstieg auf die Sicherheit und Stetigkeit eines ausreichenden Durchschnittsgewinnes angewiesen ist. Der Betriebsgewinn ergibt sich aus dem Verhältnis von Unkosten und erzieltm Preise für die erzeugte Ware; man muß also zur Gewinnsteigerung auf Senkung der Unkosten oder auf Preiserhöhung oder auch auf beides bedacht sein. Günstigere Preisgestaltung und Senkung der Unkosten sind daher die zu lösenden Aufgaben. Zu einer

günstigeren Preisgestaltung

gelangen wir durch die Steigerung der Nachfrage. Die Preisbildung ist nicht nur abhängig von den Erzeugungskosten. Ja, die Imkerschaft ist viel zu schwach, um von der Unkostenseite her den Preis allein befriedigend festsetzen zu können; das macht nicht nur die nicht genügend straffe Zusammenfassung und Einordnung der Imker, sondern auch die Einschätzung des Honigs als ein zwar wünschenswertes, aber nicht notwendiges Genußmittel in weiten Kreisen unseres Volkes unmöglich. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen kann man getrost sagen, daß es zwar sehr leicht ist, den Honigpreis auf zwei Drittel bis vier Fünftel des Butterpreises festzusetzen; unendlich schwerer ist es aber, diesen Preis auch zu erhalten. Viel wichtiger als solche Vereinsbeschlüsse ist es, durch Aufklärung die vorurteilslose Werthschätzung des Honigs für Ernährung und Gesundheit zu steigern. Erst die höhere Bewertung wird einen größeren Teil der deutschen Kaufkraft auf unsern Honig lenken und zwar durch die gesteigerte Nachfrage, wie durch den Willen des Käufers, für den deutschen Honig auch einen guten Preis zu zahlen. Welches sind nun die Mittel, die uns für diese Arbeit zur Verfügung stehen?

1. Lieferung von Waren höchster Güte.

Es muß der Ehrgeiz jedes einzelnen Imkers sein, daß aus seinem Stande nur Honig erster Güte herausgeht. Die zweite Auswahl gehört ins eigne Haus und in das Futtergefäß. Zwar hat der Imker keine Macht über die Auswahl der Nektarquelle, wohl aber kann er durch die Art der Gewinnung und Behandlung des Honigs viel dazu beitragen, daß das Wert-

gefühl für unser Erzeugnis gesteigert wird. Es war bezeichnend und erfreulich, daß die Bundesleitung des deutschen Imkerbundes auf der Tagung in Ulm nach meinem Vortrage über die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen einer blühenden Bienenzucht zwei Vorträge über die Gewinnung und Behandlung des Honigs folgen ließ. Nicht der mehr oder weniger berechnete Hinweis auf schlechten Auslandshonig, sondern die ständige Verfeinerung des deutschen Honigs ist die Pflicht des einzelnen Imkers; denn auch der Auslandsimker wird, ganz besonders, wenn er, wie es vielfach in Amerika der Fall ist, deutscher Herkunft ist, immer mehr auf die Lieferung einwandfreier Ware bedacht sein.

2. Lieferung in geschmackvoller Aufmachung.

In dieser Frage ist bisher Vieles versäumt worden; nichts aber steigert das Wertgefühl so sehr, als die reizvolle Aufmachung, bei der schon die äußere Hülle in lockendem Ton dem Käufer Zeugnis von der Güte der Ware ablegt. Mit Recht hat darum der deutsche Imkerbund großes Gewicht auf die Schönheit der einzelnen Teile des Einheitswerkes gelegt; das Einheitsglas des deutschen Imkerbundes ist ein schönes lockendes Gefäß für seinen ausgezeichneten süßen Inhalt.

3. Planmäßige Werbung für den deutschen Honig.

Hier ist das Einheitswerk des deutschen Imkerbundes, vom Einheitsglas bis zu den Werbeblättern von höchster Bedeutung; ist doch dadurch das Wissen und Können neuzeitlicher Werbung vor den oft recht aliväterlichen Karren des einzelnen Imkers gespannt worden. Die von der Bundesleitung geschaffenen und bereit gestellten Werbemittel müssen nun von den Verbänden, den Ortsvereinen und nicht zuletzt vom einzelnen Imker ausgemerzt werden. In jedem Betriebe muß ein Posten für Werbung eingesetzt, jeder Imker muß ein tüchtiger Trommler im Werbefeldzug für unsern deutschen Honig werden. Wirklich wirkungsvoll wird die Werbung für den deutschen Honig aber nur dann, wenn sie auch von Reichs- und Staatswegen weitgehendst unterstützt wird. „Brot und Arbeiter erst dem deutschen Volke!“ Dieses aus nationalwirtschaftlichen Gründen bedeutsame Wort sollte bei den verantwortlichen Stellen aber nicht nur für Milch, Roggenbrot und Fisch gelten, sondern auch für den heimischen Honig! So sehr die fördernde Arbeit der Reichsregierung im Reichsmilch- auschuß zu begrüßen ist, ebenso berechtigt und dringlich ist die finanzielle, geistige und moralische Unterstützung unserer Honigwerbearbeit durch Reich und Staat. In vorbildlicher Weise hat sich z. B. der Reichsernährungsminister Dr. Haslinde in den Dienst der Werbung für die deutsche Milch gestellt. Am 10. 4. 26 wurde unter Führung der Reichsregierung der Reichsausschuß zur Förderung des Milchverbrauches gegründet. In einem Rundschreiben vom 30. 4. 26 regt Dr. Haslinde zur Mitarbeit an: „Unter Bezugnahme auf die seitens der Länderregierungen bereits erklärte Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an dem obenbezeichneten Ziele bitte ich, dafür besorgt zu sein, daß überall geeignete Maßnahmen zur Hebung des Verbrauchs an Milch und deutschen Milcherzeugnissen ergriffen werden.“ In der Anlage stellt er an erster Stelle

neben anderen Arbeiten seine „anlässlich der Gründungsversammlung des Reichs-Milch-Ausschusses gehaltene Rede „die Milch ein wichtiger Einfuhrungsfaktor“ zur Verfügung.“

Angesichts dieses Eintretens der Reichsregierung für andere wichtige deutsche Nahrungsmittel, ist zu hoffen, daß es uns gelingen wird, auch die Reichs- und Länderregierungen zu bewegen, sich an der Werbung für den deutschen Honig mehr als bisher zu beteiligen. Die bisher gewährte finanzielle Hilfe des Reiches zu Werbezwecken ist dankbar zu begrüßen; umso bedauerlicher ist es, daß das für die Gesolei vom Reichsgesundheitsamt herausgegebene Nahrungsbüchlein den Honig nicht nennt. Neben der geldlichen muß auch vor allem die moralische Unterstützung treten.

Die Hauptaufgabe der Staatshilfe auf diesem Gebiete ist es aber, dem echten deutschen Bienenhonig einen

ausreichenden Schutz gegen Honigfälschungen und Ersatzwaren

zu gewähren. Bei den heutigen im Verhältnis zur Vorkriegszeit hohen Zuckerpreisen und den niedrigen Preisen für Auslandhonig ist zwar zurzeit der Honigersatz in seiner Bedeutung zugunsten der Honigmischungen stark zurückgegangen. Die Frage bedarf aber trotzdem einer gerechten Lösung; der Honigersatz mag auch in Zukunft wieder für weite wenig kaufkräftige Kreise der Bevölkerung notwendig werden. Wir bekämpfen ihn darum nicht, sondern wenden uns nur gegen seine Gleichstellung mit echtem Bienenhonig; denn dadurch wird die Käuferschaft getäuscht und das Wertgefühl für unsern Honig erheblich gemindert. Auch hier ist der Kampf alt. Schon am 13. 2. 1899 wandte sich der Abg. Schmitz-Düsseldorf (Zentr.) im Preussischen Landtage gegen die Honigfälschungen, besonders seitens der in der Lüneburger Heide gegründeten Kunsthonigfabriken. „Solche Fabrikate machen dem deutschen Namen keine Ehre. Wir haben allen Grund, solche Fälschungen mit Nachdruck zu bekämpfen. Unser kaufmännisches Erwerbsleben erfreut sich in Deutschland wie außerhalb Deutschlands des besten Rufes. Dieser Ruf darf nicht gefährdet werden.“ Am 15. April 1902 verlangte eine Petition des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen in Bonn die gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Kunsthonig. In dieser Petition wird die Einführung gesetzlicher Bestimmungen gegen Verfälschung von Honig zum Schutze der deutschen Bienenzucht gefordert. Als Honig soll nur das Produkt der Bienen bezeichnet werden dürfen. Da die chemische Unterscheidung von Honig und Kunsthonig sehr schwer sei, „erscheint der Zusatz eines bekannten Farbmittels zu allen Honigsurrogaten notwendig. Als brauchbare und unschädliche Farbmittel werden Phenolphthalein und Methylorange genannt. Die verhängten Strafen müssen in jedem Fall im Verhältnis zum unrechtmäßigen Gewinn bestehen.“ Im Ausschuss wurde festgestellt, daß das Nahrungsmittelgesetz vom 19. Mai 1879 unzulänglich sei. Honig, der einen bedeutenden Nährwert habe, und auch als Heilmittel in Betracht komme, müsse mindestens ebenso hoch bewertet werden wie Butter. Das ist aber

unmöglich, solange Surrogate bis zu 32 Pfg. herab als Honig verkauft werden können. Ein Prozeß beim Amtsgericht in Hamburg 1898 hat ergeben, daß von einem einzelnen Kaufmann in einem Jahre 6000 Zentner falscher Honig abgesetzt worden sei. Die Regierungsvertreter verhielten sich ablehnend, da der Verkehr mit Honig nicht dem mit Butter gleichgestellt werden könne. Im ganzen seien 1896 56 000 Zentner Kunsthonig erzeugt worden. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich aber auf den Standpunkt der Eingabe und überwies diese der Staatsregierung zur Berücksichtigung. In den Akten findet sich dann folgende Stellungnahme des Ministeriums: „Die bestehenden Gesetze erscheinen bei strenger Auslegung als ausreichend zur Beseitigung der gerügten Mißstände.“

Der schon mehrfach erwähnte freiherrl. Abg. Varrenhorst verlangte dann im Jahre 1910 die Schaffung eines Honigschutzgesetzes und für den Honig eine ähnliche Regelung wie bei Butter und Margarine. Allerdings hegte der Abg. Kesternich (Zentr.) auf Grund des damaligen Standes der Honigwissenschaft Zweifel an der Wirksamkeit eines solchen Honigschutzgesetzes. Ist die chemische Wissenschaft aber nicht in der Lage, die Reinheit des Bienenhonigs durch eine Reaktion feststellen zu können, so würde nach meiner Meinung ein Honigschutzgesetz keinerlei praktische Bedeutung haben. Auch mit einer Bestimmung, daß nur naturreiner Honig unter der Bezeichnung „Honig“ feilgeboten werden darf, wie das im Nahrungsmittelgesetz ähnlich Butter und Margarine geregelt ist, würde man m. E. nicht weiterkommen. Die Chemie ist in der Lage, Beimischungen von Margarine zur Naturbutter sicher nachweisen zu können; sie kann die Beimischung des Zuckers zum Honig aber leider nicht feststellen. Mit dem Kennzeichnungsmittel allein läßt sich aber seine Naturreinheit und keine Fälschung nachweisen.“

Der Antrag Varrenhorst wurde angenommen. Die Entschließung der Staatsregierung dazu lautete: „Den Anregungen wird, soweit angängig, Rechnung getragen werden.“

Bei diesem „soweit angängig“ ist es auch nach dem Kriege geblieben. Der Preussische Landtag nahm 1925 folgenden von mir gestellten Antrag an:

„Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, ein Honigschutzgesetz zu schaffen, das den vom Auslande bezogenen Honig deutlich als „Auslandhonig“ nennt und allen Erzeugnissen die Bezeichnung „Honig“ allein oder in Verbindung mit anderen Honigen versagt.“

Der bisher erwähnte, uns unzulänglich erscheinende Schutz unseres köstlichen Erzeugnisses liegt außer im Strafgesetzbuch in dem Lebensmittelgesetz vom 14. 5. 1879 und seinen späteren Ergänzungen und den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen. Es sei der § 10 angeführt:

„Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500,— M oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- und Genußmittel nachmacht oder verfälscht;
2. wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben, nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.“

Darüber hinaus genosß der Honig keinen besonderen Schutz, wie z. B. der Wein durch das Weingesetz vom 7. 4. 09 und Butter, Käse und Schmalz durch das Gesetz von 1897 erfuhren. Das Gesetz von 1897 hat dem Honig schon seit drei Jahrzehnten nicht mehr den genügenden Schutz geben können. Auch die Rechtsprechung befriedigte nicht restlos, wenn auch hier anerkannt werden muß, daß wir über die Zeit hinaus sind, wo die Berichte sich noch stützten auf einseitig zu ungunsten der Bienenzucht abgegebene Gutachten, wie es das Hamburger Landgericht 1898 tat. In diesem Gutachten heißt es u. a.: „daß eine aus Invertzucker Honig erzeugende Fabrik das leiste, wie die Bienen, welche den aus Honig angesammelten Blütenzucker im Magen invertieren; daß der Kunsthonig dem Bienenhonig an Haltbarkeit überlegen sei, an Nahrhaftigkeit gleichkomme und daß sein Aroma oft besser sei als dasjenige des oft strengen Naturhonigs.“ Auch die Gleichsetzung des Zuckerrübenhonigs — der bei den jetzigen Zuckerpreisen allerdings wohl kaum hergestellt wird — mit dem echten, aus natürlichen Nektarquellen stammenden Bienenhonig wird wohl der Vergangenheit angehören, wenn auch noch 1908 das Reichsgericht vom 30. 3. 1908 folgenden Satz in der Begründung faßte: „Jedenfalls begriff der gemeine Sprachgebrauch in „Honig“ ohne jede Rücksicht auf die Herkunft den süßen Saft, welchen die Biene als Ergebnis einer eigenartig innerhalb ihres Körpers vor sich gehenden Verarbeitung ausscheidet.“

Nun hat 1922 der Reichsgesundheitsrat durch seinen Unterausschuß für Nahrungsmittelchemie im Benehmen mit Behörden, Imker- und Honighandelsverbänden einen „Entwurf über Festsetzungen des Honigs“ herausgegeben, der zunächst unter Aufrechterhaltung der Bestimmungen des alten Lebensmittelgesetzes den Sachverständigen und Gerichten als Richtschnur dienen sollte, um dann nach Erprobung des neuen Lebensmittelgesetzes endgültig auf dem gesetzlichen oder Verordnungswege festgelegt zu werden. Das ist immerhin schon ein großer Fortschritt; ist doch damit anerkannt, daß der Honig, ähnlich wie Butter, Schmalz und Käse einer besonderen Regelung bedarf. Das Bestehen des Entwurfs über Festsetzungen über Honig legt auch Zeugnis für den Fortschritt der Wissenschaft auf diesem Gebiete ab. Honig, Honigfälschungen und Ersatzfabrikate sind wissenschaftlich in weitgehendem Maße zu unterscheiden. Die Frage der wissenschaftlich einwandfreien Feststellung hat selbstverständlich große Bedeutung. Es war darum für den Fortschritt in der Frage des Honigschutzes eine Tat, daß die „Wanderversammlung der

Bienenwirte deutscher Zunge“ am 3. 8. 1926 in Ulm als Hauptgegenstand der Tagung die Frage behandelte: „Der Honig in seinem Werden und Sein.“ Es sprachen dazu:

1. Prof. Dr. Zander-Erlangen: „Der Honig von der Blüte bis zur Zelle.“
2. Privatdozent Dr. Koch-Münster: „Die Grundlagen der chemisch-biologischen Prüfung des Honig.“
3. Prof. Dr. Langer-Prag: „Die Eiweißkörper des Bienenhonigs und ihre Verwertung zu seiner Beurteilung.“
4. Dr. Elser-Liebefeld-Bern: „Die neueren Methoden der Honiganalyse.“
5. Prof. Dr. Armbruster-Berlin-Dahlem: „Ueber Herkunftsbestimmung des Honigs.“

Hier findet auch der „Forschungsausschuß“ des deutschen Imkerbundes ein reiches Arbeitsfeld.

Die grundsätzlichen Forderungen für den Honig wurden in einer vom Bundesleiter des deutschen Imkerbundes, Rektor Breiholz einberufenen Versammlung im Landwirtschaftsministerium vom 13. 12. 24 unter besonderer Mitwirkung von Prof. Dr. Baier aufgestellt. Sie gelten noch heute und lauten:

1. Verbot, Honig mit Kunsthonig, bezw. umgekehrt zu mischen;
2. Verbot, Bestandteile wie Pollenkörner, Fermente oder dergleichen dem Kunsthonig zuzusetzen;
3. überhaupt Verbot jeden Versuchs, den Kunsthonig dem Naturhonig ähnlich zu machen;
4. für die Aromatisierung des Kunsthonigs sind nur bestimmte Stoffe zuzulassen;
5. Verbot des Verkaufs und Feilhaltung oder sonstigen Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die aus Honig und Kunsthonig bestehen;
6. Verbot, Honig und Kunsthonig gleichzeitig in ein- und demselben Geschäftsbetrieb zu gewinnen, zu behandeln und aufzubewahren;
7. Verbot des Verkaufs von Honig im Hausierhandel;
8. Vorschrift der Anmeldepflicht für die Herstellung und den Handel mit Kunsthonig;
9. Vorschrift zur deutlichen Kennzeichnung der Gefäße und Umhüllungen von Kunsthonig;
10. Verbot des Worts „Kunsthonig“ und Einführung einer Phantasiebezeichnung z. B. „Streichzucker“.

Nun liegt dem Reichsrat ein Entwurf zu dem neuen Lebensmittelgesetz vor. Es gilt also jetzt, in diesem Gesetz und durch dieses Gesetz unsere Forderungen auf ausreichenden Honigschutz

durchzusetzen. Ich habe darum am 23. 10. folgende Anfrage an die Preussische Staatsregierung gerichtet:

„Der Landtag hat 1925 folgenden Antrag angenommen:

das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, ein Honigschutzgesetz zu schaffen, das den vom Auslande bezogenen Honig deutlich als „Auslandhonig“ nennt und allen Erbsaßfabrikanten die Bezeichnung „Honig“ allein oder in Verbindung mit anderen Namen untersagt.“

Ist die Staatsregierung bereit, anlässlich der Beratung des Lebensmittelgesetzes im Reichsrate im Sinne dieses Antrages auf die Reichsregierung einzuwirken und die preussischen Vertreter im Reichsrate anzuweisen

1. im Rahmen des kommenden Lebensmittelgesetzes für verbesserten Schutz des deutschen Bienenhonigs zu sorgen,
2. darüber hinaus gleichzeitig ein Honigschutzgesetz zu schaffen,
3. den Entwurf über Festsetzung über Honig von 1922 in Zusammenarbeit mit dem deutschen Imkerbund nachzuprüfen.

Nach dem Text des Regierungsentwurfs scheint die Regierung gewillt zu sein, den Anfang mit einem wirksameren Schutz auch für Honig zu machen. Die Möglichkeit für einen solchen Schutz bietet u. a. § 5 Ziffer 4, der der Regierung folgende Ermächtigung gibt: „Begriffsbestimmungen für die einzelnen Lebensmittel aufstellen und Grundsätze darüber festlegen, unter welchen Voraussetzungen Lebensmittel als verdorben, nachgeahmt, verfälscht oder irreführend bezeichnet unter die Verbote des § 4 fallen.“ Dieser § 4 lautet:

Es ist verboten:

1. zum Zwecke der Täuschung von Handel und Verkehr Lebensmittel nachzumachen oder zu verfälschen;
2. verdorbene, nachgemachte oder verfälschte Lebensmittel ohne ausreichende Kenntlichmachung anzubieten, feilzuhalten, zu verkaufen oder sonst in den Verkehr zu bringen; auch bei Kenntlichmachung gilt das Verbot, soweit sich dies aus den auf Grund des § 5, Nr. 4 getroffenen Festsetzungen ergibt;
3. Lebensmittel unter irreführender Bezeichnung und Angabe oder Aufmachung anzubieten, zum Verkauf vorrätig zu halten, feilzuhalten, zu verkaufen oder sonst in Verkehr zu bringen.“

In der Begründung heißt es: „Nur durch rechtsverbindliche Festsetzungen für die Beurteilung der einzelnen Gruppen von Lebensmitteln, wie sie sich in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Oesterreich, Spanien und Frankreich bewährt haben, werden sich diese Mißstände beseitigen lassen. Für einige Lebensmittel sind derartige Festsetzungen bereits durch Sondergesetze — namentlich das sogenannte Margarinegesetz und das Weingesetz — getroffen worden. Im allgemeinen aber wird zur letzten Anpassung an die veränderlichen Verhältnisse der Verordnungsweg vorzuziehen und die gesetzlichen Grundlagen dafür durch eine Erweiterung des § 5, 6 des bisherigen Gesetzes zu schaffen sein.“

Der letzte Satz mag für die Mehrzahl der für das Lebensmittelgesetz in Frage kommenden Warengattungen zutreffen; hinsichtlich des Honigs aber müssen wir verlangen, daß der erforderliche Schutz nicht durch eine Verordnung, sondern durch ein Gesetz im Sinne des Margarinegesetzes geschaffen wird. Die Begründung weist auf das Vorgehen einiger außerdeutscher Staaten hin. Tatsächlich hat man in einigen Staaten schon seit längerer Zeit einen wirksamen Honigschutz geschaffen. Es sei zunächst auf die Verordnung des Bundesrates der Schweiz vom 8. 5. 1914 hingewiesen.

Es heißt hier:

Art. 101: „Unter der Bezeichnung Honig darf nur reiner Blütenhonig in den Verkehr gebracht werden.“

Art. 102: „Ein Produkt, das durch künstliche Fütterung der Biene mit Zucker oder zuckerhaltigen Stoffen erzeugt worden ist, muß als Zuckerrückführungshonig bezeichnet werden.“

Art. 109: „Zuckerhaltige Produkte, die in Aussehen und Konsistenz dem Honig ähnlich sind, sowie Mischungen solcher Produkte mit Honig müssen als Kunsthonig bezeichnet werden. Bezeichnungen wie Tafelhonig, Schweizerhonig, Alpenhonig u. dergl. sind, sofern es sich nicht um Bienenhonig handelt, verboten.“

Art. 110: Zusatz von Konservierungsmitteln, künstlichen Aroma-Stoffen, künstlichen Süß-Stoffen, fremden Färbstoffen, Stärkemehl oder Mineralsubstanzen zu Kunsthonig ist verboten.

Art. 113: Die Gefäße, in denen Kunsthonig oder Mischungen mit Honig in den Verkehr gebracht werden, müssen an leicht sichtbaren Stellen in mindestens 2 cm. hohen dunklen Buchstaben auf hellem Grunde die deutliche unverwischbare Aufschrift „Kunsthonig“ tragen. In Ausschreibungen, Rechnungen und Frachtbriefen, die sich auf Kunsthonig oder auf Mischungen mit Kunsthonig mit Honig beziehen, muß die Bezeichnung „Kunsthonig“ angewendet werden.

Art. 114: In Lokalen, wo Kunsthonig feilgehalten oder verkauft wird, muß an leicht sichtbarer Stelle die deutliche, nicht verwischbare Aufschrift „Verkauf von Kunsthonig“ in mindestens

5 cm. hohen dunklen Buchstaben auf hellem Grunde angebracht werden.

Art. 114: Wer Kunsthonig gewerbsmäßig herstellen will, hat davon der Kantonalgesundheitsbehörde Anzeige zu machen und sämtliche für diesen Betrieb bestimmte Räume anzugeben.

Auch Frankreich hat seit dem 15. 7. 1921 ein Gesetz über die Anwendung der Bezeichnung „Honig“ und die Bedingungen für den Verkauf dieses Erzeugnisses, das eine wesentliche Verbesserung des Art. 6 der Verordnung vom 19. 12. 1910 ist. Die hervorragenden Bestimmungen lauten:

„Art. 1: Vom Tage der Bekanntmachung dieses Gesetzes an darf die Bezeichnung „Honig“ in Frankreich nur angewendet werden, um das Naturerzeugnis der Bienen zu bezeichnen. Die Bezeichnung „Kunsthonig“ oder andere ähnliche Benennungen sind verboten. (L'expression „miel de fantaisie“ ou toute autre appellation similaire, est interdite).

Art. 2. Der Verkäufer jedes Erzeugnisses, das sich nicht als Honig erweist, und das unter der Benennung Kunsthonig oder einer ähnlichen verkauft wird, werden nach dem Gesetz über Nahrungsmittelverfälschungen verfolgt und unterliegen den in diesem Gesetz vorgesehenen Strafen.“

In dem dieses Gesetz erläuternden Erlaß des Landwirtschaftsministeriums vom 25. 7. 21 heißt es u. a.: „fernerhin dürfen sogar die Phantasienamen, die in Zukunft gewählt werden, und die vorerwähnten Mischungen bezeichnen, in keinem Falle an das Wort Honig erinnern. So darf beispielsweise der Ausdruck „honigartig“ nicht zu diesem Zwecke benutzt werden.“

Der gesetzliche Schutz des Honigs ist technisch also durchaus möglich; ihn zu erreichen, ist eine der nächsten Aufgaben des deutschen Imverbundes, ihn bald zu schaffen, Pflicht des Reiches gegenüber der gefährdeten Bienenzucht.

Begleitet muß diese Staatshilfe von der Selbsthilfe werden. Diese Aufgabe will das Einheitswerk des deutschen Imverbundes lösen, indem es eine einheitliche Verpackungsart im Kleinhandel, ein geschütztes Warenzeichen, einheitliche Werbemittel und eine Bürgschaft des Vereins für echten Bienenhonig im Einheitsglas geschaffen hat.



Das Warenzeichen des deutschen Imkerbundes ist durch die kraftvolle und doch ruhige Linienführung zum würdigen Wahrzeichen des großen deutschen Imkerbundes geworden. Der Geheimrat Brückner-Zehlendorf vom Reichspatentamt schreibt: „Es wird Aufgabe des deutschen Imkerbundes sein, den unter dem Schutze des neuen Warenzeichens stattfindenden Vertriebe deutscher Imkereierzeugnisse durch Vorschriften und Bedingungen derart zu regeln, daß sein Warenzeichen überall und allzeit eine Bürgschaft gewährt für Echtheit, Reinheit und deutscher Herkunft, der mit dem Zeichen ausgestatteten Produkte. Aufgabe der dem deutschen Imkerbund angeschlossenen Imker daneben muß es sein, diese Vorschriften getreu und ehrlich zu erfüllen. Wenn die Erkenntnis erst im Volke durchgedrungen sein wird, daß der deutsche Imkerbund nur das Beste darbietet, wenn der deutsche Bürger dem deutschen Imker Vertrauen entgegenbringt, dann sollte doch wohl der wirtschaftliche Erfolg des neuen Warenzeichens nicht ausbleiben.“

Aber nicht nur gegen Inlandsersatz und Inlandsfälschungen hat sich die deutsche Bienenzucht zu wehren, sondern auch gegen den sehr fühlbaren

Wettbewerb des ausländischen Honigs.

Der Ausgang dieses Kampfes wird von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung, den Wiederaufbau und die Vermehrung der deutschen Bienenzucht sein. Alle Anstrengungen der Selbsthilfe, sowie alle pfléglichen Zuwendungen und Maßnahmen der Staatshilfe werden vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, die ausländische Konkurrenz auf ein erträgliches Maß zu bringen. Darum muß der Preisdrückerei und der Minderung des Wertgefühls für deutschen Honig durch den ausländischen Honig der schärfste Kampf angesagt werden. Wir wenden uns dabei nicht gegen den Auslandshonig an sich, soweit er in nahrungsmittelchemischer und gesundheitlicher Beziehung einwandfrei ist, da die heimische Erzeugung den Inlandsbedarf zurzeit noch nicht voll deckt, und außerdem der Verbrauch im Inlande, der auf dem Kopf der Bevölkerung rund $\frac{1}{2}$ Pfund beträgt, noch sehr steigerungsfähig ist. Wir wenden uns auch nicht gegen den

Auslandshonighandel, sofern er den Auslandshonig als solchen bezeichnet, und nicht versucht, dem Käufer vorzutäuschen, daß er mit deutschem Honig versorgt werde. Auf diesem Gebiete wird allerdings arg gesündigt. Verschiedene Honighändler weisen in der Werbung auf ihre großen Imkereien hin, sodaß der Käufer glauben muß, deutschen Honig zu beziehen; in Wirklichkeit stammt aber nur ein geringer Bruchteil aus der eigenen Imkerei. Ja, einige Honighändler verschmähen es sogar nicht, den deutschen Honig in den Augen der Käufer herabzusetzen. Pfarrer A. Ludwig-Jena hat das Verdienst in dem Aufsatz „Die Oberneuländer vereinigen sich“ auf diese Machenschaften zusammenfassend hingewiesen zu haben. Er schreibt u. a.:

„Es ist schon nicht ganz vornehm, daß sie ihre Vereinigung als eine solche „deutscher Imker und Honighändler“ bezeichnen. Ein Bericht wird dagegen vielleicht nichts tun können, denn ein Teil der Imker ist in der Tat so ganz nebenbei Imker, wenn auch diese Tätigkeit mit ihrem Honiggeschäft nichts zu tun hat, höchstens soviel, daß sie als Aushängeschild zur Irreführung des Publikums dient. Ob sie die Absicht der Irreführung haben, will ich garnicht behaupten, denn ich kann es nicht beweisen. Aber wenn ein harmloser Mensch in den Anzeigen las, daß Lehrer im Ruhestand Fischer und Rektor Feindt Honig anboten, dann stellten sie sich alte, ehrwürdige Schulmänner vor mit Sammetkäppchen auf dem ergrauten Haupte, die von ihrem eigenen Bienenstande den mühsam geernteten Honig erkaufen wollten, nicht aber gewiegte Honigimporteure, die Tausende für Anzeigen ausgeben können, weil sie viele andere Tausende verdienen. Und wenn der andere Oberneuländer Scheibe, der Inhaber der „Imkerei Bienenhof“, Honig neuer Ernte anbietet, „das Allerfeinste, was die lieben Bienen erzeugen können“, und der „Imker“ Preut in Thüle „aus ganz neuer Ernte“ ankündigt, und der „Großbienenzüchter“ Krieger aus Rietberg sogar „Klee- und Lindenblütenhonig“ empfiehlt, und wenn Schröder schreibt: „Imkereien in Soltau, Lüneburger Heide“, dann kommt kein einziger Mensch darauf, daß die Herren Honigimporteure sind oder sein wollen, und daß sie weit davon entfernt sind, ihre ausländische Edelware etwa „unter dem Deckmantel des deutschen Honigs zu versenden“. Ein anderer fängt seine Anzeige so an: „Echter, guter Honig in diesem Jahre sehr knapp, daher sofort bestellen!“ Da meint er doch nicht den Auslandshonig! Und wenn ein Handelsvertreter in Gotha einen Abdruck aus dem „Ratgeber für Küche und Haus“ vertreibt, in dem Neuseelandhonig empfohlen wird und in dem folgender Satz steht: „Deutschland ist leider infolge seines kälteren Klimas kein an Honig besonders gesegnetes Land, und wenn kalte und nasse Tage die kurzen Blütezeiten der hauptsächlich für unseren Honig in Betracht kommenden Blüten stören, so sieht sich der Imker veranlaßt, Zucker zu füttern. Dieser mit Zucker versetzte weist wie jeder überhitzte Honig nach einiger Zeit größere Zuckerkrystalle auf und kandiert; da sich letztere nur schwer lösen, ist der Wert dieses Honigs sehr beeinträchtigt . . .“, so ist das einmal Blödsinn, denn überhitzter Honig verliert die Fähigkeit, zu kandieren, die echter Honig besitzt,

und zum andern ist es eine glatte Unverschämtheit und eine Ehrabschneiderei sondergleichen, behaupten zu wollen, daß der ehrliche deutsche Imker Zucker füttert, um ihn nachher als Honig zu verkaufen.“

Dieser Irreführung der heimischen Verbraucher, die durch die Minderung der Wertschätzung des deutschen Honigs zu einer Schmälerung der Interessen der deutschen Bienenzucht führt, gilt der Kampf. Der Bundesleiter des deutschen Imkerbundes, Rektor Breiholz, sagt mit vollem Rechte: „Wer ist der Feind? — Nicht der Auslandhonig, auch nicht der deutsche Kaufmann, der selbst im scharfen Daseinskampf auf blanken Ehrenschild gehalten hat, und der mit berechtigtem Stolz darauf bedacht ist, seine Kaufmannsehre zu wahren. Dem Auslandhonig und dem ehrlichen Kaufmann gegenüber gilt: Raum für alle hat die Erde und freie Bahn dem Tüchtigen! Unser Kampf gilt lediglich der verschlagenen und niederträchtigen Irreführung der deutschen Bevölkerung, der durch Anpreisungen aller Art (Zeitungsanzeigen, Werbeschriften, Schildaufschriften, Anschlag, Aushang) eine Ware als (deutscher) Honig vorgetäuscht wird, die alles andere, nur nicht deutscher Honig ist.“

Ueber die Beschaffenheit, Gewinnung und Verarbeitung des ausländischen Honigs gibt Professor Dr. Baier in seinem Buche „Wissenswertes über Honig“ u. a. folgendes an:

„Kuba: In den westlichen Provinzen wird der Honig durch Ausschleudern der Waben, in den östlichen Provinzen dagegen durch Zerstampfen der Waben gewonnen. Der Honig wird meistens in seinem ursprünglichem Zustande ausgeführt, ohne vorher gereinigt zu werden.

Chile: Der Honig wird hauptsächlich durch Ausschleudern mittels Schleudermaschinen gewonnen. Außerdem erfolgt die Gewinnung durch Erwärmen, und zwar teils durch Sonnenhitze, teils (bei anhaltend schlechtem Wetter) durch heißes Wasser. Eine Reinigung des Honigs findet nicht statt. Man unterscheidet kristallisierten (festen) und flüssigen (durch Erhitzen gewonnenen) sowie weißen (miel blanca), gelben (miel rubia) und dunklen (miel oscura) Honig. Der kristallisierte Honig wird höher bewertet als der flüssige und je heller der Honig ist, um so mehr wird er geschätzt. Der Honigkonsum ist in Chile selbst sehr gering, fast die ganze Produktion wird exportiert.

Mexico: Hier wird aber weder sog. Schleuderhonig durch Ausschleudern der Waben hergestellt, noch Honig durch Erwärmen der Waben und Abseihen des flüssigen Honigs gewonnen. Die Waben werden vielmehr in eigens dazu vorbereiteten Säcken aus leichtem Wollstoff (Manta) ausgepreßt. Der für die Ausfuhr bestimmte Honig wird nach der Gewinnung noch einmal durch leichte Manta durchfiltriert.

Vereinigte Staaten von Nordamerika: Die Bienentechnik und Honiggewinnung zählt nach den Angaben von E. Bödicker und L. Armbruster (Archiv für Bienenkunde 1922, 141) zu den hochentwickeltesten, die es gibt. Einen sehr günstigen Einfluß auf die

Honiggewinnung und den Honighandel üben die Honiggenossenschaften aus, die sich fast in allen Staaten gebildet haben. Staatliche Inspektoren haben auf Bienenpflege und vorteilhafteste Honigerzeugung und -verkauf zu achten. Die großen Honiggeschäfte lassen sich meist von den Inspektoren ein Zeugnis über die Reinheit der zu kaufenden Honige ausstellen."

Wir müssen uns aber auch gegen die Preisdrückerei durch den ausländischen Honig wenden. 1925 wurden 44 835 dz. eingeführt und in der ersten Hälfte des Jahres 1926 stieg diese Einfuhr noch um 600 000 dz. Der Auslandshonig kommt bedeutend billiger auf den Markt als der Inlandshonig. So kostete z. B. 1925 Honig aus Jamaika je Zentner 51—61 Mark. Der Auslandshonig kann aus folgenden Gründen billiger sein:

- 1.) In den Hauptursprungsländern (Chile, Kuba, Guatemala, Haiti u. a. amerikanischen Staaten) ist die Lebenshaltung der Imker viel billiger als bei uns;
- 2.) auch die sozialen, kulturellen und steuerlichen Lasten sind dort niedriger;
- 3.) dazu kommen reichere Dauertrachten und
- 4.) die sehr billigen Weltschiffsfrachten.

So berichtete der Honighändler Nageler in Berlin auf der bienenwirtschaftlichen Sitzung im Landwirtschaftsministerium am 13. 12. 1924, daß die Fracht für je einen Zentner Auslandshonig etwa 3,— Mk. betrage. Nach dem Index des *Economist* sind die Weltschiffsfrachtsätze in der letzten Zeit bedeutend gesunken. Gegenüber einem Stande von 100 im Jahre 1913 betrugen sie 1924 113,4, 1925 102,04 und im April 1926 nur noch 88,0. Die Schiffsfrachten für Empfang Deutschlands von außereuropäischen Häfen betrugen nach der amtlichen Feststellung gegenüber 100 im Jahre 1913, im Jahre 1924 111, 1925 104,1 und im Mai 1926 nur noch 82,9. Dagegen sind die Eisenbahnfrachten immer noch weit höher als in der Vorkriegszeit, ganz besonders für nähere Entfernungen. Es besteht z. B. folgendes Verhältnis der Frachtsätze vom ersten Halbjahr 1925 zu den Sätzen vom Jahre 1913. (1913 = 100):

Stückgut bis zu 100 Kilometer	150,3
Stückgut über 1000 Kilometer	112,2
Durchschnittssatz für alle Entfernungen	150,6
Wagenladungsklasse A—F bis zu 100 Kilometer	173,3
Wagenladungsklasse A—F über 100 Kilometer	91,3
Durchschnittssatz für alle Entfernungen	163,1
Ausnahmetarif bis zu 100 Kilometer	139,6
Ausnahmetarif über 1000 Kilometer	93,9
Durchschnittssatz für alle Entfernungen	136,6
Gesamtindex aller Tarifklassen bis zu 100 Kilometer	153,0
Gesamtindex aller Tarifklassen über 1000 Kilometer	93,5
Durchschnittssatz für alle Entfernungen	147,5

Welche Maßnahmen sind nun nötig, um unseren Honig und damit die deutsche Bienenzucht gegen die schädlichen preisdrückenden Wirkungen des Auslandshonigs zu schützen? Ich verweise hier wieder auf die Sitzung im Landwirtschaftsministerium im Dezember 1924, in der folgende Forderungen aufgestellt wurden:

1. Kennzeichnung des Ursprungslandes bei der Einfuhr, auch schon aus Gründen des Seuchenschutzes,
2. Bakteriologischer Kontrollzwang bei der Einfuhr zu solchen Verhinderungen auf Kosten des Auslandshonigs.
Die Bescheinigung hätte auf „seuchensfrei“ zu lauten, um findigen Honighändlern die Möglichkeit zu geben, ihre Ware nun nach der amtlichen Untersuchung als „prima-prima“ zu bezeichnen.
3. Verbot des Verschnitts mit Inlandshonig, da gerade mit dem verschnittenen Honig die größten Täuschungen vorgenommen werden.
4. Deklaration des Auslandshonigs und falls dieser nicht verboten wird, des Verschnittshonigs im Inlandsverkehr.

In der schon erwähnten Verordnung des Bundesrats der Schweiz vom 8. 5. 1914 heißt es in Art. 103:

„Die Gefäße, in welchen ausländischer Honig feilgehalten oder verkauft wird, müssen an leicht sichtbarer Stelle in mindestens 2 Zentimeter hohen Druckbuchstaben auf hellem Grunde die deutliche, nicht verwischbare Inschrift „ausländischer Honig“ oder die Angabe des Ursprungslandes tragen. In Auszeichnungen und Rechnungen, die sich auf ausländischen Honig beziehen, muß das Ursprungsland, oder, wo dies nicht möglich ist, mindestens die ausländische Herkunft angegeben werden. Mischungen von ausländischem Honig mit Schweizer Honig sind als ausländischer Honig zu behandeln.“

Die Forderungen unter 1—4 müßten in dem zu schaffenden Honiggesetz verarbeitet werden.

5. Das wirksamste Mittel zum Schutze der heimischen Erzeugung gegenüber der preisdrückenden Wirkung ausländischen Wettbewerbs ist ein genügend hoher Zoll. Nach langem Kampf ist dem Honig ein Zollschutz von 40 M je Doppelzentner gewährt worden.

Ueber die Bedeutung des Zollschutzes schreibt Kunzsch in seinen „Imkerfragen“ u. a.: „Würde z. B. der Imker noch so praktisch und eigennützig auf seinem Stande arbeiten, den Zollschutz aber eines Tages entbehren müssen, so wäre ein erfolgreiches Imkern in Deutschland sofort ausgeschlossen. . . . Den Zollparagraphen 140, der unsern Honig mit 40.— M je 100 Kilo schützt, können wir als unsern Schutzpatron ansehen. Wir sind den Männern Dank schuldig, die ihn geschaffen haben und müssen ihren Scharfsinn für Volkswirtschaft anerkennen“ und dann ruft er mahnend aus:

Ueber den Zollschutz Wacht halten!

Ist doch der Zollschutz abhängig von der Parteizusammensetzung des Reichstages. Darum gilt es, sich stets schützend vor den Zoll zu stellen! ja

angesichts der heutigen niedrigen Preise für Auslandshonig und der großen Herstellungskosten des Inlandshonigs wäre es zur Herstellung einer gesicherten Ertragswirtschaft in der Bienenzucht erforderlich, daß der Zollsatz von 40 *M* auf 70 *M* erhöht würde; nur durch diese Sätze werden wir auf die Dauer den Inlandshonig auf der notwendigen Preishöhe halten. Diese Forderung wurde im Landtage schon 1910 vertreten. Gewiß beträgt schon der heutige Zoll einen großen Hundertsatz von den Werten des eingeführten Honigs. Aber auch der Zucker trägt einen verhältnismäßig hohen Zoll; die Belastung durch ihn ist in der Nachkriegszeit je Kopf der Bevölkerung von 0,01 im Jahre 1913 auf 0,08 im Jahre 1925 gestiegen; die Steuern und Zolleinnahmen vom Zucker sind in der gleichen Zeit von 2,65 auf 4,34 je Kopf der Bevölkerung gestiegen. Die Gesamtbelastung des Honigs beträgt aber bei einem Zoll von 40 *M* nur 0,02 *M*.

Ueberhaupt liegt es im Wesen des Schutzzolles, daß er nicht im Blick auf den Preis der Ware, sondern nur nach der Notwendigkeit und der Möglichkeit die betr. Inlandsware zu schützen, gewährt und festgesetzt werden kann. Bei einem Zoll von 35 *M* je Zentner würde der Auslandshonig folgenden Großhandelspreis haben:

55 <i>M</i> Warenpreis
3 „ Fracht
35 „ Zoll
zusammen 93 <i>M</i>

Dieser Preis liegt also auch noch immer unter dem, den die deutsche Bienenzucht für ihre Erhaltung und ihren Ausbau nötig hat, sodaß man die Forderung von 70 *M* Zoll je Doppelzentner trotz der verhältnismäßigen Höhe als bescheiden bezeichnen kann. Die Reichseinnahmen würden an Honigzoll von 1 760 000 *M* auf 3 Millionen steigen. Aus dem erhöhten Zolleinkommen könnte eine Summe von 1 Million Mark für die Zwecke der Förderung der Bienenzucht ohne Schmälerung der bisherigen Reichseinnahmen entnommen werden, sodaß der deutschen Bienenzucht durch diese Maßnahmen ein doppelter Vorteil erwachsen würde: Minderung der Preisdrückerei durch den Auslandshonig, gesteigerte Staatshilfe.

Dadurch würde der Weg frei zur Entfaltung und damit zum Aufstieg der deutschen Bienenzucht, der notwendig ist, um unserer Landwirtschaft und unserer Volkswirtschaft willen. Die Mehrbelastung der Verbraucher wäre äußerst gering; selbst wenn sie die Zölle, was selten ist, ganz tragen müßten, käme auf den Kopf der Bevölkerung nur eine Mehrbelastung von jährlich rund 0,02 *M*. Die Erhaltung und Förderung der deutschen Bienenzucht ist dieses kleine Opfer aber doch wert. Die Honigleistung der deutschen Bienenzucht würde schnell und wesentlich steigen und damit stände dem deutschen Volke weit über den heutigen Verbrauch von durchschnittlich 250 Gramm je Kopf der Bevölkerung einheimischer Honig zur Verfügung, für dessen Güte und Echtheit der deutsche Imkerbund die Gewähr übernehme.

Es muß darum darauf gedrungen werden, daß spätestens bei der nächsten Beratung der Zollvorlage 1928 ein erhöhter Zollschutz geschaffen wird im Sinne meines Antrags vom Jahre 1925:

„Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, und die Vertreter Preußens im Reichsrat anzuweisen, sich im Interesse der heimischen Bienenzucht dafür einzusetzen, daß in der Zollvorlage eine gesonderte Position „Bienenhonig“ getrennt vom „Kunsthonig“ geschaffen wird, und daß für den Bienenhonig ein Zollsatz von 70 *M* je Doppelzentner eingeführt wird.“

Auch die

Abwehr anderer preisdrückender Kräfte

ist notwendig. Dazu ist in erster Linie die Zusammenarbeit mit dem *legalen Handel* und zwar dem Groß- wie auch dem Klein- und Feinkosthandel erforderlich, soweit er uns nicht von vornherein durch seine Geschäfte mit Auslandshonig oder Ersatzwaren als Gegner gegenübersteht. Bei gutem Willen auf beiden Seiten lassen sich die vorliegenden und zum Teil durchaus verständliche Hemmungen beseitigen. Der Großhandel klagt über zu kleine Mengenlieferungen seitens der Imkerschaft, für ihn ist das Auslandsgeschäft mit seinen Tonnen-, ja Waggonlieferungen weit bequemer. Er hat außerdem die Pflicht, die durch ihn entstehenden Zwischenkosten auf die bei ihm durchlaufenden Warenmengen gering zu halten; das ist natürlich beim Großgeschäft leichter. Auch sind die Tarife der deutschen Reichsbahn, wie schon oben angegeben, nicht geeignet, dem Handel den deutschen Honig genehmer zu machen. So ist der Grundsatz der Belastung der nahen Entfernung zugunsten der weiten im gegenwärtigen Eisenbahntariffsystem weit übertrieben. Auch die Steigerung der Frachten gegenüber den Vortriebsätzen ist sehr hoch; ganz besonders, wenn man an den geringen Frachtsatz von 3 *M* für den ausländischen Honig denkt.

Hier könnte durch Verzicht auf allzu große Bequemlichkeit auf der einen Seite und durch den Zusammenschluß zwecks sicherer jährlicher Lieferungen größerer Mengen auf unserer Seite schon ein besseres Zusammenarbeiten herbeigeführt werden. Der Honigverkauf ist ein Geschäft. Das sollte auch von der Imkerschaft beachtet werden. Jedes Geschäft in der freien Wirtschaft bringt ein Ringen zwischen Käufer und Verkäufer um den Preis mit sich. Zwischen der Grenze des Käufers und der des Verkäufers bildet sich an einem durch das gegenseitige Ringen bestimmten Punkte der Preis; es kommt darauf an, wer am besten ahnt, wo die Grenzen des andern sind. Bei der heutigen wirtschaftlichen und kaufmännischen Bildung des Einzelimkers wird hier wohl in der Regel der Käufer die meisten Vorteile erlangen. Daher muß es Aufgabe der Imkerschaft sein, auf diesem Gebiete stärker zu werden, sei es durch Schulung und Ertüchtigung des Einzelnen, sei es durch entsprechenden Zusammenschluß. Immer wieder wird daher auch die Frage der Genossenschaftsbildung zum Zwecke höherer Auswertung der Imkererzeugnisse erörtert werden, trotz des Zusammenbruchs einiger Imkergenossenschaften. Diese Frage wird umsomehr zeitgemäß bleiben, als ja das Genossenschaftswesen auf anderen Gebieten am Ende der jetzigen Deflationskrise einen Aufschwung nimmt. Aber hier werden nur stete Prüfung und größte Besonnen-

heit gangbare Wege finden, auf denen auch dann nur besonders kaufmännisch und genossenschaftlich befähigte Imker zu führen vermögen. Jedes vor-
eilige und unzulängliche Beginnen auf diesem Ge-
biete schadet mehr als etwaiges Verschäumnis. Kommt
aber auch auf dem Gebiete des Honigshandels eine Vertrustung, — und
diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen — so wird die Frage des
Verkaufs der heimischen Erzeugung, soweit er nicht nur örtlich bedingt ist,
auch für den deutschen Imkerbund eine dringliche Aufgabe.

Die großen Schadenbringer sind die Imker
selber. Die Mehrzahl der Kleinen und Kleinsten unter uns kann ihre ge-
ringe Menge nicht schnell genug abstoßen. Viele der mittleren Betriebs-
inhaber haben keine geregelte Betriebsbuch- und Kassensführung, sodaß sie
zur Eindeckung mit dem zur Herbstfütterung notwendigen Zucker einen
großen Teil ihrer Ernte unter allen Umständen verkaufen müssen. Da
bildet sich natürlich der Preis an einem für den Imker ungünstigen Punkt
und Tausende gehen dem Erzeuger verloren und fließen dem Händler mühe-
los zu. Alle Richtpreise, die, so notwendig sie auch augenblicklich sind, doch
nur fragwürdigen Wert haben, werden vollends bedeutungslos, wenn
das Gemeinschaftsgefühl der Imker aus Uner-
fahrenheit, Unkenntnis oder gar aus bösem Willen
versagt.

Zur Schaffung einer ausreichenden Ergiebigkeit und damit der Siche-
rung der Bienenzucht ist aber auch die

Senkung der bedeutend gestiegenen Unkosten
dringend erforderlich. Die bienenwirtschaftlichen Geräte müssen von der
bis ins kleinste der modernen Betriebsweise angepaßten Beute bis zur
Zange und Bürste verbilligt werden. Dr. Koch-Münster berechnet
für den Herbst 1925 die Durchschnittsteigerung gegenüber den Vorkriegs-
preisen auf 115 v. H. Er bringt in dem Bericht des Imkerbundes vom
Januar 1926 folgende Zusammenstellung:

Gegenstand	Preis vor dem Kriege in Mark	Preis nach dem Kriege in Mark	Teuerungs- zuschlag in %
Bieretager, 40 Rähmchen, doppelrand.	14.—	30.—	157
Breitwabenblättersock, einf. wandig	12.25	27.—	120
Honigschleuder für 3 normal Ganz- rähmchen	28.—	65.—	132
Freischwungschleuder, zweischalig .	34.—	75.—	121
Datheuseife	1.75	3.50 bis 4.—	100 bis 129
Ruttwaben	3.90	6.50	67

Diese Verbilligung liegt nicht nur im Interesse der Bienenzüchter,
sondern auch der Bienengerätefabriken. Hoffentlich wird diese Erkenntnis

bald Gemeingut aller Beteiligten. Wie kann nun diese gewünschte Verbilligung erreicht werden?

1. Durch Selbstbescheidung der Hersteller von bienenwirtschaftlichen Geräten auf einen kleineren Gewinn mit der Zielsetzung: Kleiner Gewinn im einzelnen Stück, aber größeren Umsatz und daher zuletzt auch größerer Gesamtgewinn. Eigentlich sollte schon der scharfe Wettbewerb nicht zu höheren Preisfestsetzungen, wie wir sie leider in den beiden letzten Jahren zu verzeichnen hatten, sondern zu Herabsetzungen führen. Dabei sind durchaus nicht die Schwierigkeiten zu verkennen, in denen sich auch das Herstellungsgewerbe unserer Geräte befindet. Erhöhte Löhne und verkürzte Arbeitszeit, erhöhte Sozial- und Steuerlasten stellen sich sehr oft dem guten Willen des nicht selten mit der Bienenzucht eng verbundenen Fabrikanten entgegen, sodaß die Frage der Preis-senkung für unsere Betriebsmittel in den Rahmen der Verbilligungsfrage in der Gesamtwirtschaft hineingestellt ist. Es ist zu hoffen, daß durch den räumlichen und gesellschaftlichen Zusammenschluß der unsere Herstellungsunternehmer beliefernden Erzeugerwerke z. B. in der Blechwirtschaft, die Warenpreise und damit auch die Preise unserer Bedarfsgegenstände gesenkt werden können.

2. Durch vernünftige Rationalisierung der Betriebe, durch Normung und Typisierung. Auch die Fabrikanten für Bienenzuchtgeräte sollten an den Arbeiten des Normungsausschusses der deutschen Industrie nicht vorbeigehen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie gibt in seinen Veröffentlichungen Heft 29 „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ folgende Sätze:

1. Wir verstehen unter Rationalisierung die vernunftmäßige Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel, um die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit möglichst zu steigern. Es muß das Bestreben aller an der Gütererzeugung Beteiligten sein, durch Anwendung dieser Mittel die Erzeugung zu verbessern, zu vermehren und zu verbilligen. Die Durchführung der Rationalisierung in den einzelnen Betrieben und Unternehmungen kann nur dann erfolgreich sein, wenn jeder Einzelne, der am Erzeugnisprozeß beteiligt ist, selbst stets danach strebt, ein Maximum zu finden.
2. Soweit angängig, muß, insbesondere in der Erzeugung für den inneren Markt, eine weitgehende Normalisierung und Typisierung angestrebt werden. Die erfolgreiche Verwirklichung unter Anwendung der Normalisierung und Typisierung hat zur Voraussetzung, daß der Verbrauch sich darauf einstellt, normale Typen zu verwenden. Typisierung und Normalisierung dürfen die individuelle Gestaltung der erzeugten Güter nicht ausschließen.“

Allerdings haben sie und wir hier mit einer großen, schier unüberwindlichen Schwierigkeit zu rechnen, nämlich mit der Erfindungswut der Imker. Es ist wirklich nicht notwendig, daß jeder erfindet, Patente

anmeldet und Neuerungen auf den Markt wirft, die meist untauglich, manchmal zwar wünschenswert, aber höchst selten notwendig sind. Es ist auch durchaus nicht erforderlich, daß von einem Typ nun gleich $\frac{1}{2}$ bis 1 Duzend verschiedener Arten hergestellt werden. Aber — werden sich z. B. Erfinder von kleinen Aenderungen, Fabrikanten und Imker auf eine Art des Kuntzschzwillings einigen? Die Neigung ist dazu wohl kaum vorhanden, wenn nicht die harte Notwendigkeit zu einer Vereinheitlichung und darum zur Verbilligung zwingen wird. Nach Mitteilung der Märkischen Bienenzeitung sind bei einer Firma 400 verschiedene Rähmchenmaße angefordert; das ist angesichts unserer Notlage, der technischen Vervollkommenung und des allseitigen Willens in den übrigen Zweigen, durch wenige Maße die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, ein wenig lobenswertes Zurückbleiben.

3. Durch Verzicht auf wünschenswerte, aber nicht unbedingt notwendig werdend Sachen. Auch für diesen Punkt hat die Ulmer Ausstellung lehrreiche Beispiele gegeben. Wohl soll jeder Imker in seinen Beuten und Werkzeugen auf der Höhe sein; ja, das beste ist hier gerade gut genug. Wieviel Spielerei, wieviel unnötiges Beiwerk ist aber vorhanden, sodaß das notwendige Gute verteuert und damit weiten Imkerkreisen unzugänglich gemacht wird.
4. Durch Imkerschulung zwecks Selbstherstellung und Behandlung von bienenwirtschaftlichen Geräten.

Auf Grund meiner persönlichen Erfahrung — ich bewirtschaftete einen Kuntzschstand — (Wolfenbüttler Kuntzschzwillinge) und einen Stand mit durchweg selbstgemachten Beuten — muß ich allerdings sagen, daß für die Selbstherstellung der Beuten im allgemeinen die mahnenden Worte des Altmeisters Kuntzsch gelten (a. a. O.): „Die Ersparnis bei der Selbstanfertigung der Beuten mit den Mängeln und Verlusten verglichen, beruht ebenfalls auf Täuschung. Das Leben ist jetzt anders, als zurzeit der Klostschbeute. Ich bin nicht imstande, die saubere Arbeit einer soliden Fabrik, selbst nicht für doppelten Preis herzustellen, obgleich ich eine Werkstatt, Hobelbank und die nötigen Werkzeuge besitze, und damit umzugehen weiß. Zum Bau einer sauberen Beute, einer Präzisionsarbeit gehört dagegen eine ganz andere maschinelle Einrichtung und nicht nur ein Tischler, sondern sogar ein geschickter Holztechniker und zuletzt die geeigneten trockenen Hölzer. . . . In jedem Berufe bemerkt man gegenseitiges Ausstechen. Den Sieg davon trägt stets die fortschrittliche Technik mit ihren Hilfsmitteln. Solche, die zaghaft mit alten Beuten und schlechten Hilfsmitteln, mit falscher Sparsamkeit anfangen, verträdeln nutzlos ihre schöne Zeit. Sie geizen im kleinen und verschwenden im großen.“ Aber so manche Kleinigkeiten kann sich der geübte

Imker selbst herstellen; vielfach wird auch finanzielles Unvermögen zur Selbstanfertigung einfacher Beuten zwingen. Hier und bei der Behandlung der bienenwirtschaftlichen Geräte muß die Imkerschulung einsetzen; denn die bessere Behandlung der Beuten und Werkzeuge, die jährliche Erneuerung des Anstriches, die Reinigung usw. verlängern die Lebensdauer der Hilfsmittel und senken trotz der laufenden kleinen Posten für die notwendigsten Materialien zu den Instandsetzungsarbeiten den Gesamtkostensatz.

5. Hier wird auch die Frage zu prüfen sein, ob und inwieweit genossenschaftlicher Bezug und genossenschaftliche Herstellung zur Verbilligung führen kann. Es gilt hier das Gleiche, was oben über die genossenschaftliche Frage gesagt worden ist.

Eine sehr beträchtliche Senkung der Betriebskosten und damit eine Erhöhung des Reingewinnes würde durch den

Wegfall der Verbrauchsabgabe für den an Bienen verfütterten Zucker

herbeigeführt werden. Der Zuckerpreis ist gegenüber der Vorkriegszeit sehr gestiegen. Vor dem Kriege kostete 1 Zentner Zucker einschl. der Verbrauchsabgabe von 7 *M* 18—20 *M*, heute zahlt man einschl. der Steuer von 10,50 *M* 35—42 *M*. Die Preissteigerung hat sich allerdings nicht zu gunsten der Erzeuger ausgewirkt. Das Rübengeld, das vor dem Kriege durchschnittlich 1,10 *M* für den Zentner Rüben betrug, ist für das laufende Jahr auf 1 *M* gesunken, während die Gesteungskosten selbst bei dem besten Boden um über 70 v. H. gegenüber 1914 gestiegen sind. Auch in den Rohzuckerfabriken sind die Verarbeitungskosten je Zentner Rüben von 0,35 *M* vor dem Kriege auf 0,89 *M* gestiegen. So stehen Zuckerrübenbau wie Zuckerindustrie auch vor der sehr ernstesten Frage der Wiederherstellung der Rentabilität. Beide werden also auch versuchen, einen höheren Preis für ihre Erzeugnisse zu erhalten. Die Stützung des Zuckerrübenanbaues liegt nicht nur im privatwirtschaftlichen, sondern auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, stand doch die Zuckereinfuhr vor dem Kriege mit 200 Millionen Mark jährlich an siebenter Stelle der deutschen Ausfuhrwaren. Die geforderte Erhöhung des Preises, den die Erzeuger erhalten, braucht nun in Anbetracht der ganzen Verhältnisse in der Zuckerwirtschaft keine, oder eine sehr mäßige Erhöhung des Preises, den der Verbraucher zahlen muß, hervorzurufen. Im Gegenteil, bei vernünftiger Regelung kann der Verbraucherpreis herabgesetzt werden. Und hier begegnet sich die deutsche Zuckerwirtschaft in der deutschen Bienenzucht in der Bekämpfung der Zuckersteuer, die sowohl die zuckerschaffenden Erwerbszweige, wie die zuckerverbrauchende Bienenzucht schädigt. Der allgemeine Kampf gegen die Zuckersteuer ist fast so alt wie die Zuckerindustrie selbst, hat er doch vor Jahrzehnten zur Gründung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie geführt. Bei der Durchführung der Brüsseler Konvention wurde die Zuckersteuer von 10 *M* auf 7 *M* je Zentner herabgesetzt, bis sie dann nach der Stabilisierung der Währung auf 10,50 *M* erhöht wurde. Nun hat der Reichsfinanzminister eine Senkung der Zuckersteuer angekündigt;

der Ausfall der Reichseinnahme soll durch Erhöhung der Einnahme aus dem Branntweinmonopol ausgeglichen werden.

In dem Kampf gegen die Zuckersteuer nimmt der Kampf der deutschen Bienenzucht eine besondere Stelle ein. Auch hier hat das Ringen schon vor dem Kriege eingesetzt; auch hier ist ein vorübergehender Erfolg nicht mühe-los erreicht worden. Schon 1910 verlangte der freikonservative Abg. *Varrenhorst* die Steuerfreiheit für 15 Pfund je Bienenvolk. Diesem Antrage verdankt die Imkerschaft die dann gewährte Steuerfreiheit auf Zucker zu Futterungszwecken. Leider wurde er noch nicht in der genügenden Menge und was schlimmer war, in vergälltem Zustande gegeben. Gerade über die Vergällung wurde dann im Abgeordnetenhaus lebhaft Klage geführt. Es ist wichtig, diese Ausführungen hier anzuführen, um zu verhüten, daß bei einer etwaigen Erfüllung unserer Forderung wiederum der Zucker vergällt wird. Abg. *Varrenhorst* verlangte am 22. 1. 1914 10 Kilo Zucker je Bienenvolk und zwar unvergällt, „weil, wie es ja allen bekannt ist, die Biene ein so empfindliches und feinfühliges Tier ist, daß ihr eben ein Zucker, der mit Farbe, Sand, Kleie oder mit anderen Zusatzmitteln vergällt und untermischt wird, nicht zuträglich ist, ihr vielmehr nur schädlich sein kann.“ Er teilte dann aus einem Briefe des damaligen Vorsitzenden des deutschen Imkerbundes vom 2. 2. 1913 folgende Sätze mit: „Die Vergällung des steuerfreien Zuckers hat in der Tat in weiten Kreisen der Imkerschaft höchst bedenkliche Resultate gezeigt. Ich habe mir von sämtlichen Verbänden Deutschlands Berichte eingefordert. Alle wünschen unvergällten Zucker. Viele lehnen unvergällten Zucker ganz ab. Alle Berichte von Mängeln und Nachteilen, die die Vergällung zur Folge hatten, sei es, daß durch die vollzogene Vergällung der Preis des Zuckers sich erhöhte, daß die Absicht der Regierung, die Imkerei zu unterstützen, vereitelt wurde, sei es, daß schlechte Farbstoffe und enthaltender Sand die Ware verdarb, sei es, daß infolge der Untermischung mit Sand die Büte des Zuckers einer Nachprüfung sich entzog oder gar Farbstoffe das Wachs beschmutzten und damit die Qualität und Reinheit des gewonnenen Honigs in Frage stellten, ganz abgesehen von der leider feststehenden Tatsache, daß Völker durch Einmischung nicht giftfreier Stoffe zugrunde gingen. Der konservative Redner *von Gossler* sagte: „Das Vergällungsverfahren ist umständlich und hat auch unter Umständen dazu geführt, daß die Völker, die mit vergälltem Zucker gefüttert worden sind, gesundheitlichen Schaden erlitten. Die Imker sagen nun, wie mir scheint, nicht ohne Unrecht, daß dieses ganze Verfahren unnötig ist. Nun, ich glaube auch nicht, daß ein Mißbrauch zu befürchten ist. Der Imker braucht eben eine bestimmte Menge von Zucker zur Winterfütterung; und selbst, wenn man annehmen wollte, daß er den steuerfreien Zucker im Hause oder sonstwie benutzen wollte, so müßte er dafür zur Winterfütterung besteuerten Zucker nehmen. Und ich glaube für die Imker in Anspruch nehmen zu können, daß sie für ganz besonders gute Staatsbürger gelten, denen man solchen Mißbrauch nach dieser Richtung hin nicht zutrauen sollte.“

Wir brauchen uns heute allerdings nicht um die Vergällung oder Nichtvergällung zu streiten, denn die Steuerfreiheit des Zuckers gehört der Vergangenheit an. Wohl hat sich das Preussische Landwirtschaftsministerium,

auch in höchst anzuerkennender Weise der jetzige Landwirtschaftsminister Dr. Steiger, immer wieder beim Reiche für diese Forderung eingesetzt; leider sind alle Bemühungen bisher ohne Erfolg geblieben. In diesem regenreichen Sommer, der für viele Imker auch ein sorgenvoller Sommer gewesen ist, hat der Bundesleiter des deutschen Imkerbundes einen neuen scharfen Vorstoß durch eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium unternommen. Er schreibt in seiner Eingabe vom 25. 6. u. a.: „Dem verhängnisvollen Rückgang der Bienenzucht während der letzten Jahre gesellt sich nunmehr die unabsehbare Verheerung des laufenden Sommer. Die deutsche Bienenzucht steht vor dem Zusammenbruch; ihr droht die Vernichtung, wenn nicht unverzüglich Hilfe kommt. Aus allen Gegenden kommen mir fast täglich Klagen über die unglaubliche Not der Bienenzucht ins Haus. . . . Und diese Hilfe kann nur vom Reiche kommen. Nur durch den Erlaß der Verbrauchsabgabe für Futterzwecke kann den Imkern die Möglichkeit geboten werden, die fehlende Honigernte soweit durch Zucker zu ersetzen, daß die Bienenvölker wenigstens ins nächste Jahr hinüber gerettet werden. . . . In Deutschland sind z. Zt. etwa 1½ Millionen Bienenvölker vorhanden. Die brauchen, wie ich ausgeführt habe, je 40 Pfund Zucker, insgesamt also 300 000 Doppelzentner. Der Steuernachlaß für diese Menge stellt sich etwa auf 6 Millionen Mark. Das ist es, was ich namens des deutschen Imkerbundes vom Deutschen Reich erbitte, wenn ich hiermit in aller Form aufs dringendste beantrage:

der Herr Finanzminister wolle zur Rettung der deutschen Bienenzucht für jedes Volk sofort 40 Pfund Zucker steuerfrei zur Verfügung stellen. . . .

Diese Bemühungen wurden unterstützt durch den Abg. Hänse-Thüringen (Deutschnat.), der sich im Reichstage schon öfter für die Belange der Bienenzucht eingesetzt hat. Er stellte mit Unterstützung von Abgeordneten aus der deutschnationalen, deutschen und bayrischen Volkspartei und dem Zentrum folgenden Antrag: „Die Reichsregierung zu ersuchen, vom Juli 1926 bis 1. Mai 1927 den Bienenzüchtern für jedes Bienenvolk 20 Kilo Zucker freizustellen.“ Aber selbst die bittere Not der Bienenzucht vermochte den Reichsfinanzminister nicht zu erweichen. In seinem Antwortschreiben vom 10. 10. heißt es u. a.: Die Anregung den für die Fütterung von Bienen verwendeten Zucker von der Verbrauchssteuer frei zu lassen, ist seit Anfang des Jahres 1924 Gegenstand wiederholter und eingehender Erörterungen sowohl mit dem deutschen Imkerbund als auch mit dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und mit den Regierungen der an dieser Frage interessierten Länder gewesen. Bei diesen Erörterungen hat es sich immer wieder herausgestellt, daß der Grund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Imker zu kämpfen haben, nicht etwa in der auf dem Zucker lastenden Verbrauchssteuer zu suchen ist, sondern daß die Imker aus anderen Gründen, und zwar in

erster Linie infolge von mehreren ungünstigen Honigjahren, in eine bedrängte Lage geraten sind und infolgedessen die Mittel für den Einkauf des zur Fütterung der Bienenvölker erforderlichen Zuckers nicht oder nur schwer aufbringen können. Sie begehren daher eine staatliche Unterstützung zum Einkauf von Zucker. Derartige Zuwendung an notleidende Wirtschaftskreise aus Steuereinnahmen zu gewähren, ist aber mit den bei der Erhebung und Verwaltung der Verbrauchssteuern maßgebenden Grundsätzen nicht vereinbar. . . . Wenn ich abweichend von diesem Grundsatz die Verbrauchsabgabe, die auf dem zur Bienenfütterung verwendeten Zucker lastet, aus dem Grunde erlassen wollte, weil die Imkerei sich in einer wirtschaftlich ungünstigen Lage befindet, so müßte das zu unabsehbaren Berufungen zahlreicher anderer Gewerbekreise führen, die Zucker oder andere einer Verbrauchssteuer unterliegende Ware verwenden, und die, wie bei der heutigen Wirtschaftslage ohne weiteres angenommen werden kann, ihre Betriebe zeitweise ebenfalls nur mit Verlust aufrecht erhalten können. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Kontrolle der bestimmungsgemäßen Verwendung des Zuckers bereiten würde, seien nur nebenbei erwähnt. Abgesehen von diesen in der Sache selbst liegenden Gründen muß ich auch im Hinblick darauf, daß die Zuckersteuer zu den verpfändeten Einnahmen gehört, Bedenken tragen, auf einen Betrag von 6,3 Millionen Reichsmark — diese Summe würde sich aus der Steuerbefreiung von 40 Pfund für jedes Bienenvolk bei einem Bestande von 1,5 Millionen Völkern in Deutschland ergeben — ersatzlos zu verzichten. . . . Bei dieser Sachlage habe ich mich trotz voller Würdigung der Bedeutung, die der Bienenzucht in landwirtschaftlicher Hinsicht zukommt, und der Notlage, in der sich die Imker augenblicklich befinden, allen an mich bisher gelangten Anträgen gegenüber ablehnend verhalten müssen und kann zu meinem Bedauern auch in den von Euer Hochwohlgeboren mir mitgeteilten Tatsachen keinen hinreichenden Anlaß finden, meine Stellungnahme zu ändern.“

Das ist eine Absage, wie sie bestimmter nicht sein kann. Aber für die endgültige Regelung der Frage muß sie doch beanstandet werden. Die Befreiung von der Zuckersteuer hat schon einmal bestanden, ohne daß außerordentliche Kontrollschwierigkeiten entstanden und die Beseße in Unordnung geraten waren, auch die Reichsfinanzen sind nicht durch die Freigabe oder die auf ihr fußenden Berufungen gestört worden. Der reparationspolitische Einwand ist nicht stichhaltig, ganz besonders nicht gegenüber der Regelforderung von 20 Pfund je Volk, die nur einen Einnahmeausfall von 3 Millionen Mark bedingt, und auch nicht nach der jetzigen Vereinbarung über die Zahlungen aus dem sogenannten kleineren Besserungsscheine. Gewiß besteht nach dem Londoner Abkommen das Aufsichtsrecht des Reparationsagenten über die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern auf Zucker. Es dürfen nach dem Abschnitt 3 Nr. 11 „die Sätze der verpfändeten Abgaben auf Branntwein, Tabak, Bier und Zucker von der deutschen Regierung nicht ohne Einwilligung des Kommissars herabgesetzt werden.“ Aber das schließt nicht aus, daß der Reichsfinanzminister im Interesse eines äußerst bedrohten Erwerbszweiges zwecks Er-

mäßigung der Zuckersteuer an den Reparationsagenten herantritt. Außerdem spricht N. 7 des Abschnitts 3 dazu zu unsern Gunsten. Es heißt dort: „Der Kommissar kann außer bei den Zöllen Widerspruch erheben dagegen, daß bei denjenigen Einnahmequellen, bei denen ein Einnahmerückgang eingetreten ist, die Tarife ermäßigt werden, und er kann bei sämtlichen Einnahmequellen, bei denen ein Rückgang eingetreten ist, Widerspruch erheben dagegen, daß die Strafbestimmung gemildert oder irgendwelche allgemeine Regelungen getroffen werden, die geeignet sind, die Eingänge aus diesen Einnahmequellen zu vermindern oder zu verzögern. Deshalb werden ihm alle Gesetzentwürfe und Verordnungen, die die verpfändete Einnahme betreffen, sowie alle Runderlasse an die Landesfinanzämter, die die Erhebung und Buchung der verpfändeten Einnahmen betreffen, mitgeteilt werden, ehe sie an den Reichsrat oder an die Landesfinanzämter abgehen. Legt der Kommissar innerhalb einer Woche nach Mitteilung des Gesetzentwurfs usw. keinen Widerspruch ein, so wird sein Einverständnis angenommen.“ Nun sind die Einnahmen aus der Zuckersteuer und aus den verpfändeten Einnahmen nicht zurückgegangen, sondern sie sind gestiegen, wie folgende Zahlenübersicht beweist:

- | | |
|---|------------------|
| 1. Zuckersteuer: Im Monat August aufgekomen | 27 895 417,08 M |
| vom 1. 4.—31. 8. aufgekomen | 109 795 347,27 „ |

Im Reichshaushaltsplan ist die Einnahme für
das Rechnungsjahr 1926 veranschlagt mit 265 000 000 „

Der Voranschlag wird also überschritten werden.

2. Insgesamt betrug das Aufkommen an verpfändeten Zöllen und Verbrauchsabgaben:

Im Monat August	186 449 426,43 M
vom 1. 4.—31. 8. 26	874 680 672,40 „

Im Reichshaushaltsplan waren
veranschlagt 1 907 000 000 000,— „

der Voranschlag wird also um 200 Millionen Mark überschritten werden.

Außerdem heißt es kurz vorher: „Der Kommissar wird bei seinen Vorschlägen auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere auf die Ausfuhr, jede Rücksicht nehmen, die sich mit den steuerlichen Notwendigkeiten verträgt.“ Das Londoner Abkommen, so bitter es auch immer ist, bei jeder Gelegenheit auf unsere Unfreiheit hingewiesen zu werden, ist durchaus kein unüberwindliches Hemmnis für die Erfüllung unserer im Hinblick auf die Gesamtsumme der verpfändeten Einnahmen bescheidenen Forderung. Entscheidend ist vielmehr der Wille des Reichsfinanzministers.

Der Notsummer liegt hinter uns; die Einwinterung ist geschehen, wenn auch tausende von Bienenvölkern ein Opfer der Ablehnung des Reichsfinanzministers geworden sind. Jetzt gilt es, für die Zukunft zu sorgen. Im Reichstag gibt man sich nicht mit der Stellungnahme des Reichsfinanzministers zufrieden. Der Abg. Stubbenдорff (Deutschnat.) hat im

Okttober im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages gelegentlich der Aussprache über die Erhöhung des Zuckerzolles einen Antrag auf Gewährung von Steuerfreiheit für den Bienenzucker angekündigt. Beschließt der Reichstag die Erhöhung des Zuckerzolles, so kann entsprechend der dann eintretenden Mehreinnahme die Verbrauchsabgabe zugunsten der Verbraucher gesenkt und vor allem für den an Bienen verfütterten Zucker ganz wegfallen. Der Reichsfinanzminister braucht dann auf den Betrag von 3 Millionen Mark nicht „ersatzlos zu verzichten“, die Gesamtsumme der verpfändeten Einnahmen würde sich nicht senken, eher steigen, und somit wäre auch der Reparationsagent befriedigt. Zur Unterstützung der Bemühungen im Reichstag habe ich im Preussischen Landtage beantragt, daß die Staatsregierung auf die Reichsregierung einwirken und die Vertreter im Reichsrat anweisen möge, daß bei der beabsichtigten Senkung der Zuckersteuer vorweg je Bienenvolk und Jahr 20 Pfd. Zucker von der Steuer freigestellt werden.

Immer wieder muß den widerstrebenden Kräften vor Augen geführt werden, daß ein steuerfreier Zuckerbezug ja nur zum kleinen Teil der Bienenzucht, zum weitaus größten Teil aber der Gesamtwirtschaft und damit der Volkswirtschaft zugute kommt. Gewiß ist der steuerfreie Bezug für den einzelnen Imker und hier gerade für den kleinen, eine merklliche Entlastung; dadurch aber fördert sie das Wachstum der Bienenzucht und gibt die Gewähr, daß das bestehende Heer von Bienen, das der Staat für die Befruchtung der Pflanzen nach einer alten Ausführung braucht, wirklich vorhanden ist. So ist der Ruf nach Wegfall der Zuckersteuer für den Bienenzucker nicht privatwirtschaftlicher, sondern allgemein volkswirtschaftlicher Natur.

Prof. Dr. Ritter von Ebert-Ansbach schreibt: „Wie künstlicher Dünger die Wurzelpflege und Wurzelernährung, wie Spritzen und Kohlensäuredüngung die Blattpflege und Blatternährung im Auge hat, so hat die Zuckersfütterung der Biene die Blütenpflege und Blütenbestäubung zum Ziel . . . Was als Zucker in die Bienenzucht geworfen wird, ist der künstliche Dünger, der biologisch den Fruktifikationsprozeß, wirtschaftlich den Kapitalreproduktionsprozeß, agrarpolitisch den durch Viehzucht durchgeführten Veredelungsprozeß von Pflanzenstärke, Fett und Eiweiß, ernährungsphysiologisch die Grundlagen für den Erhaltungsprozeß des Menschenlebens bedingt; was für Zucker in die Bienenzucht geworfen wird, treibt weitgehend die Regie des landwirtschaftlichen Verarbeitungsgewerbes.“

*

Ich bin am Ende der sachlichen Darlegung der uns allen bewegenden, zeitgemäßen und der vielfach eine schnelle und gute Lösung dringend heischenden imfereipolitischen Fragen. Mancher wird vielleicht dieses oder jenes vermissen, das mit Bedacht oder aus Versehen nicht berührt worden ist; mancher hätte gern an einigen Stellen eine andere Einstellung oder ein

schärfere Beleuchtung seiner Lieblingsfragen gesehen; hier wird und muß die Kritik für zukünftige bessere Gestaltung sorgen. Ich glaube aber, daß das weite Gebiet der Imkereipolitik, soweit das von einem Einzelnen und in dem bewußt gesteckten Rahmen einer kurzen übersichtlichen Darstellung geschehen kann, so umrissen ist, daß dem einzelnen Imker Einsicht vermittelt, der Öffentlichkeit Klarheit über die Notwendigkeit der deutschen Bienenzucht gegeben und ein weiteres Bauen möglich ist. Das Büchlein ist nicht umfangreich, aber sein Inhalt birgt eine Fülle von Aufgaben für die Imkerschaft und für ihre berufene Führung, den deutschen Imkerbund.

Große Aufgaben sind zu lösen:

1. die Sicherung einer ausreichenden Tracht,
2. die Beseitigung der Rechtsnot,
3. der Ausbau der Imkerschulung,
4. die Bekämpfung der Bienenseuchen,
5. die günstigere Gestaltung des Absatzes und des Preises,
6. der Schutz unseres Honigs gegen Auslands-
honig, Fälschungen und Ersatzwaren,
7. die Senkung der Unkosten, insbesondere durch
Bereitstellung steuerfreien Zuckers,
8. das wirksame Aufbauen der Selbsthilfe,
9. die Einschaltung der Staatshilfe in unsere
Arbeit,
10. Zusammengefaßt: Die Er kämpfung des Lebensrechts
und der freien Entfaltungsmöglichkeit für die
deutsche Bienenzucht.

Der Wille zur Lösung dieser Fragen ist in der Führerschaft der deutschen Imkerschaft lebendig; dafür ist die Ulmer Tagung der glänzendste äußere Beweis. Aber der deutsche Imkerbund bedarf zur vollen Kraftentfaltung des sicheren tragenden Grundes, und dieser feste Grund ist nun einmal in unserer Zeit der Massengeltung, der Kräfte-zusammenschließung, ja der Demokratie, das Geld. Ohne Geld keine erfolgreiche Arbeit, keine Zurückdrängung hemmender Tatsachen, keine Beeinflussung entscheidender Kräfte zu unsern Gunsten! Ein zu gering bemessener Verbandshaushalt kann gar leicht schädlicher wirken als das Nichtbestehen des Verbandes; denn durch geldliche Unterwertigkeit werden Hoffnungen Tausender zuschanden, vorhandene Möglichkeiten der Auswirkung im Keime erstickt. Das alte Sprichwort, zu dem wir uns auf unserm Bienenstande bekennen, sollte uns auch Mahner im Verbandsleben sein: „Wer gut futtert, der gut buttert!“ Die von uns gezahlten Pfennige, Groschen oder wenige Reichsmark sind doch nicht für andere, sondern wir zahlen für uns, die wir eine große Versicherungsgesellschaft auf

Begenseitigkeit gegen gesetzliche, wirtschafts- und handelspolitische Unfälle sind. Alles Arbeiten, Schaffen und Ringen nach Vollendung auf dem eignen Stande nutzt nichts, wenn der Berufsführung nicht die Mittel zur Verfügung stehen, den günstigsten Nährboden für die Arbeit des Einzelnen zu schaffen. All unser wissenschaftliches, praktisches und technisches Mühen wäre doch zwecklos, wenn etwa durch Wegfall des Zolles der Auslands Honig für 50—60 *M* auf den heimischen Markt gebracht würde. Stellen wir ein Bienenvolk auf freier Höhe auf, der kalte Ost und der feuchte West würden gar bald den Tod hineintragen. Erst umhegt durch einen starken, stolzen Verband wird auch die deutsche Gesamtbienezucht stark genug sein, allen Stürmen des öffentlichen Lebens widerstehen zu können. Der schützende Garten, der den Erstarrung bringenden Stürmen des ausländischen und inländischen Wettbewerbes wehrt und der die lebensweckende Sonne der Staatshilfe auffängt, den darum ein jeder von uns mit innigster Anteilnahme hegen sollte, ist der deutsche Imkerbund. An ihm und in ihm gibt es noch viel für uns zu tun, je nach den Kräften des einzelnen, damit er ein starker trutziger Immenhort und ein blühender Immenfried wird. Nehmen wir uns doch an anderen Berufsgruppen ein Vorbild. Was zahlt nicht der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte, der Gewerbetreibende, der Kaufmann, der Unternehmer, der Landwirt für seinen Verband. Es seien nur einige wenige Zahlen angegeben:

Handelskammerbeiträge:

Handelskammer	Beitragspflichtige Betriebe	Bringen auf <i>M</i>
Stettin	7 742	142 685
Allenstein	1 802	39 939
Breslau	9 820	340 000
Schwerdnig	3 694	140 000
Riel	2 409	133 651
Harburg	396	55 491
Lüneburg	1 177	21 230
Regensburg	2 400	42 979
Schopshelm i. B.	1 030	43 678
Rostock	5 598	117 298

Dazu die Beiträge der Handelsbetriebe zu den freien Organisationen des Handels und zu ihren politischen Vertretungen.

Umlage der Landwirtschaftskammern:

Hauptlandwirtschaftskammer	322 355
Landwirtschaftskammer Ostpreußen	895 000
„ Pommern	1 925 000
„ Schlesien	1 228 750
„ Westfalen	715 000
Kreisbauernbanner Pfalz	270 000
Bayerische Landeskammer	280 000
Freistaat Sachsen	1 530 000
Württemberg	886 000
Mecklenburg-Schwerin	334 750

Dazu wieder die Beiträge zu der großen Zahl von freien Berufsverbänden, die in der Landwirtschaft vorhanden sind, und zu den politischen Parteien. Ganz besonders lehrreich und verpflichtend auch für die Imkerschaft wirkt folgende Uebersicht über die Beiträge der Arbeiter zu den Gewerkschaften. Dabei sei bemerkt, daß gerade bei den Mitgliedern der freien Gewerkschaften auch noch die sehr hohen Beiträge für die Partei zu beachten sind.

Verband	Mitglieder im Jahres- durchschnitt	Jahres- einnahmen M	Jahres- ausgabe M	Vermögens- bestand M
a) Freie Gewerkschaften:				
Bäcker und Konditor	52 616	1 118 433	782 335	370 649
Bekleidungsarbeiter	99 269	2 082 361	1 541 020	542 922
Buchbinder	52 333	1 016 433	604 923	496 605
Feuerwehrmänner	1 731	95 490	66 112	34 026
Friseurgehilfen	3 788	84 895	72 287	15 301
Gärtner	10 561	166 786	137 121	34 805
Landarbeiter	147 650	1 967 283	1 880 962	—
Freie Gewerkschaften insgesamt	4 564 163	97 037 600	69 071 119	27 089 717
b) Christliche Gewerkschaften:				
Metallarbeiter	112 882	2 079 249	1 838 628	240 621
Landarbeiter	77 903	602 548	602 173	306 928
Christliche Gewerkschaften insgesamt	605 392	9 678 540	7 939 875	5 232 541

Durch geringe, aber gern gebrachte Opfer des Einzelnen haben alle diese Berufsgruppen Großes erreicht, sich ein Haus errichtet, das allen Stürmen trozt, und in dem eine Reihe von Persönlichkeiten zum Segen des ganzen Berufsstandes schaffen können. Auch Prof. Dr. Ritter von Ebert-Ansbach mahnt, in einträglicher Weise durch den

Ausbau der Organisation zu wirksamer Selbsthilfe zu kommen. Er schreibt: „Die Bienenzucht darf daher auf Bestand nur rechnen, wenn sie sich aus der Domäne von Luxus, Sport, Konsum und Absatzraum für andere Produzenten in den Gesetzmäßigkeitskreis der ökonomischen Erzeugung begibt. Die Durchdringung der ländlichen Naturalwirtschaft mit geldwirtschaftlichen Vorstellungen hat anscheinend bereits die ländlichen Wirtschaftsgenossenschaften gestreift, sodaß die Bienenzucht am Utavismus ihres naturalwirtschaftlichen Denkens (Vernachlässigung der Arbeitskosten, Vernachlässigung der Anlagekosten, Vernachlässigung ihrer großen Risiken infolge Krankheit, Seuchen, schlechter Jahrgang usw., Anschlag kaum der nächsten Betriebskosten mit richtigen Ziffern) zugrunde geht, wenn sie nicht nach dem Vorbild von übrigen Landwirtschafts- und Wirtschaftsgenossenschaften ein innere ökonomische Gesundung erstrebt, was auch eine Wandlung im oft beklagten Geldmangel der imkerlichen Verbände zur Folge haben muß.“

Es soll und kann nicht Aufgabe dieses Büchleins sein, nun auch noch einen vollständigen Aufbau und einen genauen Umriss des Aufbaues und der Arbeitsweise des deutschen Imkerbundes zu geben, der die Mittel hat, die ich unter den heutigen Verhältnissen des wirtschaftspolitischen Lebens im Interesse der Bienenzucht für notwendig halte. Das mag einer späteren Arbeit oder Berufenen vorbehalten bleiben. Wir würdigen gewiß alle das von der Bundesleitung und den Einzelverbänden bisher geschaffene Werk, und viele von uns fühlen auch sicher mit den erwählten und berufenen Führern bitter den schmerzlichen Verzicht auf manche Arbeit, die wegen Mangel an Mitteln unterblieb oder zurückgestellt werden mußte. Eine Arbeit aber, die einen Umriss der imkerpolitischen Fragen, also auch der vereinspolitischen, geben will, muß in aller Kürze zurückkommen auf das Sorgen und Wollen eines hervorragenden Mannes, der schon vor dem Kriege eine klare Strichzeichnung des deutschen Imkerbundes gegeben hat; denn einmal ist die Lösung aller imkerpolitischen Fragen abhängig von der Verbandskraft, zweitens sollten wir uns stets die Weisheit unserer Väter zunutze machen, und zum dritten können wir mit einem gewissen Stolz den Fortschritt, aber auch mit innerer Verpflichtung das Maß der noch zu leistenden Arbeit erkennen. K u n z s c h stellte im 4. Teil seiner für alle Zeiten lesenswerten „Imkerfragen“ mit Recht den Grundsatz auf:

„Verordnungen und Gesetze lassen sich aber heute bei der verworrenen Partei- und Wirtschaftspolitik nicht erbitten, sie können nur durch einheitliche energische Machtentfaltung erzwungen werden.“

Wer fühlte von uns nicht, daß diese Worte heute für uns noch viel mehr Geltung haben, als zu jener wirtschaftlich und politisch doch viel ruhigeren Zeit. Von diesen Vorschlägen seien nur zwei wörtlich angeführt: (Aus K u n z s c h „Imkerfragen“, Stein'sche Verlagsbuchhandlung Potsdam).

1.) Das Wichtigste ist daher, ein O b e r h a u p t ausfindig zu machen, das die dazu nötigen Eigenschaften besitzt als: organisatorisches Talent, volkswirtschaftliche Kenntnisse und Erfahrungen, versöhnlichen Charakter, um alle Zwistigkeiten fernzuhalten oder sie niederschlagen zu können, dazu eiserne Ausdauer, diplomatischen Scharfsinn, unparteiische Beurteilung, um Zucht und Ordnung durchzuführen; zuletzt vermögend und uneigennützig, unabhängig von jeder anderen Pflicht oder jedem Berufe, um sich nur diesem hohen Ehrenposten widmen zu können.“

Das war das Wunschbild von Kunzsch. Es ist heute, dafür glaube ich die Zustimmung der weit überwiegenden Zahl der deutschen Imker zu finden, soweit überhaupt die Vollkommenheit uns Menschen gegeben ist, das Bild des jetzigen Bundesleiters, Rektor Breiholz.

2.) Und nun das nicht Erreichte. „Dem Zentralsitz der Imkerschaft muß ein Geschäftsführer vorstehen, eine die gesamte, aber nur wirtschaftliche Angelegenheiten führende, stets bleibende, mit dem Wesen der Imkerschaft aufs engste vertraute Person, durch deren Hände alle einlaufende Arbeiten geregelt werden. Solch tatkräftiger Geschäftsmann muß allerdings eine gemäße Besoldung erhalten, andererseits auch einer Kautio n unterliegen. Als gleichzeitiger Tageskassierer, — auch die Versicherungen würden später dieser Geschäftsstelle angegliedert werden, — können sich die Arbeiten so bedeutungsvoll und verantwortungsreich gestalten, daß, unter Aufsicht des Vorstandes der Geschäftsführer die Seele des Bundes vorstellen würde. Der Bundeskassierer würde doch nur die ratende, kontrollierende und Geld verwahrende Person sein, die von einem der nächstliegenden Vereine gestellt würden. Der Sitz der Geschäftsstelle muß möglichst in die Mitte von Deutschland gelegt werden, damit auch die Kontrolleure ihre amtliche Tätigkeit, die einfache, aber klare Buchführung zu prüfen, leicht ausführen können. Solche Geschäftsstelle wäre für die gesamte Imkerschaft eine Zentrale, wo alle, aber nur wirtschaftliche Fragen geregelt würden. Jeder Imker könnte mit Stolz und Hoffnung auf sein gegründetes Schutzgebäude aufblicken. Es wäre ein bedeutungsvoller Stützpunkt, eine Ausfunftsstelle auch für alle Behörden, Gesetzgeber und Richter.

Wie aber immer auch die einzelnen Fragen der Verbandsarbeit gelöst werden mögen, die deutsche Bienenzucht wird nur dann bestehen bleiben, wenn die Selbsthilfe stark genug ist, alle Widerstände, die sich der freien Entfaltung entgegensetzen, zu brechen und die Staatshilfe für die Lösung der notwendigen Aufgaben zu finden. Die sachlichen Ausführungen sind darum in starkem Maße an die Behörden und Volksvertretungen gerichtet. Der Notschrei der deutschen Bienenzucht, der von der Ulmer Tagung ausging, und der auch vernehmlich aus den Zeilen dieses Büchleins flingt, darf nicht überhört werden. Es gilt ja nicht dem einzelnen Imker, sondern der deutschen Bienenzucht, dieser un-

eigennützigen und großen Dienerin der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Volkswirtschaft, volle Entfaltungsmöglichkeit zu schaffen. 235 Millionen Reichsmark jährlicher Mindestertrag an unmittelbaren und mittelbaren Werten sind zu erhalten. Gewiß, wir fordern für eine Sache Großes; aber doch nichts, was nicht erfüllt werden könnte und was nicht anderen gleichwertigen Zweigen unserer Volkswirtschaft schon längst gewährt worden ist. Das, was Deutschlands Imker für die Erhaltung und Stärkung der deutschen Bienenzucht als notwendig erachten, ist niedergelegt in der Entschliebung des deutschen Imkertages in Ulm. Die vorliegende Schrift bietet für jeden Satz der Entschliebung eine durch Zahlen und Tatsachen erhärtete Begründung.

**„An die Reichs- und Länderregierungen,
an den Reichstag und an die Parlamente der Länder !**

Angesichts der ungeheueren deutschen Wirtschafts- und Volksnot darf kein Mittel zur Linderung unbenutzt bleiben. Auch die deutsche Bienenzucht ist mit ihrem unmittelbarem Jahresertrage von 35 Millionen Mark und ihrer davon das Vielfache betragenden mittelbaren Nutzleistung bei der Befruchtung unserer Kulturpflanzen ein nicht zu übersehender Posten in unserer Volkswirtschaft. Die Viehzählung vom Dezember 1925 hat leider gezeigt, daß die Bienenzucht ihrem Ende entgegen zu gehen droht. Der deutsche Imkerbund erkennt verantwortungsbewußt und freudig die Verpflichtung an, alle Kräfte zur Erhaltung und Hebung der Bienenzucht einzusetzen. Er weist aber mit allem Ernste darauf hin, daß diese Selbsthilfe begleitet sein muß, von einer auf das gleiche Ziel eingestellten Staatshilfe. Diese Staatshilfe hält der Deutsche Imkerbund besonders in folgenden Punkten für dringend notwendig:

1. Die staatliche Forstwirtschaft hat soweit als angängig auf die Bienenzucht Rücksicht zu nehmen, insbesondere auch durch Bepflanzung der feuerschutzstreifen und Oedländereien mit Bienennährpflanzen und durch Förderung der Wanderbienenzucht. Ebenso sind alle anderen Verwaltungen, denen die Bepflanzung von Wegen, Dämmen, Böschungen und öffentlichen Plätzen obliegt, anzuhalten, im gleichen Sinne vorzugehen.

2. Die laufenden Aufwendungen für die Bienenzucht sind entsprechend der Bedeutung der Bienenzucht angemessen zu erhöhen.

3. Der gegenwärtigen Rechtsnot der Bienenzucht ist durch sachgemäße Ausgestaltung und Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über Bienenhaltung zu steuern.

4. Die Bekämpfung der Bienenseuchen ist reichsgesetzlich zu regeln.

5. Bei der an sich notwendigen Bekämpfung tierischer Pflanzenschädlinge ist für angemessenen Schutz der Bienenzucht zu sorgen.

6. Der Honig ist gegen Ersatzfabrikate, Fälschungen und Mischungen zu schützen; insbesondere ist der Name „Honig“ nur für den echten Bienenhonig zuzulassen.

7. Der deutsche Honig bedarf wirksamerer Schutzmaßnahmen gegenüber dem Auslandshonig, vor allem sind der Deklarationszwang bei der Einfuhr und im Inlandsverkehr, die bakteriologische Untersuchung bei der Einfuhr und ein höherer Zollsatz vorzusehen.

8. für normale Zeiten wird die Steuerfreiheit von 20 Pfund unvergälltem Zucker je Bienenvolk als notwendig bezeichnet und gefordert.

Ulm, den 2. August 1926.

Der Bundesleiter:

Rektor Breiholz (Neumünster).

Das sind klare, nicht mißzuverstehende Forderungen. Die deutsche Imkerschaft darf erwarten, daß sich die Angerufenen nicht diesen Wünschen verschließen. Woher aber nimmt die deutsche Bienenzucht das Recht zu einem solchem Rufe nach Staatshilfe? Sie fordert ja nur einen kleinen Teil für sich, denn die großen mittelbaren Werte kommen doch nur der Landwirtschaft zugute. Darüber hinaus aber gibt es im Gemeinschaftsleben des Volkes nur ein einziges Recht: das Recht, der Allgemeinheit mit der ganzen Kraft seines Denkens, Wollens und Handelns zu dienen. Unser Werk, die deutsche Bienenzucht ist ein solcher Dienst am Volke. Der Lebensrythmus des Gemeinschaftsdienstes, den wir täglich im Verkehr mit unseren Bienen erleben,

durchflutet auch die deutsche Imkerschaft. Nach dem Achtstundentag, nach einer Leistung im Hauptberufe, die bei sehr vielen reich an Mühen und Sorgen ist, widmen sich die Imker ihren Bienen und schaffen fast aus dem Nichts heraus noch Millionen Werte; während Hunderttausende in dieser Zeit Werte verzehren und vergeuden, verspielen und vertanzen, versäumen und verschlafen. Dieses Bewußtsein der heiligen Dienstverpflichtung an unserem Volke gibt uns den Mut und das Recht, Forderungen auf Staatshilfe zu stellen, die unserer Arbeit den nötigen Raum zu schaffen vermögen; es wird uns aber auch immer mehr veranlassen, die Frage der Selbsthilfe einer solchen Lösung zuzuführen, daß die Selbsthilfe, der deutsche Imkerbund und sein Werk, Hort und Frieden für die deutsche Bienenzucht wird.

Dann wird auch die deutsche Bienenzucht blühen und gedeihen und ein wertvoller Stein sein zum Wiederaufbau unseres geschundenen und doch gerade im Unglück so geliebten Vaterlandes.

Aber nur dann, wenn für jeden einzelnen Imker Richtschnur sind die Worte Gustav Schülers:

„So vorwärts denn! Es strömt von der Tat
ein wunderbar starker Odem aus.

Die Ernte steht in des Himmels Rat —

Sä' du nur die Körner aus — !“

Verlag von Karl Wachholtz
Königsberg in Preußen • Gegründet im Jahre 1871

Bücherei für Bienenkunde

Unter diesem Sammelartikel erscheint in zwangloser Folge eine Reihe von Einzelschriften hochwertigen Inhalts, die in keinem Imkerheim, in keiner Vereinsbücherei fehlen sollten, denn nur eine gutausgestattete Fachbücherei schafft leistungsfähige Imker.

Bisher sind erschienen :

Band I. Bienenzüchtungskunde. Versuch der Anwendung wissenschaftlicher Vererbungslehren auf die Züchtung eines Nutztieres. Von Dr. L. Armbruster. I. Theoretischer Teil. XVII und 120 S. 8°. Mit 22 Abbildungen und 9 Tabellen. RM. 3.—.

Band II. Meine Bienenzucht-Betriebsweise und ihre Erfolge. Von Emil Preuß Dritte Auflage, besorgt von L. Armbruster. 106 S. 8°. Mit Abbildungen. RM. 2.80.

Band III. Preußische Imkerschule. Von Charlotte Preuß. Nach hinterlassenen Aufzeichnungen von Emil Preuß. VIII und 200 S. 8°. 1920. Mit Abbildungen und 1 Tafel. RM. 4.50.

Aus dem Inhalt : Leitende Gesichtspunkte. — Betriebsweise im Kreislauf des Jahres. — Weiselzucht. — Nebenarbeiten. — Behandlung der Königin. — Wahl der Stockform. — Absperren der Bienen. — Der Honig und seine Behandlung. — Das Nüssen der Stöcke. — Blütenregister.

Band IV. Zum Problem der Bienenzelle. Eine vergleichende Instinkt-Biologie des Nestbaues bei Bienen und Wespen. Von Dr. L. Armbruster. VIII und 142 S. 8°. 1920. Mit 42 Abbildungen. 5 Tabellen und 10 Tafeln. RM. 4.50

Band V. Die einträglichste und einfachste Art der Bienenzucht. Von Dr. K. A. Ramdohr. Durch vergleichende Versuche ermittelt und durch Beispiele belegt. Neu herausgegeben und beleuchtet von Dr. L. Armbruster. 107 S. 8°. 1921. Mit 13 Zahlenbildern. RM. 2.80

Band VI. Die Bienenzucht nach den Grundlagen der Theorie und Erfahrung. Von J. M. Freiherrn von Ehrenfels. Mit Ergänzungen und Erläuterungen herausgegeben von Alois Alfonsus. IV. und 224 S. 1922. Mit 4 Abbildungen und 1 Tafel. RM. 4.50

Band VII. Die Königin. Selbsterlebtes für Jünger der neuzeitlichen Weiselzucht. Von Wilhelm Wankler, Sulzburg im Schwarzwald. Vierte vermehrte und verbesserte Auflage. 6. bis 10. Tausend. 122 S. 8°. Mit 49 Abbildungen im Texte und zwei Titelbildern. RM. 3.—

Band VIII. Der Bienenstand als völkerkundliches Denkmal. Dr. L. Armbruster, 152 S. 8°. 1926. Mit 61 Bildern im Text und auf Tafeln und einem Kärtchen. RM. 5.—

Die Sammlung wird fortgesetzt.

Verlag von Karl Wachholtz

Neumünster in Holstein ★ Gegründet im Jahre 1871

Bü

schreiben
helfen

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

der

Ve

Neun

